



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Der neue KPV-Bundesvorstand mit dem Vorsitzenden Christian Haase, MdB (Bildmitte) und den bayerischen Repräsentanten Stefan Rößle (stv. KPV-Bundesvorsitzender) sowie den Beisitzern Landrat Christoph Göbel und Bezirksrätin Hannelore Langwieser. Bild: Merkl

KPV-Bundesversammlung mit Kongress in Würzburg:

Dezentral. Regional. Kommunal.

Nachdem die Bundesregierung die Kommunen dauerhaft entlastet hat und die Förderprogramme des Bundes Wirkung zeigen, heißt es jetzt zu beschreiben, welche weiteren Impulse für eine bessere, schnellere und nachhaltige Entwicklung vor Ort benötigt werden. Hierzu lieferte die Bundesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU (KPV) in Würzburg mit rund 500 Delegierten und Gästen einen wertvollen Beitrag. So wurde u.a. in fünf Foren über Digitalisierung, Wohnen und Bauen, Kommunalfinanzien, Strukturpolitik, Energie und Mobilität diskutiert.

Der erneut für zwei Jahre im Amt bestätigte KPV-Bundesvorsitzende, MdB Christian Haase, forderte nach Grußworten des gastgebenden Würzburger Oberbürgermeisters Christian Schuchardt seine Partei auf, die Kommunen besser zu unterstützen: „Wir dürfen die Kommunen nicht am langen Arm verhungern lassen. Die Regierungskommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse hat gute Vorschläge erarbeitet, wie Deutschland in der Fläche lebenswert bleibt. Die Menschen erwarten zu Recht, dass die Bundesregierung jetzt auch liefert. Aus den Handlungsempfehlungen müssen konkrete Gesetzesentwürfe werden, die die Dezentralisierung vorantreiben und strukturschwache Kommunen und den ländlichen Raum ertüchtigen. Dafür muss der Bund Geld in die Hand nehmen.“

Anreize für strukturschwache Regionen

Arbeitsplätze in strukturschwache Regionen zu bringen, ist aus Sicht der Bundes-KPV ein wirkungsvolles Instrument. Dazu müsse eine umfassende und grundlegende Dezentralisierungsstrategie aufgesetzt werden, die

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

ßung nach Entwicklungschancen und ein besseres, schnelleres und einfacheres Planungsrecht.“

Kritik übte der KPV-Vorsitzende am zu geringen Ausbautempo der Digitalisierung. Das Ziel, ab dem Jahr 2022 sämtliche Verwaltungsleistungen bürgernah digital anbieten zu können, werde nicht erreicht. Die Kommunalpolitische Vereinigung befürwortet hier einen bundesweit einheitlichen „kommunalen App-Store“, in dem alle zertifizierten Anwendungen für die Kommunen kostenfrei bereitgestellt werden. Mit

Bayerischer Städtetag:

Kritik an Sonderweg

Der Bundesrat hat kürzlich das Gesetzespaket zur Reform der Grundsteuer und – auf Drängen der Bayerischen Staatsregierung – eine Grundgesetzänderung mit einer Öffnungsklausel für die Bundesländer verabschiedet. Diesen Sonderweg sieht der Bayerische Städtetag kritisch, da eine Wertkomponente bei der Besteuerung der Grundstücke fehlt. „Die Einbeziehung der Bodenrichtwerte als Bemessungsgrundlage für Grund und Boden würde zu einer sozial ausgewogeneren Grundsteuerbelastung beitragen“, unterstrich der Verbandsvorsitzende, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl.

Überlegungen der Staatsregierung, in großen Städten eine Zonierung für die Grundsteuer – etwa nach Größenklassen oder Zonentypisierungen – zu schaf-

Blick auf „30 Jahre Mauerfall“ wies die CDU-Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer darauf hin, dass die Deutsche Einheit ihren Ursprung in der fruchtbaren Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden habe.

Zusammenarbeit ist der Ursprung

Deshalb gebühre das Lob für das in den vergangenen 30 Jahren Erreichte auch und insbesondere den engagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Ost und West. „Darauf können wir alle miteinander stolz sein“, betonte die CDU-Chefin. Kramp-Karrenbauer (Fortsetzung Seite 4)



Neue Schulen für eine Welt

„Full house“ im Füssener Festspielhaus! Mehr als 1000 begeisterte Gäste begrüßte Landrätin Marita Zinnecker. Auch ihr Landkreis Ostallgäu beteiligt sich an der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“. Mit dabei: Bundesminister Dr. Gerd Müller, 1000-Schulen-Initiator Landrat Stefan Rößle und Reiner Meutsch von der Stiftung Fly&help mit seiner beeindruckenden Show „Abenteuer Weltumrundung“. Im Foyer präsentierten zahlreiche NGO-Initiativen ihre unterschiedlichsten Aktionen, mit denen die Menschen in der ganzen Welt Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft gestalten können. Unser Bild zeigt (v.l.): Reiner Meutsch, Stefan Rößle, Dr. Gerd Müller, „Sissi“, Marita Zinnecker und SWM-Wasserkraft-Chef Dr. Christoph Rapp, der in Afrika Wasserkraftprojekte realisiert. Bericht folgt. □

7. Bayerisches BreitbandForum in Gunzenhausen:

Chancen für mehr Lebensqualität

Beim 7. Bayerischen BreitbandForum der Bayerischen Gemeindezeitung in der Stadthalle Gunzenhausen wurde nicht nur das Thema „Breitbandausbau“ intensiv beleuchtet, sondern auch der Digitalisierung breiter Raum gegeben. Denn nur wenn ausreichend Bandbreite, also Übertragungsgeschwindigkeit, vorhanden ist, kann über neue digitale Dienstleistungen einer Kommune nachgedacht werden. Insgesamt folgten annähernd 400 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung, darunter knapp 50 Aussteller und Partner.

Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag, als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live. Als neuer Partner konnte das ZD.B – Zentrum Digi-

„Wenn wir alle die Chancen, die diese hochinnovativen Technologien bieten, kreativ nutzen, werden wir ein Mehr an Lebensqualität ermöglichen“, zeigte sich von Hassel überzeugt. Wie der Gastgeber, Bürgermeister Karl-Heinz



Bild: Jessika Kassner

talisierung Bayern, das zum Bayerischen Wirtschaftsministerium gehört, gewonnen werden. Die Besucher nutzten zahlreich den Themenraum „Smart Regions Bayern“, in dem präsentiert wurde, was in bayerischen Kommunen bereits umgesetzt wird und was noch möglich wäre.

Neue Rahmenbedingungen erfordern neue Lösungen

„Eigentlich könnte man meinen, dass die Kommunen bei Planung und Ausbau ihrer Breitband-Infrastruktur inzwischen wohl informiert sind. Es hat sich ja vieles getan im Freistaat“, betonte GZ-Verlegerin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Tatsächlich aber sei der Informationsbedarf keineswegs gedeckt, da die technische Entwicklung nicht stehen bleibe, sich organisatorische und juristische Rahmenbedingungen änderten, das Thema Finanzierung allgegenwärtig sei und ständig neue Themen wie eben „Smart Regions“ auf der Agenda stünden.

Fitz, in seinem Grußwort darlegte, beteilige sich die Stadt Gunzenhausen seit 2006 an allen Breitbandförderprogrammen. Im Sommer erst habe man einen (Fortsetzung Seite 4)



Black Friday und Cyber Monday sind nur zwei Synonyme für hirnlosen Kaufrausch, über den der Rathauschef sinniert. Heute sind die Straßen nicht mehr schwarz vor Einkaufslustigen; vielmehr ärgert man sich schwarz über die langsame Internetverbindung. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Mehr Provokationen im Parlament	2
Zielscheibe Kommunalpolitik	2
Musik braucht Qualität	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Innovative Verkehrskonzepte sind gefordert	3
15 Jahre Bayerische Klima-Allianz	3
Tourismus ganzheitlich denken	3
Kommunale Energiethemen	5 - 109
Engagement für eine Welt	11
Sicherheit - Katastrophenschutz	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Mehr Provokationen im Parlament

Ein Jahr hat Ilse Aigner nun das Amt der Landtagspräsidentin inne. Sie blickt auf hitzige vergangene zwölf Monate zurück, die dem Parlamentsbetrieb im Bayerischen Landtag ein neues Gesicht gegeben haben. Den Landtag bezeichnete sie als „Herz der bayerischen Demokratie“. Er sei zugleich auch ein Spiegelbild der Gesellschaft.

Als „den größten Wurf“ nannte Landtagspräsidentin Ilse Aigner die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2019/2020 mit 640 Änderungsanträgen. Neben einer Bilanz im Maximilianeum gab sie einen Ausblick auf die Arbeit der bayerischen Volksvertretung in den verbleibenden vier Jahren der 18. Legislaturperiode.

Zuwachs fürs Parlament

Die Landtagspräsidentin zählte zunächst die Auswirkungen der veränderten Zusammensetzung des Landtags auf: sechs statt vorher vier Fraktionen, 25 zusätzliche und 88 neue Abgeordnete und einen weiteren Fachausschuss stellte die Landtagsverwaltung vor enorme technische und logistische Herausforderungen. Ein bayerisches Parlament, größer als je zuvor, mit vielen Mitarbeitern, die zusätzliche Räume und Arbeitsgeräte benötigen. „Das war eine große Herausforderung – sie wurde vom Landtagsamt schnell und sehr gut gemeistert.“

Schutz der Würde

Aigner erläuterte zudem ihr Verständnis von ihrer Rolle als Landtagspräsidentin. Die Plenardebatten der vergangenen Monate waren oftmals von scharfen Auseinandersetzungen geprägt. „Eine mir häufig gestellte Frage lautet: Hat sich mit dem Einzug der AfD das Klima im Landtag verändert? Diese Frage ist eindeutig mit Ja zu beantworten. Das Klima hat sich verändert. Es ist rauer und deutlich aggressiver geworden“, bedauerte Aigner. Als eine der vornehmlichen Aufgaben an der Spitze des Parlaments sieht sie daher die konsequente Sanktionierung von Regelverletzungen, den Schutz der Würde des Hohen Hauses und die Stärkung unseres demokratischen Systems. „Eins muss jedem klar sein: Wer gezielt unsere parlamentarische Ordnung angreift, der hat in mir eine entschiedene Gegnerin. Ich

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Hart
97727 Fuchsstadt
am 4.12.

Bürgermeisterin Irmgard Wagner
84539 Zangberg
am 28.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Maria Mittl
86703 Rögling
am 25.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Frederic Ruth
91080 Uttenreuth
am 21.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Kern
85649 Brunnthal
am 25.11.

Bürgermeister Alois Wildfeuer
94261 Kirchdorf i. Wald
am 27.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Schicketanz
92665 Altenstadt a. d. Waldnaab
am 22.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

werde nicht zulassen, dass Kollegen diffamiert werden. Ich werde nicht zulassen, dass die Würde des Parlaments beschädigt wird. Und ich werde nicht zulassen, dass die Demokratie verächtlich gemacht wird“, sagte die Landtagspräsidentin. Zwischen Ende Januar und Mitte Juli 2019 wurden vier Rügen erteilt – davor gab es jahrzehntelang keine einzige. Auch die zunehmende Zahl an Morddrohungen gegen Politiker bereitet ihr Sorgen. Aigner befürchtet, diese Tatsache könne Kandidaten davon abhalten, sich in den Kommunen zu engagieren.

Gegen Extremismus

„Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung hat in den vergangenen sieben Jahrzehnten eine beispiellose Erfolgsgeschichte geschrieben. Es geht um den besten Staat, den wir je hatten. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Extremisten von Rechts und Links ihre Freiheit missbrauchen, um die Freiheit anderer einzu-

schränken“, mahnte Aigner. Ihr Leitmotiv lautete: Demokratie sei nie nur eine Gabe, sondern immer auch Aufgabe! Als Landtagspräsidentin werbe sie deshalb für eine faire demokratische Kultur.

Mehr Frauen motivieren

„Besonders Frauen lassen sich vom rauen Ton und Morddrohungen möglicherweise abschrecken“, mutmaßte Aigner. Einer der Gründe, warum das Engagement zur Förderung von Frauen in der Politik auch in der kommenden Zeit viel Raum einnehmen wird. Die CSU-Politikerin macht sich dafür stark, den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen. So diskutierte sie Mitte Oktober mit 320 Teilnehmerinnen des Kongresses „Frauen in die Parlamente - FiP“ welche Stärken Frauen in der Politik ausspielen können. Aigner betonte zudem, auch gesellschaftlich relevante Debatten anzustoßen und den Dialog mit der Jugend zu intensivieren. „Mir geht es jenseits der Tagespolitik um die längeren Linien. Ich will mehr auf das sehen, was uns verbindet – als auf das, was uns trennt.“

Wir brauchen weniger Stimmungsmaße und mehr Maß und Mitte. Wir brauchen mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“ Bewährte Veranstaltungskonzepte, wie die Junge Reihe oder der LandTalk, werden fortgesetzt und das Thema „Orte der Demokra-



Hanns Seidel Stiftung

KOMMUNALPOLITIK-SEMINARE

und Leitfäden zur Kommunalpolitik (Grundlagen, Baurecht, Haushalt, Rechnungsprüfung)

Besuchen Sie unser Themenportal Kommunalpolitik im Internet:

► www.hss.de/kommunalpolitik

Hanns-Seidel-Stiftung | Institut für Politische Bildung
Lazarettstraße 33 | 80636 München | E-Mail: ipb@hss.de



tie“ umgesetzt, um den Austausch mit den Menschen auszubauen.

Anfang des kommenden Jahres soll durch die Neukonzeption der Landtags-Homepage verstärkt auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingegangen werden. „Wir wollen Interesse wecken für die Arbeit im Parlament und in Zeiten von Desinformation eine unabhängige und glaubwürdige Primärquelle für Informationen rund um die bayerische Landespolitik sein.“ So stellte Aigner auch die anstehenden Baumaßnahmen im Maximilianeum vor. Im Zuge der Generalsanierung bis 2026 entsteht an der Westseite des Gebäudes ein Besucher-Foyer. Diese Einrichtung soll das Öffentlichkeitsarbeitskonzept des Bayerischen Landtags ergänzen und die Kommunikation mit den Bürgern verbessern.

Anja Schuchardt

Bayerischer Musikschultag in Ingolstadt:

Musik braucht Qualität

Unter dem Motto „Musik braucht Qualität – Musikschule“ fand in Ingolstadt der 42. Bayerische Musikschultag statt. Insgesamt 350 Delegierte der bayerischen öffentlichen Musikschulen wohnten dem abwechslungsreichen Programm aus aktuellen musikpädagogischen und bildungspolitischen Themen sowie einem eindrucksvollen Querschnitt der bayerischen Musikschularbeit im Rahmen verschiedener öffentlicher Konzerte bei.

Der Präsident des Verbandes Bayerischer Musikschulen (VBSM), Landrat Martin Bayerstorfer (Erding) begrüßte die anwesenden Gäste, die sich auf den Weg nach Ingolstadt gemacht hatten, um den „Höchststand von deutlich über 200.000 Schülern an den 219 öffentlichen Sing- und Musikschulen“ zu feiern und „gleichzeitig auch neue Wege zu finden, noch mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene für Musik zu begeistern“. In diesem Zusammenhang appellierte er an die Vertreter des Bayerischen Landtags, „sich bei den anstehenden Verhandlungen für den Nachtragshaushalt 2020 besonders und fraktionsübergreifend für den deutlichen Ausbau der staatlichen Förderung einzusetzen“.

Ort des Miteinanders

Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel bezeichnete Musikschulen als „Ort des Miteinanders, der Gemeinschaft und der Integration“, die wichtige kulturelle und pädagogische Aufgaben innerhalb eines Gemeinwezens erfüllen. Stellvertretend für den Bayerischen Musikrat hob auch dessen Präsident Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D., die enorme Wichtigkeit musikalischer Ausbildung gerade in Zeiten zunehmender Technisierung hervor. Deshalb sei es nach wie vor unerlässlich, für eine Steigerung des Anteils der staatlichen Förderung zu kämpfen.

In ihrer Festrede unterstrich die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Kerstin Schreyer, MdL, die große Bedeutung einer qualitativ hochwertigen musikalischen Ausbildung für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Musik sei ein unverzichtbarer Pfeiler für die Herausbildung von Sozialkompetenz und entwickle „Fähigkeiten, die wir alle miteinander in unserer Gesellschaft haben wollen“. Besonders hervorzuheben seien in diesem Zusammenhang Kooperationen zwischen Musikschulen und Kindertageseinrichtungen. Diese seien unerlässlich, um „den Zugang zu musikalischer Bildung unabhängig von unterschiedlichen sozialen Schichten auch wirklich jedem Kind zu eröffnen“.

Musikschulen würden auf diese Weise gemeinsam mit den Kommunen einen unverzichtbaren Beitrag zur Entstehung eines umfassenden „kulturellen Bildungsnetzwerkes“ leisten. Gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Kinder zunehmend mehr Zeit in staatlichen Betreuungseinrichtungen verbringen, sei hier eine vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit unerlässlich: „Am Ende des Tages wird es wichtig sein, dass unseren Kindern das, was sie im Reichtum der Musikschule bekommen, nicht dadurch weggenommen wird, dass wir andere Betreuungszeiten be-

kommen.“ Ministerin Schreyer dankte den Musikschulen für ihre wertvolle Arbeit und sicherte ihnen auch weiterhin ihre Unterstützung zu.

Traditionell bildet der Festakt mit der feierlichen Verleihung der Carl-Orff-Medaille den kulturpolitischen Höhepunkt der Veranstaltung. Diesjähriger Preisträger ist Dr. Armin Augat, von 1996 bis zu seiner Pensionierung im Mai 2019 Geschäftsführer des kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) Bayern. Seit 1998 bringt er sein Fachwissen und seinen Weitblick als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in den Vorstand des VBSM ein.

Beispielsweise ermöglichte er mit der im KAV sehr umstrittenen Öffnung der Mitgliedschaft für nicht tarifgebundene Arbeitgeber unter anderem die Möglichkeit der juristischen Beratung der nicht kommunalen Träger öffentlicher Musikschulen, stellte erstmals Arbeitsvertragsmuster für Musikschullehrkräfte zur Verfügung und schrieb diese ständig fort. Darüber hinaus strukturierte er die Musikschulen nach den Vorgaben der im August 1984 erlassenen Sing- und Musikschulverordnung und den Zuwendungsrichtlinien zu vorbildhaften Bildungseinrichtungen in Bayern. Dafür sprach ihm Präsident Bayerstorfer seinen Dank aus. Dr. Augat habe sich „um die Rahmenbedingungen, die erst eine musikalische Erziehung und das Musizieren auf hohem Niveau ermöglichen, überaus verdient gemacht“ und mit seinem „pflichtbewussten wie freudvollen Wirken das Sing- und Musikschulwesen in Bayern und darüber hinaus in hohem Maße bereichert“.

Neuer Ratgeber

Im Rahmen des Forums für Musikschulleiter wurde auch die neue Broschüre „Öffentliche Musikschulen als Partner von Kitas und Schulen - Best Practice Beispiele“ vorgestellt, die der VBSM in Kooperation mit der Bayerischen Landeskoordinierungsstelle für Musik (BLKM) herausgegeben hat. „Es ist eine Handlungsempfehlung, die zu Kooperationen anregen soll, die finanzierbar, nachhaltig und an den Bedürfnissen der Kinder orientiert sind“, erläuterte VBSM-Geschäftsführer Wolfgang Greth die Zielsetzung der Publikation.

Die Broschüre bietet einen exemplarischen Einblick in die Bandbreite von Kooperationen im Zuschnitt auf örtliche und regionale Gegebenheiten und Möglichkeiten. Zu den Variablen zählen Verwaltungsgemeinschaften, Städte, Einrichtungen, Kitas, Schulen und Vereine als Kooperationspartner, altersbezogene Konzepte, Modelle zur Integration, zur Inklusion, zur bilingualen Sprachentwicklung oder zur konzeptionell ausgerichteten Frühförderung nach dem aufbauenden Prinzip in der Kita mit dem Anschluss in der Schule. **DK**

Zielscheibe Kommunalpolitik

Globale Entwicklungen sind für Bürger oft nicht greifbar, deshalb trifft es Kommunalpolitiker immer häufiger: Sie werden zu Opfern von enttäuschten Bürgern, die ihnen Morddrohungen schicken, sie beleidigen oder sogar handgreiflich werden. Nach einer Umfrage des Bayerischen Städtetags hat bereits ein Drittel der kommunalen Mandatsträger im Freistaat Erfahrung mit Hassbotschaften und Gewalt gemacht. Das entscheidende Problem für die Kommunen ist dabei: Im Ort erleben Politiker oft keine Solidarität und geben ihre kommunalen Ämter deshalb auf. Grüne und SPD forderten im Innenausschuss mehr Beratungsstellen und Personal in der Justiz.

Im Rahmen einer Expertenanhörung hat sich der Innenausschuss mit der Bedrohungslage für Kommunalpolitiker in Bayern befasst, die sich in der vergangenen Zeit immer mehr verschärft hat. Detaillierte Statistiken liegen zwar gegenwärtig nicht vor, aber die Tendenz zunehmender Fälle ist alarmierend. Auslöser waren der Mordanschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie mehrere bekannt gewordene Mordandrohungen gegen Politiker und Fälle von Beleidigungen und tätlichen Übergriffen. „Die Hemmschwelle ist gerade durch das Internet gesunken, auch Mitarbeiter in Rathäusern und Landratsämtern sind inzwischen betroffen“, berichtete Andrea Gehler vom Bayerischen Städtetag. Erschreckend sei, dass die Sprache verrohete und gerade Frauen immer häufiger sexistisch und extrem frauenfeindlich angegangen würden. Die Berliner Fachanwältin Saskia Ostendorff wies darauf hin, dass nicht nur Einzeltäter verantwortlich seien, sondern zunehmend systematisch über das Internet verbundene Gruppen. Sie sprach von einer Form der Organisierten Kriminalität.

Keine Solidarität

Hans-Peter Meyer vom Bayerischen Gemeindetag verwies auf das Gefühl der Ohnmacht vieler Betroffener. Zum einen erleben diese im Ort oft kaum Solidarität, zum anderen würden die meisten Strafanzeigen im Sande verlaufen. „Wer Anzeige erstattet, erlebt oft, dass im Verfahren nichts herauskommt“, sagte Mayer. Silvia Kugelmann, Bürgermeisterin von Kutzenhausen im Landkreis Augsburg, die selbst Bedrohungen und Anfeindungen erlebt hat, sprach davon, dass die Übergriffe „zerstörend“ für die Psyche und Leistungsfähigkeit im Amt sei. „Das frisst einen auf“, sagte sie. Viele Betroffene fühlen sich weder wahr- noch ernst-

genommen und überlegten, ihr kommunales Amt aufzugeben. Gehler und Mayer bestätigten diese Tendenz.

Unmut über Politik

Seitens der Wissenschaft wurden die Eindrücke der Kommunalpolitiker bestätigt. Rupert Gröbl, Direktor der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, erklärte, man stelle eine „Verschiebung des Sagbaren“ fest. Kommunikationsregeln und der zivilisierte Umgang miteinander würden immer häufiger missachtet. Einer der Gründe sei laut Professor Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, ein „allgemeiner Unmut“ über Politik, der von Teilen des Parteienspektrums mit einer gezielten „Anti-Institutionen-Haltung“ noch verstärkt werde. Die Kommunalpolitik werde vor diesem Hintergrund zur Zielscheibe, weil sie im Gefühl der Ohnmacht gegenüber der globalen Entwicklung für den einzelnen Bürger greifbar sei.

Anzeige zur Prävention

Trotz der hohen Zahl an Verfahrenseinstellungen rieten die Experten den Kommunalpolitikern, verbale oder körperliche Übergriffe konsequent anzuzeigen. „Wir können nur aktiv werden, wenn die Fälle auch angezeigt werden“, erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt Hans Kornprobst. Das Strafrecht leistet einen wichtigen Beitrag dazu, Anfeindungen zu bekämpfen. Petra Sandles, Vizepräsidentin des bayerischen Landeskriminalamts, sprach von der präventiven Wirkung einer Anzeige. Auch wenn es am Ende nicht zur Verurteilung eines Verdächtigen komme, schrecke oft schon der Besuch der Polizei und das Wissen, im Fokus der Ermittler zu stehen, vor weiteren Taten ab.

Als Hilfs- und Gegenmaßnahmen empfahlen die Experten

A. Schuchardt



Bild: stmuw.bayern.de

15 Jahre Bayerische Klima-Allianz

Im Rahmen eines Festaktes mit anschließendem Staatsempfang feierte die Bayerische Klima-Allianz ihr 15-jähriges Bestehen. Die Bayerische Staatsregierung und die Partner der Klima-Allianz bekräftigten ihre Charta zum Klimaschutz. Aus den treuen 48 Mitgliedern sollen noch 150 werden. Die Bayerische Gemeindezeitung ist selbstverständlich längst Partner.

Gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung verfolgen die Mitglieder ehrgeizige Klimaschutzziele, wie zum Beispiel das Bewusstsein für das Thema Klimaschutz zu stärken, breit angelegte Informationen bereitzustellen, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und zu gemeinsamen Aktionen im Sinne eines nachhaltigen Klimaschutzes anzuregen. Dabei sollen Projekte entstehen, die das Verständnis für einen nachhaltigen Um-

gang mit knappen Ressourcen wecken und klimafreundliches Verhalten fördern.

Individuelle Erklärungen

Jeder Partner besiegelt die Zusammenarbeit in einer feierlichen Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung für eine Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas“, die individuell mit der Bayerischen Staatsregierung abgestimmt wird. Mehr-

mals pro Jahr treffen sich die Partner, um gemeinsame Projekte zu besprechen, die Bayerische Klimawoche vorzubereiten und Kontakte zu knüpfen.

Mitmachen!

Die Bayerische Klima-Allianz heißt alle großen Umwelt- und kommunalen Spitzenverbände, Wirtschaft und Wissenschaft sowie alle weiteren gesellschaftlichen Akteure willkommen, sich der Bayerischen Klima-Allianz anzuschließen und gemeinsam für den Klimaschutz aktiv zu werden. **Informationen auf Anfrage** per E-Mail an: klimaallianz@stmuw.bayern.de

Rezepte für Bayerns Landwirtschaft

Wie steht es aus bayerischer Sicht um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und welche Gefahr droht den Wäldern in Bayern? Darüber diskutierten Politiker, Experten und Verbandsvertreter in zwei Sitzungen im Landwirtschaftsausschuss. Allein für das Jahr 2019 ist mit rund zehn Millionen Festmeter Schadholz in Bayern zu rechnen.

Aktuell wird in Brüssel der neue Haushalt der Europäischen Union für die Jahre 2021 bis 2027 erarbeitet. Der größte Posten darin sind die Agrarsubventionen – sie machen mit 58 Milliarden Euro knapp 40 Prozent des Gesamtbudgets aus. Kernelement der GAP sind dabei die Direktzahlungen. Allein 2018 seien laut Josef Weiß von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft über 950 Millionen Euro ausbezahlt worden.

Mehr Geld für Umweltschutz

„Viele Landwirte sind darauf angewiesen – vor allem die im Nebenerwerb“, sagte er. Der Vorwurf, 20 Prozent der Betriebe würden 80 Prozent der Prämien erhalten, stimme nicht. Zumindest in Bayern hätten 18 Prozent der Betriebe, die rund 56 Prozent der Flächen bewirtschaften, nur 54 Prozent der Direktzahlung erhalten. Matthias Borst, Direktor des Fachbereichs Agrar- und Umweltpolitik beim Bayerischen Bauernverband, forderte im kommenden Haushalt eine bessere Finanzausstattung für die erste Säule, also den Direktzahlungen für Landwirte, aber auch für die zweite Säule. Diese umfasst Förderprogramme für die umweltschonende Bewirtschaftung und die ländliche Entwicklung.

„Aus unserer Sicht ist die Fortführung der zweiten Säule unverzichtbar“, sagte auch Ludwig Huber, Bereichsleiter Ware und Dienstleistung beim Genossenschaftsverband Bayern. Künftig müsse die GAP aber speziell für kleine und mittlere Vermarkter vereinfacht werden. Huber warnte vor einer Renationalisierung der Förderpolitik. Das würde den Wettbewerb insbesondere für die großen Vermarkter verzerren.

Streitpunkt Direktzahlungen

Der Vorstandssprecher vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, Hans Foldenauer, sprach sich für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik aus. „Wir sollten nicht nur diskutieren, wie wir das Geld anders verteilen, sondern wie Agrarpolitik wieder im

Sinne der Bauern, Gesellschaft, Tiere und Umwelt gestaltet werden kann“, sagte er. Sebastian Lakner vom Thünen Institut für Ländliche Räume forderte, die Direktzahlungen umzugestalten oder auslaufen zu lassen. „Es fehlt ein wissenschaftlicher Beleg, dass landwirtschaftliche Haushalte ärmer sind als sonstige Haushalte“, sagte er. Selbst wenn, bleibe die Frage, ob Direktzahlungen das passende Mittel seien. „Sie bevorzugen große Strukturen und gehen in Osteuropa oft in korrupte Strukturen.“

Aktive Landwirte fördern

Der Vertreter der Europäischen Kommission, Michael Niejahr, versicherte, Brüssel wolle den Landwirten die Direktzahlungen nicht wegnehmen. Allerdings sollen künftig weniger große Betriebe, sondern mehr aktive Landwirte gefördert werden. Auch das Engagement für Umwelt- und Klimaschutz soll verstärkt gefördert werden. Ebenfalls mehr Anwendungen finden soll das Subsidiaritätsprinzip, sodass die Mitgliedsstaaten zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Mit einer Verabschiedung des Haushalts ist im Herbst 2020 zu rechnen.

Kritik aus den Parteien

Der Ausschussvorsitzende Leopold Herz (Freie Wähler) betonte in der anschließenden Frageunde, wie wichtig bei den aktuell niedrigen Produktpreisen Direktzahlungen für Landwirte seien. Martin Schöffel (CSU), stellvertretender Ausschussvorsitzender, unterstrich ebenfalls die Bedeutung der Direktzahlungen gerade für kleinere Familienbetriebe. Um sie stärker zu fördern, sollen aus seiner Sicht die ersten Hektare kleinerer Betriebe besergestellt werden. Gisela Sengl (Bündnis90/Die Grünen) kritisierte, dass es keine wissenschaftlichen Erkenntnisse darüber gäbe, ob an Umweltauflagen geknüpfte Direktzahlungen überhaupt helfen, Umwelt und Artenvielfalt zu schützen. Für Ruth Müller (SPD) beschleunigt die aktuelle GAP den Strukturwandel hin zu Groß- und Massenbetrieben. Sie forder-

te, EU-Fördergelder stärker nach Nachhaltigkeitskriterien zu vergeben. Christoph Skutella (FDP) forderte neben einer finanziell gut ausgestatteten zweiten Säule für Agrarumweltprogramme und Naturschutz die Nebenerwerbsbetriebe stärker zu fördern.

Bayerns Wälder in Gefahr

In der 14. Landwirtschaftsausschusssitzung wies Forstministerin Michaela Kaniber (CSU) darauf hin, dass im Zuge des Klimawandels vermehrt auftretenden Witterungsextrema für die bayerischen Wälder eine immer größere Bedrohung darstellen. Dazu zählen Trocken- und Hitzeperioden als auch Orkane und Überschwemmungen. Sie begünstigen nicht nur die Ausbreitung bekannter als auch die Etablierung neuer invasiver Schädlinge. Vor allem der Borkenkäfer schädige dabei zunehmend den Bestand der Wälder. Dies bestätigte die diesjährige Waldzustandserhebung.

Akute Problemregionen im Freistaat seien vor allem der Osten und Nordosten Bayerns. Hier hat der Fichtenborkenkäfer besonders schwere Schäden verursacht. In Folge dessen, und aufgrund der anhaltenden Trockenheit sei allein für das Jahr 2019 mit rund zehn Millionen Festmeter Schadholz zu rechnen. Deswegen, so die Ministerin, müssten die Wälder im Freistaat in Anschluss an bisherige Bemühungen noch stärker umgebaut werden. Ziel sei es, 200.000 Hektar Nadelwälder so rasch wie möglich in Mischwälder umzuwandeln.

Mehr Personal für den Forst

Klaus Steiner (CSU) plädierte bei der anschließenden Diskussion für die Dualität von „Schützen und Nützen“ der Wälder und eine konsequente Fortführung der bayerischen Forstpolitik. Horst Arnold (SPD) kritisierte die von der Ministerin erwähnte Schaffung von 200 neuen Stellen im Forstministerium als unzureichend. Arnold bemängelte dabei vor allem die Qualität der befristeten Stellen. Andreas Winhardt (AfD) forderte, das Konzept „Wald mit Wild“ in den Fokus zu rücken. Christoph Skutella (FDP) brachte Überlegungen für neue Pflanzkonzepte und eine damit einhergehende Naturverjüngung in die Diskussion mit ein. A.Schuchardt

GZ KOLUMNE Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

oft liegen Fluch und Segen sehr nahe beieinander. Besonders häufig ist dieses Phänomen beim Thema Verkehr anzutreffen. Regionen mit besonders schönen Skigebieten versinken im Winter im Verkehr, im Fünfseeland schiebt sich die Blechlawine an den heißen Sommertagen nicht nur um Starnberger oder Ammersee. Auch im Norden Münchens, in der Stadt und den angrenzenden Landkreisen sind die Beeinträchtigungen durch den zunehmenden Verkehr besonders hoch. Hier sind es nicht in erster Linie touristische Punkte, die den Verkehr anziehen, sondern die große Zahl an hochwertigen Arbeitsplätzen und Wirtschaftspartnern.

Der Münchner Norden ist der Wirtschaftsmotor der Metropolregion München, ja viel-



Siedlungs- und Landschaftsentwicklung im Jahr 2030. Eineinhalb Jahre intensive Arbeit liegen hinter der Arbeitsgemeinschaft. Die Ergebnisse wurden Mitte Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt und eine gemeinsame Abschlusserklärung unterzeichnet.

Im Konzept wurde klar herausgearbeitet, dass die derzeitigen Planungen zum Infrastrukturausbau nicht ausreichen werden, um spürbare Verbesserungen im Verkehrssystem zu erzielen. Gemeinsam fordern die Partner daher deutliche Verbesserungen im Angebot des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs in der Region. Durch einen Ausbau der Kapazitäten sowie eine Steigerung der Zuverlässigkeit schienengebundener Verkehrsmittel soll vor allem das tägliche Pendeln per Bahn und Bus attraktiver werden. Ebenso fordern wir in unserer Abschlusserklärung u.a. die Schaffung von Grundlagen zur schnelleren Realisierung von Radschnellwegen.

Gleichzeitig sichern wir als Kommunalvertreter zu, in Zusammenarbeit mit Bund und Freistaat, eigene Projekte in interkommunaler Zusammenarbeit anzustoßen und umzusetzen. Hierunter fällt u.a. die Idee eines Regionalen Parkraummanagements über die Stadtgrenzen Münchens hinaus, die Schaffung eines intermodalen Verkehrshubs an der S-Bahn Endhaltestelle Petershausen sowie eine Verlängerung unseres geplanten Radschnellwegs nach Garching und Unterschleißheim bis nach Freising. Auf den Autobahnen A8 und A9 sollen zudem Schnellbusverbindungen realisiert werden.

Ob und in welchem Umfang wir vom Freistaat die erhoffte Unterstützung erhalten werden, können wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen. Dort, wo wir selbst für Verbesserungen sorgen können, tun wir dies ohnehin und mit Nachdruck. Eine Lösung des mittlerweile immens gewordenen Verkehrsproblems ist jedoch nur mit übergeordneter Unterstützung möglich.

Drücken Sie uns die Daumen, dass wir Gehör finden!

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr
Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Innovative Verkehrskonzepte sind gefordert

leicht sogar des gesamten Freistaats Bayern. Große Global Player haben hier ihren Sitz, und der Münchner Flughafen ist das Tor in die ganze Welt. Und obwohl die Digitalisierung stetig zunimmt, reisen noch immer nicht allein die Daten, sondern – nach wie vor und mit steigender Tendenz – auch Menschen und Güter. Für die Einwohner im Münchner Norden wird dies immer mehr zu einer unerträglichen Situation.

Ebenso wenig wie die Ursachen allein „hausgemacht“ sind, genau so wenig kann das daraus resultierende Verkehrsproblem im Kleinen, also von einer einzelnen oder mehreren Kommunen gemeinsam, selbst gelöst werden. Es bedarf eines übergreifenden Konzepts; es bedarf aber vor allem auch einer Koordinierung und Finanzierung durch den Freistaat Bayern.

Mehr als 30 Kommunen aus den Landkreisen Dachau, Freising und München sowie die Landeshauptstadt München haben sich deshalb zusammengetan und ein interkommunales Konzept für den Raum München Nord vorgelegt. Es formuliert Ziele für die Verkehrs-

Bayerischer Tourismustag in München:

Tourismus ganzheitlich denken

Der Tourismus ist ein Gemeinschaftsprodukt. Erst durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteure und die Begegnung mit der einheimischen Bevölkerung entsteht für den Gast ein einzigartiges Urlaubserlebnis, so der Tenor des Bayerischen Tourismustages in München unter dem Motto „Durch Kooperation zum Erfolg: Netzwerke für die regionale Wertschöpfung“.

„Damit der Tourismus weiterhin erfolgreich sein und sein ganzes Potenzial entfalten kann, müssen Politik, Destinationen, Regionen und die touristischen Leistungsträger partnerschaftlich voranschreiten. Nur als gut vernetzte Partner können wir den aktuellen Veränderungen wie Klimawandel, digitale Transformation oder demografischer Wandel optimal begegnen“, betonte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger auf Bayerns größter Fachtagung für Touristiker. Dabei dürfe die Vernetzung nicht an den Branchengrenzen Halt machen; touristische Entwicklung müsse auch stets im Einklang mit der Bevölkerung vor Ort geschehen. Dann profitierten sowohl Gäste als auch Einheimische.

Laut Barbara Radomski, Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH (by.TM), steht Bayern für Gastfreundschaft und Authentizität. Die Gäste wünschten sich, in das bayerische Lebensgefühl einzutauchen und für die Dauer ihres Aufenthalts am Leben der Einheimischen teilzuhaben. Die Akzeptanz des Tourismus durch die Bevölkerung sei dabei von großer Bedeutung, weshalb es das Ziel von by.TM sei, „unsere Bayern-Botschafter auch zu Botschaftern des Tourismus in ihrer Region zu machen, um das Bewusstsein der

Einheimischen für dessen Bedeutung zu erhöhen“.

Mittlerweile gibt es über 80 Bayern-Botschafter, unter denen ein Netzwerk entstanden ist und die sich regelmäßig zum Austausch treffen. Die Botschafter der by.TM geben der Marke Bayern ein Gesicht und machen das Reiseland mit persönlichen Tipps und Empfehlungen aus ihrer Region für Gäste greif- und erlebbar.

Weitere Redner auf dem Bayerischen Tourismustag waren u.a. Alexander S. Wolf mit seinem Impulsvortrag „Dictynomie – die Wissenschaft des richtigen Netzwerks“, Sabine Wendt, Leiterin Destinationsmanagement & Unternehmensentwicklung/COO Berlin Tourismus & Kongress GmbH, die über das „Destinationsmarketing und -management in Berlin“ referierte, und Prof. Dr. Alfred Bauer, Dekan der Fakultät Tourismus-Management der Hochschule Kempten, der „Szenarien für den Tourismus in Bayern im Jahr 2040“ aufzeigte.

Museum & Tourismus

Abgerundet wurde das Programm von verschiedenen Beispielen aus der Praxis. Dr. Astrid Pellengahr, Leiterin der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, oblag es, das

Projekt Museum & Tourismus in Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH zu präsentieren.

Für immer mehr Museen gehören Touristen zu einer interessanter werdenden Besuchergruppe. Pellengahr zufolge geht es darum, bayerische Museen im weiten Feld des Tourismus erfolgreicher zu verzahnen und effektiver zu machen. Transportsysteme, Übernachtungsanbieter, sehenswerte Attraktionen und Wirtshauskultur müssten mit Reiseveranstaltern und Online-Buchungsplattformen so verzahnt werden, dass daraus ein rundes Reiseerlebnis für den Gast werden kann.

Die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern unterstützt bei der Suche nach dem richtigen Weg zum kulturinteressierten Gast, bei der Suche nach dem passenden zeitgemäßen Werkzeug und schließlich bei der Arbeit in Netzwerken, die hilft, sich gemeinschaftlich besser in Destinationen zu positionieren.

Das Projekt startete mit Workshops im Rahmen der MuseumsPraxis in allen sieben Regierungsbezirken, die bei der touristischen Arbeit und der besseren Vernetzung im Bereich Kulturtourismus unterstützen. Inzwischen wird gemeinsam mit den ersten fünf Museums-Pilotnetzwerken an praktischen und vor allem vorbildlichen Umsetzungen gearbeitet, um mehr Kulturtouristen für die spannenden Angebote der bayerischen Museen zu interessieren. Die Laufzeit des Projektes endet 2023. **DK**

Dezentral. Regional ...

(Fortsetzung von Seite 1)

plädierte dafür, sich in der Union bewusst zu hinterfragen, „ob die Zusammenarbeit zwischen Kommunal-, Länder- und Bundesebene auch in der Partei richtig funktioniert“. Die Kommunalpolitiker seien Vorreiter darin, auf einem festen Wertegerüst zu stehen und trotzdem so flexibel und pragmatisch zu sein, dass die Politik bei den Menschen ankommt. Kommunalpolitik sei eine harte, aber auch gute Schule für jeden Politiker. Klar sei auch: „Ohne starke Kommunen gibt es keine starken Bundesländer.“ Nur wer seine eigenen Hausaufgaben macht, werde eine Chance haben, dass sich auch die Bundesebene solidarisch zeigt.

Kommunale Handschrift

Die KPV-Delegierten ermutigte Kramp-Karrenbauer, sich mit ihren Forderungen in die Programmarbeit auf dem kommenden CDU-Parteitag einzubringen. Sie sicherte zu, dass das CDU-Wahlprogramm eine kommunale Handschrift trägt. „Von der wirklichen Umsetzung des Konnexitätsprinzips bis hin zur Frage der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse: Daran messen uns die Menschen. Sie messen uns am Ergebnis und nicht an theoretischen Diskussionen. Das sehen Sie vor Ort in den Schulen, in den Straßen, in der Infrastruktur. Und deshalb ist es wichtig, dass der Nahbereich, die kommunale Ebene, funktioniert. Diese sichert Identität und fördert somit jene Bürger, die bereit sind, in die Zukunft zu blicken und voranzuschreiten. Diesen Geist, das Bekenntnis zur Zukunft, brauchen wir in Deutschland und kein kleinmütiges „Zurück in die Vergangenheit“, machte Kramp-Karrenbauer deutlich.

Ralph Brinkhaus MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ergänzte: „Wir sind doch alle in die Politik gegangen, weil wir diese Gemeinde, diese Stadt, diesen Landkreis, dieses Land, gestalten, verbessern und voranbringen können.“ Es sei notwendig, „dass wir mit unseren Themen wieder über die Welle kommen“. „Wir sind diejenigen, die sich um alle Menschen in diesem Land kümmern. Wir machen keine Klientelpolitik. Wir sind in der Mitte der Gesellschaft“, so Brinkhaus.

Die Mitte der Gesellschaft

„Die gesamte CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament möchte Hand in Hand mit den Kommunalpolitikern arbeiten, um die nächsten fünf Jahre zu gestalten“, unterstrich Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und stellvertretender CSU-Parteivorsitzender. Wichtig sei es, den „Ausgleich der Interessen“ zu schaffen.

In einer kurzen Tour d'Horizon streifte Weber u.a. die Themen Finanzmärkte, Gesundheitsversorgung, Klimaschutz und Flüchtlingspolitik. Er wandte sich gegen eine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken im Bankenbereich, solange diese nicht in genügendem Maße abgebaut worden seien und wies zudem auf das ambitionierte Ziel hin, bis 2030 in Europa eine Reduzierung von CO₂-Emissionen um mindestens 50 Prozent zu erreichen. Ebenso machte er auf Veränderungen durch den bevorstehenden Brexit in den Bereichen Landwirtschaft und Regionalförderung aufmerksam und forderte einen neuen Marshall-Plan für die afrikanischen Staaten.

Mit Blick auf die Gesundheitsversorgung und dem damit einhergehenden immensen Bedarf an qualifiziertem Personal sprach der Fraktionsvorsitzende von ei-

ner „Aufgabe, die zunächst sowohl national, als auch auf Länder- und Kommunalebene abgefedert werden muss“. Gleichwohl sei allerorten spürbar, dass ohne Zuwanderung von Arbeitskräften aus Mittel- und Osteuropa die Pflegeheime hierzulande nicht aufrechterhalten werden könnten.

Öffnung der Arbeitsmärkte

Hier greife die „Freizügigkeit der europäischen Öffnung der Arbeitsmärkte“. Deshalb ist aus Webers Sicht die gegenseitige schnelle Anerkennung von Abschlüssen „eine Frage, die zutiefst in deutschem Interesse ist“. Wollte man attraktive Arbeitsplätze anbieten, müsse eine möglichst unbürokratische Gestaltung das Ziel sein.

„In der Union sind wir mit der KPV auf jeder Ebene gut aufgestellt“, erklärte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Florian Herrmann, in Vertretung des CSU-Parteivorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder. Die Kommunen könnten Kraft aus der Eigenständigkeit schöpfen und bewahren, nicht zuletzt deshalb, weil zahlreiche Kommunalpolitiker ehrenamtlich höchst engagiert seien.

Praktische Politik

Herrmann plädierte dafür, „Maß und Mitte als Richtschnur“ des politischen Handelns zu nehmen. Umzusetzen sei dies am besten auf der kommunalen Ebene, „wo man praktische Politik – im Idealfall ohne Ideologie – macht“. Deshalb sei es der Bayerischen Staatsregierung so wichtig, die Kommunen als „Seismograph der Lebenswirklichkeit“ zu unterstützen. Als Beispiele nannte

(Fortsetzung von Seite 1)

weiteren Kooperationsvertrag zum Ausbau im Rahmen des Höfebonus abschließen können. Derzeit stehe die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis vor der Realisierung eines Glasfasernetzes für die Schulen und öffentlichen Einrichtungen. Zudem sei beschlossen worden, ein Digitalisierungskonzept für die Stadtverwaltung Gunzenhausen und ihre Einrichtungen zu erstellen. Es umfasst die Bereiche E-Government, innere Verwaltung und Prozesse, digitale Bürgerangebote und Wirtschaft.

Ausbau auf Hochtouren

Regierungsdirektor Bernd Geisler vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat verwies darauf, dass der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Bayern auf Hochtouren läuft. 2018 bayerische Kommunen (98 Prozent) seien bereits in das bayerische Förderverfahren eingestiegen. Bereits 1.797 Gemeinden, also über 87 Prozent aller bayerischen Kommunen, haben einen Förderbescheid erhalten. Ihnen wurden bereits Fördermittel in Höhe von 1,07 Mrd. Euro zugesagt.

Glasfaserinfrastruktur

94 Prozent der bayerischen Haushalte haben inzwischen Zugang zu schnellem Internet (mindestens 30 Mbit/s). Nach Abschluss der laufenden Baumaßnahmen werden mindestens 99 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein. Ziel der aktuellen Förderprojekte ist es Geisler zufolge, die Glasfaser noch weiter ins Land zu bringen, möglichst bis in die Gebäude (FTTB – Fiber to the building). Wie bereits seit 1. Juli 2017 mit dem „Höfebonus“ wird auch im Bundesförderverfahren

te der Staatskanzlei u.a. die einstimmige Grundgesetzänderung im Bundesrat beim Thema Grundsteuer, den bisher höchsten kommunalen Finanzausgleich in Bayern mit einem Plus von 4,6 Prozent gegenüber 2018, eine sehr hohe Investitionsquote, die deutliche Entlastung der Kommunen bei der Gewerbesteuerumlage um 800 Mio. Euro sowie die Themen Schwimmbad- und Feuerwehrförderung, Behördenverlagerung und Hightech-Offensive.

Der als stellvertretender KPV-Bundesvorsitzender bestimmte bayerische KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), appellierte an die Delegierten der Würzburger Bundesversammlung, offensiv für die Wertepolitik der CDU/CSU einzutreten. Die Koalition sei oftmals zu sehr darauf bedacht, keine Fehler zu machen und sich an anderen zu orientieren. „Wir müssen nach vorne spielen und Tore schießen. Unsere Wertepolitik ist grundsolide. Damit kann man Wahlen gewinnen. Und das werden wir auch bei der kommenden bayerischen Kommunalwahl am 15. März 2020“, zeigte sich Rößle überzeugt.

Wertepolitik gefordert

Nachhaltigkeit sei die „DNA“ der CDU/CSU, fuhr der KPV-Landeschef fort. Werde ein Thema jedoch nur besetzt, weil es gerade modern ist (siehe Klimaschutz), „überzeugt man noch lange nicht unsere Wähler“. Ziel müsse es zuvörderst sein, die solide Haushaltspolitik der Union fortzusetzen, damit nachfolgenden Generationen kein Schuldenberg hinterlassen wird. Die Maxime laute: „Nicht nur schauen, was ankommt, sondern worauf es ankommt!“ „Wir brauchen starke Kommunen und ein starkes Deutschland“, so Rößle abschließend. **DK**

Chancen für mehr...

ein weiterer Anreiz geschaffen, in Glasfaserinfrastruktur bis in die Häuser zu investieren.

Laut Direktor Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag betrachten Deutscher Landkreistag sowie Deutscher Städte- und Gemeindebund mit Sorge, dass bei Neuerschließungen kleinerer Neubaugebiete von den TK-Netzbetreibern immer häufiger auf die Mitverlegungspflicht der Gemeinde gemäß DigiNetzG, § 77i Abs. 7 TKG verwiesen wird. Graf rief dazu auf, Gemeinden nicht in die Ausbaurolle zu drängen und frustrierende Förderverfahren unbedingt zu vermeiden. Es gelte, die Eigenbeteiligung der Gemeinden zu deckeln. Während für reine FTTB-Projekte durchschnittliche Wirtschaftlichkeitslücken von ca. 4.000 Euro pro Anschluss bestünden, seien es bei der Erschließung von Weilern über den Höfebonus sage und schreibe 10.000 bis 40.000 Euro.

Graf: „Die Zahl der förderbedürftigen Anschlüsse ist nicht linear zur Einwohnerzahl. Es zeigt sich, dass auch Förderquoten von 80 bzw. 90 Prozent und hohe Förderhöchstbeträge zur finanziellen Überforderung von Gemeinden führen können. Die gerechteste Lösung wären nach Einwohnerzahl gestaffelte Höchstsummen für den kommunalen Eigenanteil sowie ggf. die Berücksichtigung der Finanzsituation.“ Die neue Finanzierung der Bundesförderung gehe hier in die richtige Richtung.

Doku in GZ 24

In Ausgabe 24/2019 der Bayerischen Gemeindezeitung, die am 19. Dezember 2019 erscheint, wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht. Zudem stehen im GZ-Netzwerk www.anmelden.gemeindezeitung.bayern in der Gruppe Breitband bereits freigegebene Vorträge zum Download bereit. **DK**

Miteinander-Preis 2019:

Beste Projekte für Inklusion

Jeder gehört dazu, beim Arbeiten, Wohnen oder in der Freizeit. Das ist das Ziel der Inklusion. Um in ganz Bayern bekannt zu machen, wo Inklusion bereits umgesetzt wird, zeichnete Sozialministerin Kerstin Schreyer in München die besten sieben Projekte – in jedem Regierungsbezirk eines – mit dem mit insgesamt 14.000 Euro dotierten Miteinander-Preis aus: „Die größten Barrieren sind oft die in unseren Köpfen. Jeder von uns hat Vorurteile und manchmal Berührungsängste. Die müssen wir Stück für Stück kleiner bekommen. Dann wird Inklusion gelebt. Ich bin begeistert, wie viele Menschen in Bayern sich dafür einsetzen“, betonte Schreyer.

Den Miteinander-Preis 2019 im Regierungsbezirk Oberbayern gewann „Wohn:Sinn – Plattform für inklusives Wohnen“ des Wohn:Sinn-Bündnisses für inklusives Wohnen e.V. Dabei handelt es sich um eine Plattform für inklusives Wohnen, die das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung selbstverständlich macht und die Wohnsituation von Menschen mit Behinderung verbessern will.

In Niederbayern siegte „Stufenlos, auf der Suche nach Gemeinsamkeiten!“, ein Projekt des Jugendzentrums Passau mit der Offenen Behindertenarbeit. Jugendliche mit und ohne Behinderung können ihre Freizeit gemeinsam gestalten. Die Jugendlichen entscheiden selbst, wann, wo und wie sie Unterstützung durch Erwachsene wollen.

„Wundernetz2 – gemeinsam

stärker“, eine Kooperation unter Leitung der Lebenshilfe Amberg-Sulzbach e.V., behielt die Oberhand im Regierungsbezirk Oberpfalz. Menschen mit und ohne Behinderung gestalten eine Homepage, ein barrierefreies TV-Wundernetzmagazin mit inklusiven Reporterteams, YouTube-Filme und eine Zeitschrift in leichter Sprache.

Ausgezeichnet im Regierungsbezirk Oberfranken wurde „Gemeinsam gegen einsam“ des SiSoNetz Bürger helfen Bürgern e.V. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk von Anbietern sozialer Dienstleistungen aus Weidenberg. Auch und gerade Senioren und Menschen mit Behinderung bzw. Demenz sollen weiterhin am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben.

Mit dem Miteinander-Preis 2019 im Regierungsbezirk Mittel-

franken wurde die „IKON – Inklusiv-kooperierende Klassen Nürnberg“ der Jakob-Muth-Schule Nürnberg, ein privates Förderzentrum mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und der Henry-Dunant-Schule – schon seit Jahren ein Vorzeigeprojekt für inklusiven Schulunterricht (Partnerklassenkonzept) und inklusive Nachmittagsbetreuung, auch in den Ferien. ausgezeichnet.

„Inklusiv! Gemeinsam arbeiten“ der Mainfränkischen Werkstätten GmbH heißt der Sieger in Unterfranken. Bei diesem Vorzeigeprojekt geht es um wohnortnahe und maßgeschneiderte Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung. Im Mittelpunkt steht der Arbeitssuchende mit seinen persönlichen Wünschen und Vorstellungen.

Im Regierungsbezirk Schwaben belegten schließlich die Inklusionshotels „Allgäu ART Hotel“ und „smart Motel“ der Allgäuer Integrationsbetrieb-Hotel-gGmbH Platz eins. Dabei handelt es sich um zwei Tagungshotels, von denen eines komplett barrierefrei ist. Das Sozialprojekt ist auch Arbeitgeber für Menschen mit Behinderung. **DK**

30 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung in Berlin

Dr. Gerd Müller und Markus Blume als Jubiläumsgäste

Seit 30 Jahren ist die Hanns-Seidel-Stiftung auch in Berlin vertreten. Rund sechs Monate vor dem Mauerfall startete die HSS mit einer Tagungsstätte in Marienfelde, zog 2006 ins Europäische Haus Unter den Linden und arbeitet seit 2015 mit Büro- und Tagungsräumen in der Dorotheenstraße 37, wo auch die Jubiläumsfeier mit Bundesentscheidungsminister Dr. Gerd Müller, CSU-Generalsekretär Markus Blume, und weiteren hochrangigen und internationalen Gästen aus Politik, Wissenschaft und Medien stattfand.

Was noch vor dem Mauerfall als Projekt zur deutsch-deutschen Verständigung und der politischen Bildung begann, ist heute ein Hauptstadtbüro. Es repräsentiert die gesamte Stiftung bei den politischen Institutionen in Berlin: Beim Deutschen Bundestag, der Bundesregierung, den Ministerien, Parteien und Verbänden. Außerdem stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HSS-Hauptstadtbüros als Ansprechpartner zur Verfügung, insbesondere auch den Botschaften der rund 65 Projektländer, in denen die HSS tätig ist.

Weit über 100 Gäste folgten der Einladung zum Jubiläum in die Berliner HSS-Repräsentanz, wo Stiftungsvorsitzende, Staatsministerin a.D., Prof. Ursula Männle, Generalsekretär Oliver Jörg sowie Bundesminister Dr. Gerd Müller und CSU-Generalsekretär

Markus Blume ein Resümee über die Entwicklung des Hauptstadtbüros zogen und seine Bedeutung in den Gesamtkontext der Stiftung einordneten.

Bayern, Berlin und die Welt

Ursula Männle führte bei der Jubiläumsfeier nach einem kurzen geschichtlichen Abriss des „Berliner Begegnungszentrums HSS“ (Männle) aus: „Wir haben uns aus Bayern heraus aufgemacht, zum Zusammenwachsen von West- und Ostdeutschland beizutragen.“ Markus Blume, Generalsekretär der CSU, gratulierte, auch im Namen des Parteivorsitzenden Markus Söder, und bedankte sich für die geleistete Arbeit: „Dass die HSS schon vor der Wiedervereinigung nach Berlin ging, war geradezu hellseherisch – der Auftrag der Stiftung, im Sin-

ne von Frieden, Demokratie und Entwicklung zu wirken, ist heute nach wie vor unverändert aktuell.“ Bundesminister Gerd Müller bezeichnete die HSS als Brücke nach Berlin und weit darüber hinaus. „Politische Stiftungen tragen unsere Ideen hinaus in die Welt – Demokratie, Freiheit, Menschenrechte.“ Daneben forderte er, den Brückenschlag zur jungen Generation nicht zu vergessen. „Die HSS in Berlin ist hier auch ein Stück bayerische Heimat.“ Generalsekretär Oliver Jörg versprach, dass die HSS ihren Auftrag mit aller Kraft weiterhin wahrnehmen werde.

Das Hauptstadtbüro der Hanns-Seidel-Stiftung wird geleitet von Dr. Alexander Wolf. Die Stiftung fördert die Vernetzung von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Berlin durch Fachkonferenzen und Workshops. Ferner werden Delegationen aus den Partnerländern und dem Europäischen Dialogprogramm betreut. Auch die Stipendiaten der Stiftung haben im Hauptstadtbüro ihren festen Ort zur Begegnung. **DK**

Kritik an Sonderweg...

(Fortsetzung von Seite 1)

Steuereinnahmen (18,7 Milliarden Euro). Mit Blick auf die Flächenspar-Offensive der Staatsregierung, die auf eine freiwillige Richtgröße von fünf Hektar pro Tag für die Inanspruchnahme neuer Flächen im Landesplanungsgesetz setzt, stellte der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, fest: „Die Diskussion über Obergrenzen ist nicht zielführend. Obergrenzen lösen nicht das Problem der steigenden Flächenkonkurrenz. Sie geben keine Antwort, wie die vielschichtigen Bedarfe der Bevölkerung, der Natur und der Pflanzenwelt in ein ausgewogenes Verhältnis kommen. Die Nachfrage nach Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Arbeitsplätzen und Erholungsflächen ist in Bayern unverändert groß.“

Nutzung und Entwicklung

Bevor Verbrauchsgrenzen gezogen würden, müssten qualitative Fragen der Flächennutzung

und die für eine kompakte Siedlungsentwicklung nötigen baurechtlichen Instrumente entwickelt werden. An dieser Stelle sei bislang zu wenig passiert. Wie Buckenhofer erläuterte, habe der Bayerische Städtetag ein Bündel von Maßnahmen im Baurecht, im Steuerrecht und im Förderwesen zur Ermöglichung einer flächensparenden Siedlungsentwicklung vorgeschlagen. Trotz jahrelanger Diskussion sei eine Ertüchtigung der Vorkaufsrechte der Gemeinden nicht erfolgt, um Lücken im Innenbereich zu schließen.

Gemeindevorkaufsrecht

Landesplanerisch seien überdies Instrumente für die Innenentwicklung, etwa das Anbindegebot, gelockert statt angewendet worden. Flankierende steuerliche Anreize, um Grundstücke in Ortszentren zu nutzen, würden nicht mit der notwendigen Konsequenz vorangetrieben. Eine Möglichkeit biete sich aktuell im Freistaat mit der Einführung

einer Grundsteuer C für baureife Grundstücke, solange sie nicht bebaut sind. Bislang zeige allerdings etwa der für Landesentwicklung zuständige Minister Hubert Aiwanger hierfür keine Initiative.

Verengter Fokus

Viele der Mitglieder des Bayerischen Städtetags erfüllten seit langer Zeit das Ziel, sparsam mit Flächen umzugehen. Die Diskussion über eine Obergrenze für Flächenverbrauch verenge ihren Fokus auf Städte und Gemeinden und erwecke dabei den Anschein fehlerhafter Siedlungsentwicklung. Buckenhofer: „Der oft vermittelte Eindruck eines unbedachten Flächenverbrauchs wird den kommunalen Anstrengungen nicht gerecht. Viele Städte und Gemeinden nehmen das im Baugesetzbuch verankerte Ziel des Vorrangs der Innenentwicklung und des sparsamen Umgangs mit Fläche sehr ernst. Die Bundes- und Landespolitik hat die längst überfällige Diskussion über eine Ertüchtigung der planerischen und steuerlichen Instrumente nur halbherzig geführt.“ **DK**

Blockchain-Forschung ermöglicht regionalen Energiehandel

Bayerisches Wirtschaftsministerium fördert Forschungsprojekt

Wie können verschiedenste Energieerzeuger – ob Hauseigentümer mit PV-Anlage auf dem Dach, Bürgerenergiegenossenschaften mit Windkraftanlagen bis BHKW-Betreiber – ihren Strom vor Ort direkt an Kunden vermarkten? Die Thüga erforscht gemeinsam mit der Technischen Universität München (TUM), den regionalen Energieversorgern erdgas schwaben und Energie Südbayern sowie mit Syneco und Thüga SmartService (TSG), wie eine regionale Stromhandelsplattform (RegHEE) auf Basis von Blockchain-Technologie funktionieren kann. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie fördert über das Zentrum Digitalisierung.Bayern.

Zum offiziellen Projektstart konnten die Projekt- und Förderpartner in München den bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, begrüßen, der mit seinem Besuch die Bedeutung dieses Forschungsprojekts unterstrich: „Wichtig für die Akzeptanz erneuerbarer Energien ist die Bürgernähe. Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern ihren persönlichen Nutzen deutlich aufzeigen, gelingt es uns, mehr erneuerbare Energien in das System

zu bringen. Ich sehe neue Technologien wie Blockchain als wichtiges Mittel, die Energiewirtschaft zu modernisieren. Die Kunden möchten, dass ‚ihr‘ Strom auch wirklich vor Ort erzeugt wird.“

Nähe zum Kunden

Dr. Matthias Cord, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Thüga Aktiengesellschaft, ergänzt: „Regionale Energieversorger sind vor Ort verankert und nahe am Kunden. Daher

Landesvertretung Erneuerbare Energien Bayern:

Für eine mutige und entschlossene Politik

Mehr als 200 Besucher sind der Einladung der Landesvertretung Erneuerbare Energien (LEE) Bayern gefolgt und haben sich in Taufkirchen bei München über den aktuellen Stand der Erneuerbaren im Freistaat informiert.

Den Auftakt machte Prof. Dr. Stefan Emeis mit dramatischen Bildern von Flutkatastrophen, Dürreereignissen und Hurricanes. Sein eindringlicher Appell: die Situation ist sehr ernst! Ähnlich drastisch formulierte es Dr. Eric Veulliet von der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, der vor 300 bis 500 Millionen Klimaflüchtlingen allein im Einzugsgebiet Europas warnte. Er forderte Zugeständnisse von allen Seiten und mahnte: „Die Zeit für faule Kompromisse ist vorbei.“

Prof. Dr. Wolfgang Mauch forderte in seinem Vortrag, die besten 300 Windstandorte in Bayern zu definieren und dort Windräder aufzustellen. Die Potenziale seien vorhanden - nur nicht die Akzeptanz. „Wir müssen aufhören überall „Nein Danke“ zu sagen. Wir müssen endlich zusammenspielen“, sagte Mauch. Als Vertreterin der Politik und damit auch als Vertreterin der 10H-Regel hatte Dr. Sabine Jaroth als Amtschefin des bayerischen Wirtschaftsministeriums einen schweren Stand. Ihr Argument, dass Politiker alle Menschen mitnehmen müssten, stieß im Publikum auf wenig Verständnis.

Mutmacher-Projekte

Im zweiten Teil der Veranstaltung informierten verschiedene Akteure über ihre EE-Projekte. Die Firma Develey verfolgt an 18 Standorten weltweit das Ziel, CO₂-neutral zu produzieren. Getreu dem Motto „Als Familienunternehmen denken wir nicht in Quartalen sondern in Generationen“ setzt die Firma auf Holzackschnitzel, Biogas, PV und Geothermie.

Weitere „Mutmacher-Projekte“ waren u.a. die Erdwärme Grünwald, die allein zwischen 2014 und 2018 durch die Bereitstellung klimafreundlicher Heizenergie rund 15.000 Tonnen Heizöl einsparen und damit 41.000 Tonnen CO₂ vermeiden konnte, und die Energiekommune Hirschaid mit ihrem Energiepark, dem Energie-Lehrpfad, dem E-Car-Sharing-Projekt und ihren regenerativen Kraftwerken. Erster Bürgermeister Klaus Homann zeigte sich überzeugt: „Wind ist eine reine Gewöhnungssache - wenn 70 % der Bevölkerung dafür sind, dann

sind sie ideale Partner, die regionale Identität und das gewachsene Umweltbewusstsein ihrer Energie-Kunden zu unterstützen.“ Im Rahmen des Forschungsprojekts entwickeln die Partner eine Handelsplattform, bei der alle Teilnehmer sowohl Erzeuger als auch Abnehmer sein können. „Das Projekt ist grundsätzlich offen für alle denkbaren Erzeuger“, erklärt Cord. „Neben Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) von Hausbesitzern könnten dies auch Blockheizkraftwerke oder sogar Windenergieanlagen von Bürgerenergiegenossenschaften sein.“

Transparent und lokal

So können alle, die sich am lokalen Energiehandel beteiligen wollen, ihre voraussichtlichen Strommengen automatisiert auf einer Handelsplattform anbieten. „So wird Energieproduktion und Energiehandel transparent und lokal. Der Preis, zu dem angeboten wird, ist der Produktionspreis und inklusive einer Handelspanne“, sagt Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas

schwaben gmbh. Die produzierte Strommenge wird einfach in das Ortsnetz eingespeist. Intelligente Messsysteme erfassen die Mengen und verbuchen sie auf der Plattform. Energie kann so sehr lokal erzeugt und verbraucht werden – am besten unter Nachbarn. Markus Last erklärt: „Wer kaufen will, setzt seinen Maximalpreis als Obergrenze ein und kauft. Liegt der Preis über diesem persönlichen Limit, wird überregionaler Strom aus dem allgemeinen Stromnetz erworben.“

Neue Denksätze

Sicherheit bei gleichzeitiger Transparenz für alle Handelspartner ist für eine dezentrale Handelsplattform Grundvoraussetzung. „In der Blockchain werden Transaktionen manipulationsicher fortgeschrieben. Jeder Block basiert auf den vorherigen Transaktionen, einzelne Blöcke lassen sich so nicht mehr verändern“, erklärt Prof. Ulrich Wagner von der TUM.

Die Blockchain-Technologie verspricht eine zuverlässige Abwicklung der Transaktionen unter den Plattformteilnehmern. „Inwieweit die Blockchain für den regionalen Stromhandel einen Mehrwert liefern kann, gilt es in RegHEE zu untersuchen.“ Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung von Energie Südbayern ergänzt: „Neue Technologien wie



V.l.: Franz Schulte (Thüga SmartService), Dr. Johannes Angloher (Syneco), Markus Last (erdgas schwaben), Dr. Matthias Cord (Thüga), Staatsminister Hubert Aiwanger, Prof. Dr. Ulrich Wagner (TUM), Marcus Böske (Energie Südbayern), Dr. Christoph Ullmer (Thüga) Bild: Thüga / Falk Heller

Blockchain und Smart Meter ermöglichen uns ganz neue Denksätze. In Kürze werden viele kleine PV-Anlagen aus der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz fallen. Mit der regionalen Stromhandelsplattform RegHEE können wir regionale und nachhaltige Lösungen für unsere Kunden entwickeln.“

Energie Südbayern und erdgas schwaben sind starke Partner in ihrer Region und liefern umweltbewussten Kundinnen und Kunden bereits heute Ökostrom und CO₂-neutrales Erdgas. Mit RegHEE werden gezielt die Kunden angesprochen, die nach flexiblen Mög-

lichkeiten für ihre eigene Stromproduktion suchen. „Die dezentrale Energieversorgung ist ein wichtiger Baustein der Energiewende“, erläutert Franz Schulte, Geschäftsführer der TSG. „Unser Know-How als Gateway-Administrator können wir im RegHEE-Projekt perfekt einbringen.“ Aiwanger ergänzt: „Mit diesem Forschungsprojekt zeigen wir, dass bayerische Unternehmen entscheidend die Energiewende mit kreativen Lösungen gestalten. Wir verbinden auf ideale Weise das Wissen unterschiedlichster Partner und schaffen so nachhaltigen Mehrwert für die Bürger.“ □

Jörg Wund
Geschäftsführer der THERME ERDING

„Mit der STEAG-Lösung für uns hatten wir eine glückliche Hand: Sie liegt genau unter unseren Füßen.“

Gemeinsam mit dem Zweckverband Geowärme versorgen wir die weltweit größte Therme in Erding mit Geothermie aus 2.350 Metern Tiefe. STEAG New Energies ist Partner von Unternehmern: Wir planen, realisieren und betreiben moderne Energiekonzepte rund um Strom, Wärme, Kälte und Druckluft. Sprechen Sie uns an, gemeinsam finden wir die beste Lösung für Ihr Unternehmen.

www.steag-newenergies.com

steag
NEW ENERGIES

VKU-Positionen:

Ausbau erneuerbarer Energien

Noch in diesem Jahr sollen erste Anpassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorgenommen werden. Deshalb und im Vorgriff auf eine angekündigte größere Novelle des EEG im kommenden Jahr hat der VKU ein Positionspapier zum Ausbau der erneuerbaren Energien beschlossen.

Laut VKU ist der Stromsektor auf einem guten Weg, die sektoralen Klimaziele für 2020 und auch 2030 zu erfüllen. In den Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie stoße der direkte Einsatz erneuerbarer Energien jedoch an Grenzen. Daher unterstützt der Verband kommunaler Unternehmen die Bemühungen, herkömmliche kohlenstoffbasierte Anwendungen durch alternative Technologien (z. B. Elektromobilität, Wasserstoff) zu ersetzen. Hierzu müsse die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien konsequent und kosteneffizient ausgebaut werden.

Auf Basis des 65 % -Ziels ist aus VKU-Sicht ein Ausbaupfad festzulegen, aus dem sich verbindliche Ausbauziele für die Länder ableiten. Die Länder sollten keine Beschränkungen vornehmen dürfen, die ihrem jeweiligen Ausbauziel entgegenstehen. Die Planungsträger auf regionaler und kommunaler Ebene sollten durch gesetzgeberische Klarstellungen in ihrem Bemühen um eine rechtssichere Flächenausweisung unterstützt werden. Den betroffenen Kommunen müssten Möglichkeiten der Teilhabe an der Wertschöpfung der Wind- und Solarenergie angeboten werden.

Repowering-Vorhaben sollten im Rahmen der Planaufstellung und im Genehmigungsverfahren unter erleichterten Bedingungen möglich gemacht werden. Auch sollte im Bundesnaturschutzgesetz Spielraum für die Berücksichtigung des Klimaschutzes geschaffen werden. Zudem sollte der Gesetzgeber bundesweit einheitliche Maßstäbe und Methoden für die

Genehmigung von Windenergieanlagen festlegen.

Genehmigungsverfahren für Wind- und Solarparks müssen laut VKU schneller, mit höherer Priorität und digitalisiert bearbeitet werden. Interessenabwägungen, die bereits im Rahmen einer bestandskräftigen Flächenausweisung vorgenommen wurden, sollten im Genehmigungsverfahren nicht in Frage gestellt werden.

Windenergie

Zudem seien Genehmigungen für Windenergieanlagen typischerweise zu erteilen, so der Verband. Anstelle eines bestimmten Turbinenmodells, das zum Zeitpunkt der Anlagenerrichtung längst überholt sein kann, würden bei der typoffenen Genehmigung – wie sie im Ausland Standard ist – nur Rahmendaten wie die Kapazität und die Höhe der Anlage genehmigt. Ferner sollten der Anlagenschutzbereich um Funknavigationsanlagen und die Berechnungsmethodik zur Feststellung von Störungswirkungen von Windenergieanlagen auf Flugnavigationsanlagen neu bewertet werden.

Der Anwendungsbereich des Mieterstromzuschlags sollte deutlich erweitert und der Mieterstromzuschlag deutlich erhöht werden. Die Netzentgelte sollten auf der Ebene der Niederspannung zukünftig stärker entnahmemengenunabhängig gebildet werden.

Für die Biomasse müssten Ausschreibungsvolumina für die Jahre 2023 bis 2030 festgelegt werden, damit die Biomasseverstro-

mung auf dem heutigen Niveau gehalten werden kann. Die Inanspruchnahme der Flexibilitätsprämie sollte im EEG nicht länger gedeckelt sein, damit die Flexibilisierung des Biomassebestands fortgesetzt werden kann. Neben der Schaffung von Anreizen für eine kombinierte Strom- und Wärmeerzeugung aus Geother-

Globale Führungsrolle sichern

Berliner Konferenz erörtert Ideen für die Nationale Wasserstoffstrategie

Mehr als 700 Teilnehmer diskutierten in Berlin auf Einladung der Bundesminister Peter Altmaier, Andreas Scheuer, Anja Karliczek und Gerd Müller die künftige Rolle von Wasserstoff in der Energiewende und für den Klimaschutz. Auch wurden die damit verbundenen industriepolitischen Potenziale in Deutschland und in Entwicklung- und Schwellenländern diskutiert.

Wie der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas Scheuer betonte, „bewegen Wasserstoff, Brennstoffzelle und Strom die Zukunft. Wir haben in den vergangenen Jahren viele Studien und Pilotprojekte zu Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie im Verkehr gefördert. Jetzt muss die Automobilindustrie bezahlbare Fahrzeuge auf den Markt bringen und den Menschen zeigen, dass die Technik zuverlässig funktioniert. Unsere Wasserstoff-Strategie soll die Industrie dabei unterstützen.“

Quantensprung

Laut dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, „ist der Klimawandel längst die Überlebensfrage der Menschheit. Wir brauchen eine globale Energiewende, um diese Herausforderung zu meistern. Dazu müssen wir einen Quantensprung hin zu CO₂-neutralen, synthetischen Kraftstoffen schaf-

mianlagen schlägt der VKU vor, bei der Offshore-Windenergie das Regularium der Sicherheiten und Pönalen weiterzuentwickeln.

Wasserkraft

Mit Blick auf die Wasserkraft meint der VKU: „Wasserkraft ist kapitalintensiv und benötigt deshalb langfristige Investitionssicherheit sowie politisch stabile Rahmenbedingungen. Wasserkraftwerksbetreiber übernehmen historisch bedingt viele hoheitli-

che Aufgaben, für die sie keine Entschädigung erhalten. Solange sich am Strommarkt die Wertigkeit der Stromerzeugung aus Wasserkraft nicht angemessen abbildet, ist es zur Erschließung des zusätzlichen Strompotentials aus bestehenden Anlagen geboten, die im EEG vorgegebene Förderschwellen bei Erhöhung des Leistungsvermögens von derzeit 10 % deutlich abzusenken, um Investitionen auszulösen, die zur lokalen Wertschöpfung beitragen. Dies gilt insbesondere für Anlagen mit einer installier-

ten Leistung von mehr als 5 MW. Wir schlagen eine Absenkung auf 3 % vor.“

Darüber hinaus sollte die im EEG vorgegebene Förderschwellen bei Erhöhung des Leistungsvermögens von derzeit 10 % auf 3 % abgesenkt werden. Genehmigungsverfahren für die Wasserkraftnutzung seien zu vereinfachen und zu deregulieren. Den hohen Kapitalrückflusszeiten geschuldet, sollten Konzessionszeiträume von mehr als 30 Jahren möglich sein – wie es auch bereits früher der Fall war. Investitionen in Neuanlagen rechneten sich betriebswirtschaftlich unter Umständen erst nach über 50 Betriebsjahren.

Grundlegend überarbeitet werden muss laut VKU die Entgelte- und Umlagesystematik, „damit sie den Einsatz von Speichern und Power-to-X-Anwendungen nicht länger behindert“. Energieintensive Unternehmen, die eine Kompensation erhalten für ETS-Kosten, die auf den Strompreis abgewälzt werden (Strompreiskompensation), sollten diese Kompensation auch beim Bezug von ungeförderter erneuerbarer-Energien-Strom erhalten. Außerdem schlägt der Verband den Aufbau regionaler virtueller Kraftwerke durch den Gesetzgeber vor. **DK**

voranschreitenden Kommerzialisierung von Anwendungen der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie bei den verschiedenen Verkehrsträgern werden Klimaschutz- und industriepolitische Interessen miteinander verbunden.“

In der Industrie könne perspektivisch bei vielen Prozessen CO₂-frei erzeugter Wasserstoff zum Einsatz kommen. In der Raffinerie beispielsweise lasse sich der überwiegend aus fossilen Quellen erzeugte Wasserstoff durch CO₂-freien Wasserstoff ersetzen. Dank innovativer Verfahren könnten einige bisher CO₂-intensive Industrieprozesse durch die Nutzung von Wasserstoff zum Klimaschutz beitragen. Dazu zähle etwa die Direktreduktion von Eisenerz in der Stahlindustrie.

Nach Einschätzung von VKU-Hauptgeschäftsführerin Katharina Reiche „kann Wasserstoff kurzfristig vor allem im regionalen Kontext einen Beitrag zur Energiewende leisten. Eine wichtige Rolle spielt dabei vor allem der gezielte Einsatz von Wasserstoff im Verkehrs- und Industriesektor, in denen keine Alternativen zur Verfügung stehen. Grundvoraussetzungen einer Nutzung von Wasserstoff in den Sektoren sind der weitere konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die frühzeitige Entwicklung einer Strategie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit zukünftigen ‚Wasserstoff-Exportländern‘. Außerdem muss die Gasnetzinfrastruktur als wesentliches Asset im Rahmen der Energiewende erhalten und weiterentwickelt werden.“ **DK**

fen. Die großen Mengen an erneuerbarer Energie, die dafür nötig sind, können wir aus der Kraft der Sonne schöpfen, die in Afrika 365 Tage im Jahr scheint. Das kann der Grundstein sein für eine neue Energiepartnerschaft zwischen Europa und Afrika.“

Die Bundesregierung wird bis Ende des Jahres eine Wasserstoffstrategie mit einem Aktionsplan erarbeiten. Dazu haben auf der Konferenz Wirtschafts-, Verkehrs-, Forschungs- und Entwicklungshilfeministerium ein Papier als Diskussionsbeitrag veröffentlicht.

Enorme Bandbreite an Möglichkeiten

Darin heißt es: „Für die Energiewende brauchen wir mittel- bis langfristig CO₂-freien Wasserstoff in der ganzen Bandbreite seiner Möglichkeiten: Als Energieträger, als Rohstoff in der chemischen Industrie – Wasserstoff ist Grundlage für vielfältige Folgeprodukte wie zum Beispiel Ammoniak, Methanol oder Kunststoffe – sowie für emissionsarme Produktionsprozesse beispielsweise in der Stahlindustrie. Wasserstoff und daraus erzeugte gasförmige und flüssige Energieträger werden insbesondere in den Anwendungsbereichen gebraucht, die langfristig nicht (ausschließliche) oder nur mit großem Aufwand direkt mit Strom versorgt werden können. Das gilt insbesondere für den Schwerlast-, den Schiffs- und Luftverkehr und im PKW-Bereich beim Einsatz auf langen Strecken.“

Wasserstoff ermögele zudem die Dekarbonisierung auch langfristig weiterbestehender CO₂-Quellen über die Abscheidung und stoffliche Verwertung von CO₂ (Carbon Capture and Utilization, CCU), zum Beispiel in der Zementindustrie. Mit CO₂-freiem Wasserstoff könne die Energiewende somit auch in bestimmten Verkehrs- und Industriebereichen gelingen.

Forschung und Innovation

„Für den Wirtschaftsstandort Deutschland birgt Wasserstoff große Chancen“, sind die Ministerien überzeugt. Die deutsche Wirtschaft sei bereits heute internationaler Vorreiter bei der Entwicklung und dem Export von Wasserstoff- und Power-to-X-Technologien. „Diese Rolle wollen wir beim bevorstehenden Markthochlauf von Produktion und Abnahme behaupten. Als Grundlage für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit setzen wir auf Forschung und Innovation. Die Herstellung der Komponenten für die Erzeugung, Nutzung und Versorgung von Wasserstoff wird dann zur regionalen Wertschöpfung beitragen und die in diesen Bereichen tätigen Unternehmen werden gestärkt. Wasserstoff steht so für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von

zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in Deutschland. Wir sind überzeugt: Die Energiewende wird dadurch vor Ort erfahrbar, wodurch ihre Akzeptanz wächst.“

„Mittel- und langfristig wird Deutschland CO₂-freien Wasserstoff in größerem Umfang importieren müssen“, so die Prognose. Denn aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbaren Energien und der offenen Frage der Akzeptanz von CCS in Deutschland seien der heimischen Produktion von CO₂-freiem Wasserstoff Grenzen gesetzt. Deutschland müsse deshalb neben der inländischen Wasserstoffindustrie parallel auch Importstrukturen für CO₂-freien Wasserstoff entwickeln und aufbauen – je früher, desto besser. Einen wichtigen Beitrag könne hierbei auch der „blaue“ Wasserstoff auf Basis von Erdgas leisten, bei dessen Produktion CO₂ nachhaltig abgeschieden und gespeichert werden muss.

Der internationale Handel mit Wasserstoff und dessen Folgeprodukten stelle einen bedeutenden industrie- und geopolitischen Faktor dar. Erzeugung- und Transportoptionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette böten neue Chancen für innovative Unternehmen, für den europäischen Binnenmarkt und die internationalen Partner, vor allem auch Entwicklung- und Schwellenländer, die über große Potenziale an erneuerbaren Energien verfügen. Hieraus ergäben sich auch zusätzliche Entwicklungschancen vor Ort, aber auch neue Handelsbeziehungen für Deutschland.

Mobilität

Wie dem Papier weiter zu entnehmen ist, „ist im Verkehrssektor die wasserstoffbasierte Mobilität eine notwendige Ergänzung der batterieelektrischen Mobilität. Das gilt vor allem für den Luftverkehr und in der Schifffahrt sowie im Straßenschwerlastverkehr und im Pkw-Bereich beim Einsatz auf langen Strecken. Hier brauchen wir auch in Deutschland zukünftig im erheblichen Maße CO₂-freie gasförmige oder flüssige Kraftstoffe, für die die Nachfrage auch weltweit ansteigen wird. Mit der Weiterentwicklung und

TV BAYERN ★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Photovoltaikreicher Landkreis Passau

Der Landkreis Passau ist wohl der photovoltaikreichste Landkreis in Bayern. Darauf weist Landrat Franz Meyer hin und belegt dies auch mit konkreten Zahlen.

Meyer zufolge gibt es im Landkreis Passau 71 Freiflächenanlagen mit einer Fläche von 242 Hektar. Dazu kommen noch 17.685 Dachanlagen mit einer Fläche von ca. 54.847 qm. Die Erzeugung Strom beträgt insgesamt durch die Photovoltaikanlagen im Landkreis Passau 433.639.519 kWh. Damit kann man rund 108.400 Familienhaushalte mit Strom versorgen, zitiert Landrat Meyer den Klimaschutzbeauftragten des Landkreises Passau, Peter Ranzinger. „Dies zeigt einmal mehr, dass wir wohl der photovoltaikreichste Landkreis in Bayern sind.“

Die 242 Hektar Freiflächenanlagen würden leider in der Statistik als Flächenverbrauch im Landkreis Passau geführt, was eigentlich absurd sei, da man hier einen Beitrag für erneuerbare Energien leistet. Der Landrat weist deutlich darauf, dass der Stromverbrauch im Landkreis Passau derzeit bereits mit 62 % durch erneuerbare Energien abgedeckt werden kann. „Nehmen wir die Wasserkraftwerke am Inn und in Jochenstein hinzu, dann haben wir eine Versorgung von über 150 %“, betont Meyer. **□**

Erste Bilanz des Dialogprozesses „Gas 2030“:

Gas bleibt für die Energieversorgung essenziell

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat in Berlin erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus dem Dialogprozess „Gas 2030“ vorgestellt. Dieser war im Dezember 2018 offiziell gestartet, um gemeinsam mit Stakeholdern aus Wirtschaft und Gesellschaft die zukünftige Rolle gasförmiger Energieträger bis 2030 zu diskutieren.

Altmaier zufolge hat der Dialogprozess „Gas 2030“ gezeigt, dass Erdgas noch für viele Jahre ein wichtiger Bestandteil unseres Energieversorgungssystems bleiben wird. „Aber wenn wir unsere ambitionierten langfristigen Klimaziele erreichen wollen, muss der verbleibende Gas-

bedarf zunehmend durch CO₂-freie beziehungsweise CO₂-neutrale gasförmige Energieträger ersetzt werden.“

Insbesondere in den Bereichen, in denen sich der Energiebedarf nicht allein über gesteigerte Energieeffizienz und Verstromung aus erneuerbaren

Energien decken lässt, werden CO₂-freie und -neutrale Energieträger wie Biogas, grüner/blauer Wasserstoff und PtX-Produkte zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die deutsche Politik muss laut BMWi einen regulatorischen Rahmen schaffen, der einen marktgetriebenen Hochlauf CO₂-freier und CO₂-neutraler Energieträger ermöglicht und die gute Ausgangsposition deutscher Unternehmen stärkt und unterstützt.

Aufbau neuer Importpartnerschaften

Erste Ansätze für ein regulatorisches Tätigwerden konnten z. B. im Verkehrsbereich (Flottenziele) und im Industriebereich (Umsetzung von RED II) identifiziert werden. Angesichts der Herausforderungen sind dies jedoch nur erste Schritte. Mittelfristig müssten vollkommen neue Energieimportpartnerschaften mit internationalen Partnern aufgebaut werden, um den veränderten Energiebedarf zu decken.

Die Energieinfrastruktur muss weiterentwickelt und die Planung von Strom-, Gas- und Wärmenetzen zusammengebracht werden. Die Unternehmen, die diesen Transformationsprozess aktiv voranbringen werden, benötigen Planungs- und Investitionssicherheit und, wo die Wirtschaftlichkeit von Produkten und Anwendungen noch nicht gegeben ist, die Unterstützung der öffentlichen Hand.

Zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende

Der Prozess „Gas 2030“ ist aus Sicht der Deutschen Energie-Agentur ein zentraler Baustein für eine sichere Energieversorgung und das Gelingen von Energiewende und Klimaschutz. Wie Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der dena, die den Prozess als Geschäftsstelle inhaltlich und organisatorisch begleitete, betonte, „korrigiert er einen Fehler des Energiekonzeptes aus dem Jahr 2010, in dem Gas keine Rolle gespielt hat. In der Folge hat es Irritationen in diesem wichtigen Wirtschaftszweig gegeben und einige Jahre den Anschein gehabt, Politik wolle quasi allein durch Elektrifizierung die klimapolitischen Ziele erreichen. Mittlerweile wissen

Pluspunkt für Nördlingen und sein Stiftungs Krankenhaus:

Elektroladesäule von erdgas schwaben

„Dank erdgas schwaben verdichtet sich die Ladeinfrastruktur schnell – ganz im Sinne umweltbewusster Autofahrer“, erklärte Jürgen Busse, Vorstandsvorsitzender gKU Donau-Ries Kliniken und Seniorenheime. Vor kurzem nahm Busse die neue Elektroladesäule von erdgas schwaben vor dem Stiftungs Krankenhaus in Nördlingen offiziell in Betrieb.

Zwei Autos können gleichzeitig an der neuen Ladestation aufgeladen werden. Die Ladesäule steht Besuchern und Mitarbeitern des Krankenhauses ab sofort zur Verfügung. Wer hier sein Elektroauto auflädt, ist CO₂-neutral unterwegs: Wie alle Elektroladestationen beliefert erdgas schwaben auch diese mit Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft.

„Denn richtig rund wird die CO₂-Bilanz von Elektro-Autos erst mit Strom, der zu 100 Prozent regenerativ erzeugt wird“, betonte Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben. „Damit leistet

erdgas schwaben einen sinnvollen Beitrag zur Energiewende.“

Zur Inbetriebnahme waren auch Reinhold Bittner, stellvertretender Landrat im Kreis Donau-Ries, und Hermann Faul, Oberbürgermeister in Nördlingen, gekommen.

„Die Stadt Nördlingen ist für uns ein wichtiger Partner“, sagt Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenbetreuung erdgas schwaben. „Wir bieten innovative Konzepte für eine nachhaltige Mobilität. Ziel ist die flächendeckende Versorgung, deshalb werden wir das Ladesäulen-Netz rasch ausbauen.“



V.l.: Hermann Faul, Oberbürgermeister in Nördlingen, Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben, Jürgen Busse, Vorstandsvorsitzender der gKU Donau-Ries Kliniken und Seniorenheime, und Reinhold Bittner, stellvertretender Landrat im Kreis Donau-Ries.

20 Jahre Umweltforschungsstation Schneefernerhaus

Deutschlands höchste Umweltforschungsstation Schneefernerhaus (UFS) soll in den kommenden Jahren deutlich erweitert werden. Das betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der UFS auf der Zugspitze.

Glauber zufolge soll das Schneefernerhaus zu einem internationalen Klimathermometer ausgebaut werden. Denn in den Alpen sieht man den Klimawandel wie unter einem Brennglas. Die Alpen sind damit ein Micro-Labor zur Erforschung des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf Mensch und Natur. Dank modernster Labore und engagierter Wissenschaftler werden auf der Zugspitze vielfältige Informationen über das Klima gewonnen.

Sprung nach vorn

„Jetzt brauchen wir einen weiteren technischen Sprung nach vorne“, führte Glauber weiter aus. Bayern leiste hier seinen An-

teil. Weil das Alpenobservatorium in Europa einzigartig ist, sei aber auch die EU gefordert.

Der Freistaat wird sich deshalb in Brüssel für neue Mittel für die UFS einsetzen. Seit dem Jahr 2005 hat die Staatsregierung die UFS mit über 10 Millionen Euro gefördert. Für die Realisierung von Forschungs- und Infrastrukturprojekten sind weitere 3,3 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2019/2020 vorgesehen. Dazu gehört Deutschlands höchster Drohnenstartplatz, der Messstandort „Gipfelkamm“ und die Sonnenkollektorfassade an der Zugangsterrasse zur Forschungsseilbahn.

Nirgendwo ist der Klimawandel so stark messbar wie in den

alle Beteiligten, dass dies nicht möglich ist. Der Dialogprozess „Gas 2030“ belegt das eindrücklich.“

Die Verbände der Gaswirtschaft bezeichnen den Dialog mit dem Bundeswirtschaftsministerium in einem gemeinsamen Statement als „wichtigen Meilenstein“. Politik und Wirtschaft stünden damit am Beginn eines grundlegenden Transformationsprozesses hin zu einer CO₂-neutralen Gaswirtschaft, heißt es in der Erklärung, die unter anderem von BDEW, DVGW und BDH unterzeichnet wurde. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass der Anteil grüner Gase mit Blick auf die Klimaziele 2030 und 2050 stetig und deutlich steigen muss. Daran arbeitet die Branche bereits intensiv.

Neuer Auftritt der Branchenmarke Erdgas

Gemeinsam setzt sich die Gaswirtschaft für sozialverträglichen Klimaschutz ein und zeigt dabei Mut zur Veränderung. Dies werde auch der neue Auftritt der Branchenmarke Erdgas verdeutlichen. Die Marke wird von der Branche und ihren Partnern seit Mitte November eingesetzt.

„Die Gasnetze, die zu einem erheblichen Teil von Stadtwerken betrieben werden, sind Voraussetzung dafür, dass Gas besonders CO₂-intensive Energieträger wie etwa Kohle und Öl ersetzt“, erläuterte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche. Perspektivisch seien die Gasnetze die zentrale Infrastruktur der Sektorkopplung, indem sie als Speicher und Verteiler von grünen Gasen dienen.

DK

Bonbon und Pommes, Blüten und Stahl – Gas passt für alle

Der Wohlstand im Donau-Ries speist sich aus der GDRMA Langenmosen

Der Neubau der Anlage Langenmosen liegt eingebettet zwischen Wäldchen und sanften Feldern. Wenig deutet darauf hin, dass hier die entscheidende Hochdruckleitung für Erdgas von Tschechien kommend für Nordschwaben in die moderne Erdgas-Anlage abzweigt. Ein schlichtes Gebäude, ein Zaun drum herum.

Fast 100 regional, bundesweit und global bekannte Namen aus Wirtschaft, Bildungsträgern, kommunalen Einrichtungen sowie Handwerk setzen auf den hochflexiblen Energieträger Gas. Zudem ist Gas Wunschenergieträger Nr. 1 bei Bürgern und Bürgerinnen sowie Bauherren.

Rückgrat hierfür ist die GDMRA-Langenmosen (GasDruck RegelundMess-Anlage). 1976 erbaut, wurde sie 2019 durch einen Neubau ersetzt. Hier wird das Gas mit bis zu 70 bar Hochdruck in das Leitungsnetz von schwaben netz eingespeist. schwaben netz ist die 100% Tochter von erdgas schwaben und für den Bau, den Betrieb und den Unterhalt des Gasnetzes in Schwaben zuständig.

Fast 2 Mio Euro Investition in die Sicherung der Energieversorgung

Die Anlage Langenmosen wurde in der ambitionierten Zeit von März bis August 2019 komplett neu gebaut. „Das hatte tatsächlich auch süße Gründe“, erläutert Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz. Nicht nur, dass im September für viele Kunden die Heizperiode beginnt. Zeitgleich startet

die örtliche Zuckerproduktion in Rain ihre Arbeit. Mit fast einem Drittel des Energieverbrauches ist sie der Primus unter den Unternehmen der Region.

„Sportliche“ Bauzeit

„In dieser doch sportlichen Bauzeit von fünf Monaten wurde diese moderne Anlage komplett neugebaut“, so Anselm Pfitzmaier weiter. Unsere Haushaltskunden in Nordschwaben und die Zuckerfabrik setzten den Zeitrahmen. Die energieintensive Zuckerproduktion beginnt mit der Ernte der Zuckerrüben Anfang September.“ Der ambitionierte Zeitplan wurde gehalten.

Hochflexibler Energieträger Gas für Haushalt, Industrie und Gewerbe

Maschinenbauer, Kliniken, Wohnungswirtschaft, Gärtnereien, Genussmittelindustrie und Stahlproduzenten, Kliniken oder Hersteller von nachhaltigem Dämmmaterial, sowie die Fahrer von klimaschonenden Erdgas-Fahrzeugen – sie alle nutzen den hochflexiblen Energieträger Gas. Wunschenergie Nummer 1 bei den privaten Nutzern ist Erdgas mit über 1 Milliarde kWh.



Echt fairer Strom.

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Tag der Energie in Augsburg:

Das Gebäudeenergiegesetz und seine Folgen

Fragen zum Einfluss von Energieeffizienzmaßnahmen auf die Kosten am Bau sowie weitere Herausforderungen wie die Infrastruktur für E-Mobilität oder die Sicherung der Versorgung mit regenerativen Energien standen auf der Agenda des Tags der Energie 2019 der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau in Augsburg.

Mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG), das vom Bundeskabinett vor kurzem verabschiedet wurde, befassen sich eingangs Alexander Lyssoudis und Bernhard Funk, Baylka-Bau. Das GEG führt die Regelungen der Energieeinsparverordnung EnEV, des Energieeinsparungsgesetzes EnEG und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes EEWärmeG zusammen, um einen einfacheren ordnungsrechtlichen Rahmen für Niedrigstenergiegebäude-Standards zu bilden.

Die Bundesingenieurkammer unterstützt das Ziel der Bundesregierung, bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen und den Anteil erneuerbarer Energien Endenergieverbrauch für Wärme und Kälte bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent zu steigern. Dazu ist eine Zusammenfassung der maßgeblichen bestehenden Rechtsgrundlagen des EnEG und EEWärmeG und der EnEV grundsätzlich sinnvoll. Die Regelungen des GEG-E müssen sich dabei am Ziel der Erreichung eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestandes bis 2050 und der im Klimaschutzplan 2050 festgelegten Ziele für das Jahr 2030 messen lassen. Sie müssen deshalb

geeignet sein, zur Einhaltung der in einem Klimaschutzgesetz festgelegten Jahresemissionsmengen einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

Wertvolle Planungs- und Beratungsleistung

Die Ingenieure der 16 Ingenieurkammern der Länder können und wollen durch ihre Planungs- und Beratungsleistungen den hierfür erforderlichen Beitrag zur CO₂-Einsparung und Ressourcenschonung bei Gebäuden leisten. Sie verfügen über die technischen Kenntnisse und Fähigkeiten, nicht nur das im Gesetzentwurf gewählte Anforderungsniveau zu erfüllen, sondern sind auch in der Lage, zur Erreichung ambitionierterer Einsparziele und zu einer größeren Steigerung der Energieeinsparung beizutragen als dies im aktuellen Gesetzentwurf bisher vorgesehen und zur Erreichung der klimapolitischen Ziele auch notwendig ist. Außerdem sollte auch der unsanierte Gebäudebestand stärker in den Fokus genommen werden.

Mit dem Thema „Kostensteigerungen im Wohnungsbau – welchen Anteil hat die Energieeffizienz?“ befasste sich Dr.

Ing. Bernadetta Winiewska, ITG Dresden. Sie wies darauf hin, dass ein ernsthafter Klimaschutz Mehrkosten erfordert. Für die bisherigen Kostensteigerungen im Wohnungsbau seien zahlreiche Faktoren ausschlaggebend. Als „unsachgemäß“ bezeichnete sie eine Reduktion der vielen Ursachen auf energetische Anforderungen als alleiniger oder hauptsächlich Kostentreiber.

Über die EnEV 2016 hinausgehende energetische Standards sind aus ihrer Sicht mit marktüblichen Technologien problemlos erreichbar. Zudem seien deutlich über die EnEV 2016 hinausgehende energetische Standards bei der Wahl geeigneter baulicher und anlagentechnischer Konzepte und Nutzung der Fördermittel mit geringen oder sogar ohne spürbare Mehrkosten möglich.

Vorreiterrolle bei rationaler Energieverwendung

Informationen zum kommunalen Energiemanagement (KEM) der Stadt Augsburg lieferte Ute Greve, Stadt Augsburg. Das KEM fördert den effizienten Umgang mit Wasser, Strom und Wärme. Die Fuggerstadt hat eine Vorreiterrolle bei der rationalen Energieverwendung. Gerade von den Kommunen können entscheidende Impulse zur Klimaentlastung, aber auch zur Entlastung der öffentlichen Kassen ausgehen – durch effektive Schritte zur nachhaltigen Sen-

kung des Energieverbrauchs. Basierend auf exakten Analysen werden Energiesparstrategien entwickelt. Öffentliche Einrichtungen, Schulen und Kindergärten tragen so maßgeblich dazu bei, die Klimaziele der Umweltstadt Augsburg zu erreichen.

Benedikt Schneider und Thomas Janetschek (beide Stadtwerke Augsburg) berichteten über „E-Mobilität als Chance für die Zukunft“. Ihren Ausführungen zufolge gibt es derzeit rund 30 swa eLadestandorte mit insgesamt rund 40 Ladesäulen und rund 70 Ladepunkte, davon sechs neue Schnelllader 50 kW.

swa Ladelösung für Mehrfamilienhäuser

Mit Blick auf die swa Ladelösung für Mehrfamilienhäuser wiesen Scheider und Janetschek darauf hin, dass die Stadtwerke die eLadeinfrastruktur in der Tiefgarage mit persönlicher Wallbox am Stellplatz errichten und betreiben. Die Leistungspalette umfasse unter anderem folgende Angebote:

- Dynamisches Lastmanagement zur optimalen Nutzung des bestehenden Hausanschlusses und zur optimalen Verteilung innerhalb der Ladepunkte
- Anmeldung bei Netzbetreiber (ab 4,5 kW)
- Betrieb und Unterhalt inkl. Entstörung
- Erweiterbar und fair, jeder Stellplatznutzer zahlt die gleiche Einmalzahlung
- Keine Investitionskosten für WEG, die Infrastruktur wird von swa übernommen bei ausreichender Anzahl an Stellplatznutzern (Nutzerverträgen)
- Keine Kostenbeteiligung für Bewohner ohne eFahrzeug.

„Power to Gas – Lösungen für Energiespeicherung“ lautete schließlich das Vortragsthema von Dr. Mark Dominik Hoppe, WBG und Karl-Heinz Viets, swa. Sie unterstrichen, dass für das Konzept der ersten Power-to-Gas-Anlage in einer bestehenden Wohnanlage die swa 2018 mit dem Innovationspreis der Deutschen Gaswirtschaft ausgezeichnet worden seien. Das Projekt, das die swa, die Wohnbaugruppe Augsburg (WBG) und die Firma Exytron in der Augsburger Marconistraße betreiben, sei deutschlandweit das erste seiner Art.

Power to Gas

Die Herausforderung war, die technisch komplexen Einrichtungen so zu verschalten, dass ein für die Bewohner ausfallsicheres Versorgungskonzept entsteht. Dazu wurden auf den Dächern PV-Anlagen installiert, deren Strom zum einen zur Versorgung der Mieter dient, zum anderen aber mit einem Elektrolyseur zur Herstellung von Wasserstoff in einer Power-to-Gas Anlage genutzt wird. Dieser Wasserstoff wird anschließend zusammen mit Kohlendioxid in einem Reaktor methanisiert und wie Gas gespeichert, so dass es später in den ebenfalls neu installierten BHKW und Brennwärtseln innerhalb der Wohnanlage genutzt werden kann, wenn die Sonne nicht scheint. Abgerundet wird das Anlagenkonzept von großvolumigen Wärmespeichern, die einen allumfassenden Anlagenwirkungsgrad bis zu 90 Prozent ermöglichen.

Das geschlossene Konzept, das die Versorgung hunderter Bewohner in einem dicht besiedelten Gebiet komplett autark ermöglicht, zeigt das Potenzial moderner, gasbasierter Effizienztechnologie. Erstmals werden zudem die Synergiepotenziale der PtG-Technologie mit bewährten Technologien wie hocheffizienten KWK-Anlagen zur Strom- und Wärmeversorgung aufgezeigt. **DK**



V.l.: Arno Nunn (Bürgermeister von Oberammergau und Geschäftsführer Ammer-Loisach Energie), Florian Hoffrohne (GF Ammergauer Alpen GmbH), Jürgen Hitz (GF Ammer-Loisach Energie). □

So geht klimaneutral:

e-ALOIS bringt CO₂-freie Mobilität in die Ammer-Loisach-Region

e-ALOIS ist das erste, CO₂-freie E-Carsharing im Naturpark Ammergauer Alpen. Im November startet das einzigartige Gemeinschaftsangebot der Ammer-Loisach Energie GmbH und der Ammergauer Alpen GmbH, das als erstes in der Region vollständig auf NullEmission setzt. Die abgasfreien Sharing-Elektroautos von e-ALOIS sind mit klimaneutralem Ökostrom unterwegs. So profitieren Einheimische, Touristen sowie der gesamte ländliche Raum und die Umwelt von moderner und nachhaltiger Mobilität für alle.

Erweitertes Leistungsspektrum

Die Ammer-Loisach Energie betreibt eine bereits gut ausgebaute Elektro-Ladeinfrastruktur im Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Als stationsbasiertes Carsharing mit speziell markierten und reservierten Parkplätzen ergänzt e-ALOIS dieses Angebot und ist ein Baustein der Energie- und Verkehrswende in der Region. „Mit e-ALOIS erweitern wir unser Leistungsspektrum und sind mit unseren Partnern Vorreiter für individuelle, CO₂-freie Mobilität in unserer Heimat“, freut sich Arno Nunn, Geschäftsführer des Energieversorgers aus Oberau. „Das passt gut ins Konzept eines regionalen Energieversorgers, der konsequent auf Nachhaltigkeit setzt.“

An ausgewählten Standorten stehen zunächst zehn Sharing-Fahrzeuge zur Verfügung. Eingesetzt werden die rein elektrischen Fahrzeugmodelle VW e-Golf und BMW i3, die in Kombination mit dem Ökostrom der Ammer-Loisach Energie abgasfrei im Ammertal unterwegs sind.

Günstige Tarife, transparente Preisstruktur

Die Elektro-Fahrzeuge von e-ALOIS stehen rund um die Uhr zur Verfügung. Günstige Tarife und eine transparente Preisstruktur machen eine spontane und stundenweise Nutzung der Fahrzeuge ebenso attraktiv wie im Voraus geplante Buchungen für den gesamten Tag oder über Nacht. Urlauber, die in einem KönigsCard-Partnerbetrieb übernachten, kommen sogar in den Genuss von Freistunden für die Fahrzeuge.

Denkbar einfache Nutzung

Die Nutzung der e-ALOIS-Fahrzeuge ist denkbar einfach: online ein Profil anlegen, die App auf das Smartphone herunterladen und den Führerschein validieren lassen – schon ist man startklar und hat exklusiven Zugriff auf die e-ALOIS-Fahrzeuge. Die App dient dabei nicht nur zur Reservierung der EAutos, sie ersetzt auch den Autoschlüssel.

Gibt es dennoch Fragen, helfen die Tourist-Informationen sowie der rund um die Uhr erreichbare Telefonservice weiter.

Die Energiewende klappt nicht ohne Verkehrswende. „Volle Straßen und hohe Abgaswerte zeigen deutlich, dass wir für die tägliche Fortbewegung neue Ideen brauchen“, unterstreicht Florian Hoffrohne, Geschäftsführer der Ammergauer Alpen GmbH. „Konzepte wie unser e-ALOIS tragen daher besonders dazu bei, den Verkehr zu entlasten und CO₂-Emissionen zu senken.“

E-Carsharing sorgt für reibungslose Mobilitätskette

Auch private und gewerbliche Nutzer profitieren durch die gemeinschaftliche Nutzung der Fahrzeuge. Kosten wie Steuern, Versicherungen, Reparaturen entfallen durch die gemeinsame Nutzung komplett. Das macht e-ALOIS zu einem attraktiven Angebot für alle, die nur selten ein Auto benötigen, aber nicht auf individuelle Mobilität verzichten wollen.

„Gerade in einer touristisch so beliebten Region wie der unseren spielt e-ALOIS seine Stärken aus“, so Hoffrohne. „Das E-Carsharing sorgt für eine reibungslose Mobilitätskette. Gäste brauchen keinen teuren Mietwagen und können bei ihrer Anreise mit Bus und Bahn auch die ‚letzte Meile‘ bequem und nachhaltig zurücklegen.“

Gemeinsam für klimaneutrale Mobilität

Damit e-ALOIS auf den Straßen der Ammer-Loisach-Region möglich wird, kooperieren regionale und überregionale Partner: Der Mobilitätsdienstleister Moqo stellt die cloud-basierte Onlineplattform zur Verfügung, die Autohäuser Heitz sowie Widmann + Winterholler die Elektroautos.

Durch die Zusammenarbeit mit der KönigsCard Betriebs GmbH wird das e-ALOIS-Carsharing in das KönigsCard Mehrwertprogramm aufgenommen. Weitere Partner sind die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Zugspitz Region GmbH sowie der Dienstleister für Ladeinfrastruktur ladenetz.de. □

Bayernwerk AG:

Erstes intelligentes Messsystem für Verbrauch und Einspeisung

Eching. Intelligente Stromzähler gelten als Schlüssel zur Energiezukunft. Mit dem bayernwerk ersten Smart Meter im Bayernwerk-Netz, der gleichzeitig sowohl den Verbrauch als auch die eigene Energieerzeugung eines privaten Kunden gegenüberstellt, geht VBEW-Chef Detlef Fischer einen großen Schritt in die Energiezukunft. Er sieht in der Installation des schlauen Zählers für sich und seine Familie die Chance, das eigene Energiemanagement im Alltag zu verbessern und einen persönlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Es ist das erste intelligente Messsystem im Netzgebiet des Bayernwerks, das sowohl den Stromverbrauch eines Kunden als auch die eingespeiste Energie einer PV-Anlage misst und übersichtlich darstellt. Eingebaut wurde das auch als Smart Meter oder intelligenter Stromzähler bezeichnete Gerät im Privatanwesen von Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW. Damit werden der Verbandschef und seine Familie zu Technologie-Pionieren. Aus Überzeugung geht Detlef Fischer mit gutem Beispiel voran: „Zum einen muss ich als Vertreter eines Energieverbands innovative Produkte einfach frühzeitig ausprobieren. Zum anderen haben wir uns das gesellschaftliche Ziel gesetzt, ab dem Jahr 2050 möglichst klimaneutral zu leben. Da ist jeder gefragt, seinen persönlichen Beitrag zu leisten.“

lage bestmöglich in den Fahrzeugen speichern. Über das intelligente Messsystem können wir nun sehr schön erkennen, wenn die Photovoltaikanlage ins Netz einspeist und dann so-



Detlef Fischer. □

ben Millionen Menschen in Bayern mit seiner Infrastruktur, zu der auch das Zähler- und Messwesen gehört. „Innovation und die ständige Weiterentwicklung immer intelligenterer Netze treiben wir seit Jahren voran. Der intelligente Zähler ist nun die technologische Brücke zum Kunden. Die neue Technologie wird der Baustein für neue Kundenlösungen rund um Effizienz, Vernetzung und Komfort. Die Energiezukunft kommt damit in die Gebäude. Das ist eine Zeitenwende, eine weitere Zäsur in der Stromgeschichte, die die Energiezukunft mit sich bringt“, betont Technik-Vorstand Dr. Egon Westphal.

Intelligente Zähler

Was sich bislang hinter dem Zähler, in den Leitungen oder an der Steckdose unsichtbar ereignet hat, kommt nun für die Bayernwerk-Kunden anschaulich und transparent auf ein Tablet. Das Bayernwerk werde in Zukunft rund um intelligente Zähler weitere auf den Kunden zugeschnittene Produkte entwickeln.

Intelligente Messsysteme bieten eine Plattform zur Einbindung von Verbrauchern und Erzeugern in das Stromnetz und ermöglichen so die dezentrale und digitale Vernetzung einzelner Teilsysteme wie Photovoltaik, Speicher, E-Mobilität, Wärmepumpen oder anderer Bausteine. „Energie lokal und regenerativ erzeugen und so nah und effizient wie möglich nutzen. Unsere Kunden werden zu aktiven Flexnern, die eine zentrale Rolle für den Energiemarkt übernehmen. Das ist unser Bild der klimafreundlichen Energiewelt von morgen, an dem das Bayernwerk arbeitet“, beschreibt Dr. Egon Westphal. □

Ladestrom für Fahrzeuge

Durch das neu installierte Gerät kann Familie Fischer nun täglich Erfahrungen sammeln, welche Transparenz und welchen Aufschluss die neue Technologie im Alltag bietet und welche Effizienz in der Energienutzung sich daraus ableiten lässt. „Da wir in der Familie mehrere Elektrofahrzeuge – Autos wie Fahrräder – nutzen, möchten wir den Strom der hauseigenen PV-An-

fort reagieren, indem wir den Ladestrom für das Elektroauto erhöhen“, erklärt Detlef Fischer einen der neuen Vorteile. Mit Hilfe des Smart Meter können, so sein erstes Fazit, alle Familienmitglieder mehr über den Stromverbrauch und die eigene Stromerzeugung im Alltag lernen.

Ein großer Schritt ist das neue Messwesen für das Energieunternehmen Bayernwerk. Der Netzbetreiber versorgt rund sie-

Riedlhütte setzt auf Kleinwasserkraft

Im Bayerischen Wald betreibt die Gemeinde St. Oswald - Riedlhütte ein kleines Wasserkraftwerk. Zusammen mit einer Photovoltaikanlage versorgt es das Feuerwehrhaus und die Schule mit Strom.

Seit 2017 ist das Wasserkraftwerk an der Großen Ohe in Riedlhütte wieder in Betrieb. Die Anlage hat eine lange Tradition in dem Ort in der Nähe von Spiegellau unweit der tschechischen Grenze. Vor rund 100 Jahren errichtet, stand sie zuletzt mehrere Jahre still. Dass sie nun wieder läuft und umweltfreundlich Energie erzeugt, geht auf das Energiekonzept und die einfache Dorferneuerung zurück.

Mit Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung konnte die Gemeinde St. Oswald - Riedlhütte die alte Wasserkraftanlage abreißen und eine neue aufbauen. „Wir sind stolz darauf, dass wir das Wasserkraftwerk haben, das wir es selbst betreiben und erhalten“, sagt Bürgermeister Helmut Vogl.

Blick zurück

Ein kurzer Blick auf die Historie: 1959 wechselte das kleine Wasserkraftwerk den Besitzer - von der Familie Bachfischer zur Familie Wandtner. Diese nutzte die Energie für ihre Schmiede und das Wohn- und Geschäftshaus. Der Rest wurde in das Stromnetz eingespeist. Ab dem Jahr 2010 lief die Anlage nur noch sporadisch. Die Schmiede war einige Jahre zuvor geschlossen worden, der Strombedarf nur für die beiden Häuser war deutlich geringer und der manuelle Betrieb des Wehrs mühsam. Die Besitzerin trug sich mit dem Gedanken, die Anlage aufzulassen und den Bach zu renaturieren.

Da es sich bei der Großen Ohe um ein Gewässer 3. Ordnung handelt, ist die Gemeinde für Wasserbaumaßnahmen dort zuständig. Zu der Zeit wurden aber auch die Überlegungen intensiviert, wie man mehr erneuerbare Energien nutzen könnte. Das Wasserkraftwerk bot sich hierfür an. So entstand die Idee, dass die Gemeinde die Wasserrechte aufkaufen und an der Stelle eine moderne Stromerzeugungsanlage errichten könnte.

Als 2013/2014 ein Energiekonzept für die Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte erstellt wurde, gefördert aus dem Programm

„100 energieautarke Kommunen“, war dies ein Projekt, das mit untersucht wurde. Das Fazit: Das Potenzial war vorhanden, aber die Frage der Wirtschaftlichkeit nicht geklärt. Klar war, dass möglichst viel Strom selbst verbraucht werden müsste. Und offensichtlich war auch, dass die Gemeinde, die noch unter der Schließung der Glasfabrik und dem Verlust von rund 900 Arbeitsplätzen zu leiden hatte, mit den Kosten überfordert sein würde.

Potenzial im Energiekonzept erkannt

Doch es gab Lösungen. Zunächst einmal wurde der Bau eines neuen gemeinsamen Feuerwehrhauses für die Gemeindeteile Riedlhütte und Reichenberg geplant und zwar in der Nähe der Wasserkraftanlage. Die Beheizung des Gerätehauses wurde auf das Energiekonzept abgestellt - man wollte bestmöglich autark sein. Das Gerätehaus wurde an das ebenfalls neu errichtete Nahwärmenetz angeschlossen.

Die Fahrzeughalle, in welcher nach den DIN-Vorschriften der Feuerwehren konstant eine Temperatur von mindestens 7 °C herrschen sollte, wurde mit einer elektrischen Fußbodenheizung ausgestattet. Der dafür benötigte Strom sollte aus der Wasserkraftanlage gewonnen werden. Somit könnte die Gemeinde auch die in der Nacht erzeugte Energie selbst nutzen, da bei einer geringen Einspeisevergütung ein hoher Anteil von Eigennutzung wirtschaftlich sehr wichtig ist.

Einfache Dorferneuerung mit neuem Wasserkraftwerk

Dazu passend leitete das Amt für Ländliche Entwicklung eine einfache Dorferneuerung ein. Im Zuge dessen wurde auch die Förderung des Wasserkraftprojektes inklusive Abriss der alten und Bau einer neuen Anlage bewilligt. Hierfür waren umfangreiche Baumaßnahmen nötig.

Zunächst musste das alte Wehr zurückgebaut werden. Da-

nach wurde ein neues Einlaufwerk mit Querreechen errichtet, anschließend eine neue Wasserkraftschnecke sowie eine neue Wehranlage mit Hochwasserklappe und Spülschütz gebaut. Zum Schutz der Fische, in der Großen Ohe sind dies vor allem Forellen, wurde eine Fischaufstiegshilfe in Form eines „naturnahen Umfließungsgewässers“ gebaut. Abschließend musste der ehemalige Oberwasserkanal der Wasserkraftanlage Wandtner verfüllt werden. Der ehemalige Unterwasserkanal blieb als Altarm erhalten.

Moderne Wasserkraftschnecke

In der alten Anlage war eine Turbine (Ossberger Saugturbine) zur Stromerzeugung installiert. Neben Wasserrädern zählen Turbinen zu den klassischen Wasserkraftmaschinen. In Riedlhütte fiel die Wahl nun aber auf eine Wasserkraftschnecke. Dies ist ein neuer Anlagentyp für die Kleinwasserkraft. Dabei wird die Funktionsweise von sogenannten Archimedischen Schrauben, die schon seit dem Altertum bekannt sind, energetisch umgekehrt. Das Wasser wird nicht nach oben befördert, sondern versetzt die Schnecke beim Abwärtsfließen in Drehung.

Mit Wasserkraftschnecken können auch Wasserläufe, die einen geringen Höhenunterschied zu überwinden haben, für die Energiegewinnung genutzt werden. Zudem sind die Anlagen weniger empfindlich gegen Schwankungen der Wassermenge und gegen Treibgut. Außerdem sind die Fische, die das Gewässer passieren, weniger gefährdet als bei einer Turbine. Sie können den Wasserlauf flussabwärts in der Schnecke passieren. Für die entgegengesetzte Richtung, also flussaufwärts, ließ die Gemeinde den Fischaufstieg bauen.

Neue Wasserkraftanlage seit 2017 in Betrieb

380.000 Euro kostete das Projekt. 192.000 Euro erhielt die Gemeinde als Zuschuss vom Amt für Ländliche Entwicklung. Die Bauarbeiten begannen im Juni 2016, nach einem viermonatigen Probetrieb wurde die neue Wasserkraftanlage im Juli 2017 offiziell in Betrieb genommen. Die neue Anlage hat 13 Kilowatt elektrische Leistung, die durchschnittliche Leistung liegt bei 8 Kilowatt. Durch die moderne Wasserkraft-Maschinenteknik kann im Vergleich zur alten Anlage mehr Wasser genutzt werden.

Ertragseinbußen

Rechnerisch soll die Anlage rund 65.000 Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugen. Allerdings kann es witterungsbedingt zu Ertragseinbußen kommen. So hat die Wasserkraftschnecke im Zeitraum August 2018 bis Juli 2019 nur 36.400 kWh Strom erzeugt. Dies lag an der langen Trockenperiode im Sommer 2018 und den niedrigen Temperaturen im Winter, wodurch es zeitweise zum „Einfrieren“ der Anlage kam. Dies nehmen die Betreiber aber in Kauf, denn das Wasserkraftwerk hat aufgrund seiner Historie auch einen idealen Wert und es soll ein Baustein in der regenerativen Energieerzeugung sein.

Der Besitzer des neuen Wasserkraftwerks ist die Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte. Sie hat auch die Wasserrechte erworben. Die Anlage versorgt

das Feuerwehrhaus und die Paul-Friedl-Mittelschule mit elektrischer Energie. 75 Prozent der erzeugten Energie können selbst genutzt werden. Der überschüssige Strom wird zu einem Einspeisetarif von 0,1220 €/kWh in das öffentliche Netz eingespeist.

Bayern führend bei Stromerzeugung mit Wasserkraft

Zwischen 13 und 15 Prozent der Bruttostromerzeugung entfällt im Freistaat auf die Wasserkraft. Damit ist das Bundesland deutschlandweit führend bei der Nutzung dieser Technologie. Dies liegt aber vor allem an den Großkraftwerken. Darüber hinaus gibt es noch viele kleine private Wasserkraftanlagen, aber nur wenige, die sich im Eigentum von Kommunen befinden.

Auf die Frage, was gegeben sein muss, um solch ein Projekt zu verwirklichen, sagt Nina Vater, Geschäftsleiterin der Gemeinde St. Oswald-Riedlhütte: „Das Wasserkraftwerk muss sich an einer zentralen Stelle befinden und man braucht Abnehmer für den Strom.“ Die Eigennutzung und ein Konzept seien nötig.

Neben der Wasserkraft setzt die Gemeinde, zu der die sechs Gemeindeteile Riedlhütte, Reichenberg, Höhenbrunn, St. Oswald, Haslach und Guglöd mit insgesamt knapp 3.000 Einwohnern gehören, auf Photovoltaik. Vier Solarstromanlagen nennt die Gemeinde ihr Eigen. Auf dem neuen Feuerwehrhaus gibt es zwei PV-Anlagen. Eine erzeugt Strom für das Gebäude, zusammen mit der neuen Wasserkraftanlage. Die andere speist den Solarstrom komplett in das Netz ein. □

VKU-Landesgruppe Bayern:

Rahmenbedingungen für Akteure vor Ort schaffen

Der Vorstand der Landesgruppe Bayern des Verbandes Kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) hat jüngst bei den Stadtwerken Schweinfurt getagt. Neben den Entscheidungen der Bundesregierung zum Klimapaket und deren Auswirkungen auf Kommunen, kommunale Unternehmen und Kunden wurden die Ergebnisse des bayerischen Energiegipfels diskutiert.

Tatsache ist: Gesetze und Verordnungen im Energierecht sind inzwischen so zahlreich und verborgen, dass selbst Juristen den Überblick verlieren. Daher hat sich der Vorstand vom Leiter der Stiftung Umweltenergie recht, Thorsten Müller, dessen Initiative „Neuordnung Energierecht“ vorstellen lassen.

In Bayern leisten allein im VKU rund 37.000 Beschäftigte in kommunalen Unternehmen maßgebliche und lebenswichtige Ver- und Entsorgungsaufgaben. „Wir sind ein zentraler Standortfaktor. Gerade vor dem Hintergrund einer sich weltweit abschwächenden Konjunktur, die insbesondere auch die bayerischen exportorientierten Unternehmen betreffen kann, ist eine funktionierende und nachhaltige Versorgung auf kommunaler Ebene wichtiger denn je“, stellte Thomas Kästner, Geschäftsführer der Stadtwerke Schweinfurt GmbH heraus.

„Die Leistungen der Daseinsvorsorge für unsere Gesellschaft und Wirtschaft sind immer Ausgangspunkt unserer Gespräche mit den politischen Entscheidern“, unterstrich Josef Hasler, Vorsitzender der VKU Landesgruppe Bayern.

„Nach dem Klimapaket legen wir nun Wert darauf, dass dessen zögerliche Ansätze tatkräftig

unterlegt werden. Nachhaltige Energieversorgung gelingt mit den Akteuren vor Ort – dezentral, erneuerbar und versorgungssicher. Die Politik ist gefordert, dafür den Rahmen zu schaffen. Im Klimapaket stehen Einzelmaßnahmen, ein politischer Rahmen muss Perspektive bieten“, so Hasler. Mit Initiativen, wie der Neuordnung des Energierechts der Stiftung Umweltenergie recht ließe sich daran arbeiten.

Bindung der besten Talente

Für diese Arbeit vor Ort sind gute Mitarbeiter die entscheidende Grundlage. Augenmerk wurde somit auch auf den bayerischen Arbeitsmarkt und den in vielen Teilen des Freistaats weiterhin herrschenden Fachkräftemangel gelegt. Die bayerischen kommunalen Unternehmen begegnen dieser Herausforderung, der Suche, Qualifizierung und Bindung der besten Talente, täglich aktiv.

Offen steht Ihnen seit Kurzem das Stellenportal „Traumjob vor Ort“ unter dem Dach der kommunalen Spitzenverbände, dessen Entstehung die Landesgruppe begleitet hat. Hier können auch kommunale Unternehmen ihre Angebote sichtbar machen. □



10.000 Euro für Bürger, Schulen und Vereine!

Sie engagieren sich in den Bereichen Energieeffizienz oder Ökologie und geben damit einen Impuls für die Energiezukunft in Ihrer Region oder Ihrem persönlichen Umfeld?

Dann bewerben Sie sich für den Bürgerenergiepreis.

Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!

Weitere Informationen unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Bericht aus der Kabinettsitzung:

Massive Investitionen in die Zukunft der Batterieforschung und Elektromobilität

Der Freistaat investiert am Standort Bayreuth massiv in CleanTech und die Weiterentwicklung der Elektromobilität. Mit dem Bayerischen Zentrum für Batterietechnik (BayBatt) bringt die Staatsregierung die Entwicklung einer neuen Generation von sicheren, intelligenten und nachhaltigen Batterien weiter voran und setzt ein Zeichen für innovativen Klimaschutz. Damit realisiert sie einen wichtigen Baustein der Hightech Agenda Bayern.

„Batteriezelltechnik“ im Aufbau

Der Aufbau der Forschungseinrichtung an der Universität Bayreuth schreitet planmäßig voran: Das erste KeyLab „Batteriezelltechnik“ befindet sich aktuell im Aufbau. Damit entsteht eine neuartige flexible Forschungsinfrastruktur für die Fertigung von reproduzierbaren Batteriezellen, neuen Materialien und innovativen Speicherkonzepten.

Einrichtung einer Juniorprofessur

Die Hälfte der Doktorandenstellen eines vorerst zehnköpfigen Graduiertenkollegs ist bereits besetzt. Zudem wird eine Juniorprofessur „Moderne Methoden des Batteriemangements und Monitorings“ im Rahmen des Bund-Länder-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eingerichtet. Im Zuge der Umsetzung der Hightech Agenda Bayern wird das Zentrum in den kommenden Jahren deutlich profitieren. □

Auszeichnung für Energie-Vorbilder

Bayernwerk und Regierung verleihen Bürgerenergiepreis Oberpfalz 2019

Regensburg. Ein Boot, das sich mithilfe von Solarmodulen selbst antreibt – an diesem Projekt arbeiten Schüler der Beruflichen Oberschule in Regensburg schon einige Jahre. Seit 2004 haben sie das „Solarboot“ laufend verbessert, das Eigengewicht verringert und die Geschwindigkeit erhöht. Die Oberschule ist einer von vier Gewinnern des Bürgerenergiepreises, der jedes Jahr von der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) mit Unterstützung der Regierung der Oberpfalz vergeben wird.

Die Bildungseinrichtung wurde gemeinsam mit den anderen Preisträgern, Moritz Schön aus Herrried im Landkreis Neumarkt, dem Benedikt-Stattler-Gymnasium aus Bad Kötzing im Landkreis Cham und der Regensburger Von-der-Tann-Grundschule in den Räumen der Regierung der Oberpfalz in Regensburg geehrt.

„Der Klimawandel betrifft uns alle, und es ist schön zu sehen, wie viele Menschen Lösungen für einen bewussten Umgang mit den endlichen Ressourcen des Planeten entwickeln. Der Bürgerenergiepreis bietet ihnen die Möglichkeit, ihre Ideen und Projekte einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen“, erklärte Ingo Schroers, Mitglied der Geschäftsleitung der Bayernwerk Netz GmbH, bei der Preisverleihung und merkte an, dass es jedes Jahr die Möglichkeit gebe, sich für die Auszeichnung zu bewerben.

Regierungsvizepräsident Christoph Reichert ergänzte: „Energie gezielt und effizient einzusetzen, ist ein Thema, das für unsere künftige Lebensqualität eine große Rolle spielt. Ich freue mich sehr, dass das Bayernwerk mit dem Bürgerenergiepreis eine Plattform für innovative Ideen mit

Vorbildcharakter geschaffen hat.“

Der Klimakongress

Inspiziert von der „Fridays for Future“-Bewegung haben sich Schülerinnen und Schüler des Benedikt-Stattler-Gymnasiums in Bad Kötzing Energie-Einsparpotenziale gesammelt, analysiert, einander gegenübergestellt und anschließend dokumentiert. Auch eine jahrgangsübergreifende Umfrage zum Energie- und Konsumverhalten wurde durchgeführt und ausgewertet. Ihre Ergebnisse haben die jungen Forscher auf einem „Klimakongress“ im Rahmen des Schul-Sommerfestes der Öffentlichkeit vorgestellt und so das Bewusstsein für Klimaschutz im Schulumfeld gestärkt. Inzwischen nutzt auch die Bayerische Staatsregierung die von den Schülern erarbeiteten Daten. Die Schule erhält ein Preisgeld von 3.000 Euro.

Wissen weitergeben

Moritz Schön aus Herrried engagiert sich dafür, sein Wissen über alternative Energien und Elektromobilität weiterzugeben. Selbst im Rollstuhl sitzend, überzeugt er andere Betroffene da-

von, dass es auch mit Körperbehinderung möglich ist, E-Fahrzeuge zu nutzen. Auf der Gewerbeschau im März 2019 in Velburg hat Moritz Schön Interessierten die Energieeffizienz verschiedener Elektrofahrzeuge erklärt und seinen umgebauten Tesla Model3 demonstriert. Er lädt sein Fahrzeug mit der hauseigenen PV-Anlage. Moritz Schön erhält ein Preisgeld von 2.000 Euro.

Plastik- und Energiefasten

Seit zehn Jahren nutzt die Von-der-Tann-Grundschule aus Regensburg die Fastenzeit, um Schülerinnen und Schüler auf den Klimaschutz und die Umweltzerstörung durch Plastikmüll aufmerksam zu machen. In der Woche verzichtet die ganze Schule bewusst auf Plastik. Vor drei Jahren ist auch das „Energiefasten“ dazugekommen: Standby-Geräte werden konsequent abgeschaltet, Whiteboard und Dokumentenkamera sowie Kopierer bleiben abgeschaltet.

Damit das Bewusstsein für Nachhaltigkeit während des gan-

zen Jahres erhalten bleibt, bildet die Schule zu Beginn eines neuen Schuljahres je zwei Kinder in jeder Klasse zu Energiemanagern aus, die ihr Wissen an andere Schüler weitertragen. Seit diesem Jahr weitet die Schule ihr Projekt auch auf andere Institutionen in der Umgebung aus. Die Von-der-Tann-Grundschule erhält ein Preisgeld von 2.000 Euro.

Antrieb per Sonnenenergie

Seit vielen Jahren beschäftigt sich die Berufsoberschule in Regensburg mit dem Thema „angewandte Photovoltaik“. Das herausragende Projekt ist ein erstmals im Jahr 2004 gefertigtes Solarboot, mit dem die Schülerinnen und Schüler bereits zweimal die Deutsche Meisterschaft im Solarbootrennen gewonnen haben. Kontinuierlich wurde die Technik bei Modulen und Akkus optimiert, die Leichtbauweise und die Energiepufferung verbessert. Derzeit arbeiten die Schüler am dritten Boot seit dem Start des ersten Solarboots. Durch das Dauerprojekt werden neue Jahrgänge in die Arbeit am Boot einbezogen und erhalten damit Zugang zu Wissen rund um regenerative Energien sowie ein Bewusstsein für nachhaltige Energienutzung. Die Berufsoberschule erhält ein Preisgeld von 3.000 Euro. □

Grüne Wärme für neues Baugebiet im Auweg

Innovative Wärmeversorgung durch die Stadtwerke Günzburg

Wärme erzeugen, ohne fossile Brennstoffe zu verbrauchen: Die Nutzung dieser Wärme könnte für einen Teil Günzburgs in naher Zukunft möglich sein.

Die Stadt ist seit einiger Zeit dabei, den Bereich rund um den Auweg städtebaulich weiterzuentwickeln. In dem Gebiet gibt es derzeit größere Brachen, die aufgrund der innenstadtnahen Lage mit Wohnbebauung überplant und zu einem neuen, ansprechenden Stadtteil gestaltet werden sollen.

Auf dem Weg zur energieautarkeren Stadt

Bei der der Planung eines so umfangreichen Gebietes stellt sich auch die Frage, wie können die Gebäude und ihre Bewohner künftig optimal an die öffentlichen Ver- und Entsorgungseinrichtungen angebunden werden. Im Zentrum stehe dabei das Vorhaben, regenerativen Energien die Hauptrolle zuzuschreiben, berichtet Oberbürgermeister Gerhard Jauernig. Ziel ist es, in den kommenden Jahren eine energieautarkere Stadt zu werden.

Überschüssige Wärme

Bei dieser Frage kommen nun die Stadtwerke Günzburg KU (SWG) ins Spiel. Hier wird schon seit Jahren mit dem Gedanken gespielt, wie vorhandene Energieressourcen der Kläranlage sinnvoll und wirtschaftlich eingesetzt werden können. Wie Johann Stelzle, Vorstand der Stadtwerke erläutert, betreiben die Stadtwerke derzeit auf der Kläranlage mehrere Blockheizkraftwerke, die zum einen Strom für den Betrieb der Kläranlage und zum anderen Wärme für die Beheizung der Faultürme produzieren. Die Anlage wird mit Klärgas betrieben, welches beim Prozess der Klärschlammfaulung gewonnen wird. Und nun wird es interessant: Die aus diesem Vorgang gewonnene Gasmenge ist mittlerweile so groß, dass bei der Stromerzeugung mehr Wärme produziert wird, als auf der Kläranlage benötigt wird.

„Wir können diese Überschusswärme zur Wärmeversor-

gung für Objekte in der näheren Umgebung nutzen“, so Stelzle. „Derzeit prüfen wir, welche Infrastrukturmaßnahmen erforderlich sind, um eine größtmögliche Wärmeversorgung des Gebietes anbieten zu können“. „Mit dem Projekt könnten wir den Einstieg in die Wärmeversorgung schaffen“, freuen sich Lothar Böck, der kaufmännische Leiter und Ludwig Biller, Energieingenieur bei den Stadtwerken Günzburg.

Laut Oberbürgermeister Jauernig könnten die eigenen SWG sogar noch einen Schritt weiter gehen: Derzeit wird das gereinigte Abwasser der Kläranlage auch in den Wintermonaten mit einer Temperatur von rund zwölf Grad Celsius in die Donau eingeleitet. Mit einer entsprechenden Wärmepumpe soll dabei mittelfristig zusätzlich Wärme gewonnen werden. Ziel ist es, künftige Bauvorhaben im benachbarten Auweg mit dieser umweltfreundlich erzeugten Wärme zu versorgen. Der Vorteil hierbei liegt in der unmittelbaren Nähe des Gebietes zur Kläranlage.

Mögliches Modellprojekt

Auch der Verwaltungsrat begleitet das Thema sehr positiv. „Hier wird im Kleinen ein großer Beitrag für unseren Klimaschutz vor Ort getan, mehr als über die Gesetzgebung derzeit generiert werden kann. Zusätzliche fossile Brennstoffe werden, nach derzeitigem Stand, nicht notwendig sein“, ist Oberbürgermeister Jauernig begeistert, der gleichzeitig auch Vorsitzender des Verwaltungsrates der Stadtwerke ist. „Wir haben auch schon erste Kontakte mit Investoren von Bauvorhaben geknüpft, die von der Idee einer Wärmeversorgung begeistert sind“, so Jauernig.

Stadtwerke und Stadt ziehen hier gemeinsam an einem Strang. Dies könnte nach Auffassung von Oberbürgermeister Jauernig ein Modellprojekt werden, das deutschlandweiten Vorbildcharakter hat. □



Bürgerenergiepreis Oberpfalz 2019 für die Von-der-Tann-Schule, Regensburg. V.l.: Regierungsvizepräsident Christoph Reichert, Schulleiterin Andrea Kasperbauer, Lehrerin Caroline Stopfel, Landrat Willi Hogger und Ingo Schroers (Bayernwerk) mit zwei Schulkinder.
Bild altrofoto.de, Stefan Effenhauser/Bayernwerk AG

dena-Workshop-Terminhinweis:

Was leistet Energiespar-Contracting?

Am 3. Dezember veranstaltet die Deutsche Energie-Agentur (dena) in München gemeinsam mit dem Bayerischen Energieagenturen e.V. und der Rechtsanwaltskanzlei maierwoelfert einen Workshop zum Thema Energiespar-Contracting (ESC).

Kommunalvertreter, Energieberater, Contractoren, Energieversorger, Projektplaner und Finanzinstitute sind herzlich eingeladen, um sich über die Anwendung und Vorteile des Energiedienstleistungsmodells zu informieren.

Eröffnet wird der Workshop von Dr. Rupert Pritzl vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Den fachlich-theoretisch geprägten Vormittag rundet die Besichtigung eines vorbildlichen ESC-Beispiels am Nachmittag ab: Das Museum Brandhorst der Bayerischen Staatsgemäldesammlung konnte seine Energiekosten mit Hilfe von ESC seit 2018 um jährlich 130.000 Euro senken. Wie das gelang, erfahren die Workshop-Teilnehmer von den Projektbeteiligten selbst.

Parallel zum ESC-Workshop findet die Auftaktveranstaltung des dena-Modellvorhabens „Co2ntracting: build the future!“ für die südliche Region Deutschlands statt. Hier treffen sich Vertreter von sieben ausgewählten Kommunen, Städten oder Ländern zum Austausch mit Projektentwicklern, Energieagenturen und der dena. Die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung schließen sich dem Besuch des Museums Brandhorst an. Nach der gemeinsamen Besichtigung besteht die Möglichkeit zum gemeinsamen Get-together und Networking-Abend.

Kontakt: Elnara Mehtiyeva, Tel.: 030/66777-748, E-Mail: mehtiyeva@dena.de □

Landkreis Regensburg:

Auszeichnung mit European Energy Award

Für seine engagierte Klimaschutzpolitik wurde der Landkreis Regensburg mit dem European Energy Award (eea) ausgezeichnet. Umweltminister Thorsten Glauber übergab bei einer Festveranstaltung in Lindau (Bodensee) das Auszeichnungszertifikat an Landrätin Tanja Schweiger.

Die Landkreischefin sieht in der Auszeichnung eine Bestätigung „der vom Landkreis schon seit vielen Jahren und in vielfältigen Themenbereichen betriebenen aktiven Klima- und Umweltschutzpolitik. Alle Projekte und Initiativen des Landkreises – angefangen bei der Umsetzung ambitionierter Energiestandards bei landkreiseigenen Gebäuden, über die Realisierung von PV-Anlagen, die Elektromobilität, das eCarsharing, die Förderung der Radmobilität bis hin zum Solar-

potentialkataster – wurden im Zertifizierungsprozess bewertet.“ Der Auszeichnung liege daher, so Schweiger, nicht ein punktuelles oder kurzfristiges Engagement des Landkreises zugrunde. Vielmehr würdige sie die Gesamtstrategie des Landkreises beim Klima- und Umweltschutz über viele Jahre hinweg. Mit der Verleihung des European Energy Award erreiche der Landkreis in seiner Klimaschutzpolitik jetzt die nächste Entwicklungsstufe. Weitere Ideen lägen bereits vor. □



V.l.: Umweltminister Thorsten Glauber, Landrätin Tanja Schweiger, Bürgermeister und Kreisrat Karl Söllner, Dr. André Suck, Klimaschutzmanager Landkreis Regensburg, Maria Politzka, LRA Regensburg, Harald Hillebrand, LRA Regensburg, Leonard Meyer, eea-Bundesgeschäftsstelle, Sebastian Zirngibl, Energieagentur Regensburg, Martin Sambale, eza!-Geschäftsführer.
Bild: eza!, Kempten

Bayernwerk:

Gesucht: Energiehelden in Ober- und Niederbayern

Mitmachen lohnt sich: Jeweils 10.000 Euro Preisgeld warten auf engagierte Ober- und Niederbayern, die sich in ihrem Umfeld für Klimaschutz und Energieeffizienz stark machen.

Am 25. Oktober fiel der Startschuss für den Bürgerenergiepreis Oberbayern 2020. Alle oberbayerischen Bürgerinnen und Bürger sind wieder aufgerufen, sich direkt beim Bayernwerk für die Auszeichnung bis 23. Januar 2020 zu bewerben.

Am 5. November war Auftakt für den Bürgerenergiepreis Niederbayern 2020. Bewerbungen sind bis 19. März 2020 möglich.

Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen:
www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis □

Neustadt an der Waldnaab:

BayWa EDL weihet neues Hackschnitzel-Heizwerk ein

Gemeinsam feierte die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH (EDL) mit Landrat Andreas Meier, Bürgermeister Rupert Troppmann sowie zahlreichen weiteren Ehrengästen die Einweihung des neuen Heizwerks im oberpfälzischen Neustadt an der Waldnaab. Der Landkreis hatte die energetische Versorgung seiner Gebäude europaweit ausgeschrieben.

Mit dem Holzhackschnitzel-Heizwerk der BayWa EDL, die auch Betreiberin der Anlage ist, setzen Landkreis und Stadt auf ein energieeffizientes Heizsystem. Der Holzhackschnitzelkessel verfügt über eine Heizleistung von 1700 Kilowatt und wird von einem Heizölkessel mit 2800 Kilowatt Heizleistung als Ersatz und Reserve bei Spitzenzeiten flankiert. Der Hackschnitzelverbrauch dürfte für 2019 bei etwa 5000 Kubikmetern liegen, schätzt Dr. Carsten Schaefer, Geschäftsführer der EDL.

Hohe CO2-Einsparung

Der Brennstoff stammt aus der Region um Neustadt/Waldnaab. Mit dieser Heizart könne jährlich eine Einsparung der CO2-Emissionen von etwa 1.000 bis 1.400 Tonnen gegenüber Heizöl erzielt werden, so Schaefer.

Die Holzhackschnitzelanlage für Fernwärme versorgt derzeit zwölf Anschlussnehmer im Landkreis und der Stadt, darunter mehrere schulische Einrichtungen, eine Klinik sowie fünf private Anschlussnehmer. Für die Nahwärmeversorgung wurden insgesamt 1,7 Kilometer Leitungen verlegt. Der Baubeginn für das Heizwerk war Ende 2016 erfolgt, von Juli 2017 bis November 2018 wurden Leitungen und Anschlüsse erstellt. Seit Anfang 2019 versorgt das Heizwerk alle Anschlussnehmer reibungslos mit Fernwärme.

Für eine Erweiterung in Richtung Zentrum liegen bereits Anfragen vor. „Hierfür würden wir weitere 700 bis 800 Meter Leitungen verlegen“, betont Schaefer. „Sofern eine ausreichende Anschlussdichte gegeben ist, könnte ein Ausbau schon ab 2020 möglich sein.“ □

Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann:

Förderbescheide für Äthiopien

Bayern unterstützt fünf Projekte für Wissenschaft, Bildung, Landwirtschaft und Umwelt mit über 1,7 Mio. Euro

Staatsminister Dr. Florian Herrmann hat im Prinz-Carl-Palais in München Förderbescheide in Höhe von insgesamt mehr als 1,7 Mio. Euro für fünf Projekte in Äthiopien an die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft, die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, die NGO Women Engage for a Common Future e.V. und das Gymnasium Obermenzing übergeben.

Herrmann zufolge „ist Äthiopien der Stabilitätsanker am Horn von Afrika, auch wenn das Land selbst vor großen Herausforderungen steht. Premierminister Abiy Ahmed hat sein Land zu Vorbild und Hoffnung für einen ganzen Kontinent gemacht und dafür zurecht den Friedensnobelpreis bekommen. Bayern ist starker Partner der äthiopischen Regierung und unterstützt die Reformbemühungen. Aus Gesprächen mit meinen äthiopischen Amtskollegen weiß ich, wie wertvoll unsere Förderung vor Ort ist. Wir machen uns stark für ein langfristiges Engagement vor allem in den Bereichen wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bildung, Wissenschaft und Umwelt. Das Engagement Bayerns schafft echte Zukunftsperspektiven für die Menschen in Äthiopien.“

Im Zuge ihrer Afrika-Strategie will die Bayerische Staatsregierung Äthiopien langfristig unterstützen. Äthiopien ist Modellland für die Zusammenarbeit Bayerns mit Afrika und ein Schwerpunktland des Bayerischen Afrikapakets. Mit den Förderbescheiden werden fünf Projekte vor Ort unterstützt:

Wie Herrmann hervorhob, „set-

zen wir einen deutlichen Schwerpunkt bei Wissenschaft sowie schulischer und beruflicher Bildung. Kinder und Jugendliche brauchen reale Perspektiven vor Ort. Praxisgerechte Bildung und Ausbildung in zukunftsfähigen Berufen sind der Schlüssel für ein wirtschaftlich selbständiges Leben und gute Lebensperspektiven in der Heimat.“

Lebenswissenschaften und Grüne Technologie

Die Staatsregierung fördert das Projekt „The Bavarian-Ethiopian Alliance for Applied Life Sciences“ der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf mit 275.840 Euro. Mit dem Projekt wird der Aufbau eines Systems für angewandte und akademische Aus- und Weiterbildung im Bereich Lebenswissenschaften und Grüne Technologie unterstützt. Mit dem Fachhochschulmodell der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf als Vorbild soll eine praxisnahe Ausbildung mit Partnern aus Industrie und staatlichen Einrichtungen die wirtschaftlichen Entwicklung Äthiopiens vorantreiben. „Dass sich die Hochschu-

le Weihenstephan-Triesdorf mit ihrer hervorragenden Expertise einbringt und langfristige Netzwerke in Bayern und Äthiopien aufbauen will, freut mich besonders“, betonte Herrmann.

Mit 58.950 Euro unterstützt Bayern das Projekt „Schüler bauen Schule für Schüler“ des Gymnasiums Obermenzing. Damit soll der Bau einer Regenwasserzisterne und von Komposttoiletten an der Grundschule im nordäthiopischen Endayesus in der Nähe der Stadt Aksum finanziert werden, die aktuell rund 120 Schüler besuchen.

BINA Äthiopien

Die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft erhalten vom Freistaat 498.454 Euro für das Projekt „BINA Äthiopien – Berufsbildung und Beschäftigung über die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft“. Im Rahmen des Projekts sollen 30 Fachlehrer eines Polytechnic Colleges in Addis Abeba in den Berufsbereichen Hauselektrik und Photovoltaik; Gas, Wasser und Sanitär; Lager und Logistik; Altenpflege; Hotel und Gastronomie sowie Landwirtschaft und Gartenbau ausgebildet werden. Damit sollen die Lehrer zu Multiplikatoren in der beruflichen Bildung für 500 Schülerinnen und Schüler und umliegende Betriebe werden.

Direkte Vermarktung gerösteten Kaffees

Bayern engagiert sich auch in der Provinz Kaffa, der Ursprungregion des Kaffees. Hier wächst Äthiopiens wichtigstes Exportprodukt wild im Regenwald und wird von den Bauern gepflückt. Um die Einkommen der Bauernfamilien zu steigern, soll der Aufbau einer eigenen Rösterei durch die lokale Kaffeunion unterstützt werden. Das Projekt „Ausbildungs- und Berufsförderung im Kaffeesektor im ländlichen Äthiopien: Förderung des Wertschöpfungsausbaus Kaffee in der Region Kaffa“ der Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft erhält dafür Fördermittel der Staatsregierung in Höhe von 719.994 Euro.

„Mit der Steigerung der Wertschöpfung der Kaffeeproduktion in der Region Kaffa verbessert Bayern die wirtschaftlichen Perspektiven auch im ländlichen Raum und unterstützt eine nachhaltige Landwirtschaft in Äthiopien“, so Herrmann. „Von der direkten Vermarktung des gerös-

teten Kaffees profitieren knapp 15.000 in Kooperativen organisierte Bauern unmittelbar. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bauernfamilien wirken wir gleichzeitig Anreize zur Abholzung und anderweitiger Nutzung des Regenwaldes entgegen. Das Projekt hat dadurch auch einen hohen Wert bei Klimaschutz und Nachhaltigkeit.“

Schließlich unterstützt die Staatsregierung dezentrale Energie- und Wassertechnologien durch die Qualifizierung genossenschaftlicher Technologiebot-schafterinnen seitens der NGO Women Engage for a Common Future e.V. mit 176.166 Euro.

In Äthiopien wird in vielen Haushalten mit umwelt- und gesundheitsschädlichen Technologien gekocht. Im Rahmen des Projekts soll mittels zweier Genossenschaften mit jeweils mehreren tausend Mitgliedern ein besseres Verständnis für nachhaltige Energie- und Wasserversorgung geschaffen werden. Technologieexpertinnen sollen in die Lage versetzt werden, die Energie- und Wasserversorgung der Genossenschaften selbst zu planen, zu finanzieren und zu betreiben. Die neuen Technologien sollen den Genossenschaftsmitgliedern zusätzlich Geschäftsmöglichkeiten eröffnen und die Qualität der hergestellten Produkte verbessern.

Nach Herrmanns Worten „sichert nachhaltige Ressourcennutzung Lebensgrundlagen für die Menschen vor Ort – gerade bei Wasser ein Grundbedürfnis. Damit sollen die Lehrer zu Multiplikatoren in der beruflichen Bildung für 500 Schülerinnen und Schüler und umliegende Betriebe werden.“



Beim Beladen des Transporters. V.l.: Landrat Martin Wolf, Bernd Duschner vom Verein Freundschaft mit Valjevo, Lkw-Fahrer Dejan Radosavljevic, Ulrich Wandersleb-Münst vom Verein Freundschaft mit Valjevo und der stellv. Rektor des Schyren-Gymnasiums, Markus Fiederer.

Bild: LRA Pfaffenhofen an der Ilm

Freundschaft mit Valjevo

Schulmöbel des Schyren-Gymnasiums auf Weg nach Serbien

95 Schulbänke und 190 Stühle befinden sich derzeit auf dem Weg ins serbische Valjevo. Es handelt sich um gut erhaltene Schulmöbel des Schyren-Gymnasiums Pfaffenhofen, die im Rahmen der derzeitigen Generalsanierung ausgesondert werden mussten.

Die ursprüngliche Idee, die Möbel dem Verein Freundschaft mit Valjevo e.V. anzubieten, hatte Markus Turger, Haustechniker des Schyren-Gymnasiums. Der stellvertretende Schulleiter des Schyren-Gymnasiums, Markus Fiederer, stellte dann den Kontakt mit Bernd Duschner vom Verein Freundschaft mit Valjevo e.V. her.

Freude bei Landrat Wolf

Die Transportkosten für die Möbel übernimmt der Landkreis Pfaffenhofen. „Es freut mich sehr,

dass wir das langjährige Engagement des Vereins Freundschaft mit Valjevo mit dieser Aktion unterstützen können und die ausgesonderten Möbel in Valjevo eine weitere Verwendung finden“, so Landrat Martin Wolf.

Der Verein Freundschaft mit Valjevo e.V. wurde im Juli 1999 in Pfaffenhofen a.d. Ilm gegründet. Valjevo ist eine serbische Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern 90 km südwestlich von Belgrad, die heute noch unter den Folgen des Krieges und der Bombardierungen im Rahmen der Jugoslawienkriege leidet. □

Gegenseitig kennenlernen und Vorurteile abbauen

Im Mittelpunkt stand das gegenseitige Kennenlernen: Rund 20 Jugendliche aus Israel wurden zusammen mit ihren deutschen Gastgebern sowie Schulleitern verschiedener bayerischer Schulen von der Stadt Würzburg empfangen. Stadtrat Alexander Kolbow, der die Gäste im Ratssaal begrüßte, unterstrich wie wichtig es sei, miteinander in Kontakt zu kommen.

„Würzburg an sich ist dabei eine internationale und offene Stadt“, stellte Kolbow die gastgebende Stadt mit ihren Schulen und Hochschulen vor. Im Zweiten Weltkrieg größtenteils zerstört, leben heute rund 130.000 Menschen in Würzburg, darunter knapp 40.000 Studenten. Dabei betonte Kolbow, dass es in dieser offenen und internationalen Stadt gelungen sei, das Rathaus von Rechtsextremisten freizuhalten. Dies sei auch Ziel für die anstehende Kommunalwahl für ein demokratisches Miteinander.

Auch wenn zwei Drittel der Deutschen gegen Antisemitismus auf die Straße gehen würden, so haben doch rund 20 Prozent Resentiments gegenüber Juden, hob

Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden hervor. „Diese Zahl ist zwar nicht größer geworden, aber man traut sich wieder etwas zu sagen“, stellte Schuster fest.

Der rechtsextreme Tiefpunkt der jüngsten Zeit sei das Attentat von Halle gewesen. „Aber ich glaube, man hat dieses Signal verstanden“, so Schuster, der den Jugendaustausch mit Israel begrüßte: „Das beste Mittel gegen Antisemitismus ist, sich gegenseitig kennenzulernen“, so Schuster. Dies sei der beste Weg, um gegenseitig Vorurteile abzubauen.

Um dieses Kennenlernen zu unterstützen, lud Kolbow im Namen der Stadt im Anschluss zum Empfang und Austausch ein. □

Nachhaltigkeitspartnerschaften mit Lateinamerika

Ab 2020 unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global Nachhaltigkeitspartnerschaften mit Kommunen aus Lateinamerika.

Teilnehmen können Kommunen aus Deutschland und lateinamerikanischen Ländern, die bereits partnerschaftlich verbunden sind oder eine neue Partnerschaft begründen wollen. Auch deutsche Kommunen ohne Kontakte nach Lateinamerika können ihr Interesse für die Teilnahme an dieser zweiten Phase bis 15. Dezember 2019 bei der SKEW einreichen.

In einer kommunalen Nachhaltigkeitspartnerschaft arbeiten zwei Kommunen regelmäßig und strukturiert zur Umsetzung der Agenda 2030 auf der lokalen Ebene zusammen. Durch wechselseitigen Wis-

sens- und Erfahrungsaustausch und eine zielgerichtete Beratung und Unterstützung durch die SKEW werden die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im Rahmen von kommunalen Partnerschaften anwendbar gemacht und ein Beitrag zur Bewältigung bestehender Herausforderungen der einzelnen Kommunen im Kontext der Agenda 2030 geleistet.

Kommunale Klimapartnerschaften

Auch das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ startet in eine neue Phase. In einem Zeitraum von zwei Jahren begleitet

und berät die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt deutsche Kommunen mit ihren Partnerkommunen im Global Süden intensiv.

In dieser Zeit erstellen die Partnerschaften gemeinsame Handlungsprogramme als langfristige strategische Dokumente der Zusammenarbeit zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, die neben einer gemeinsamen Vision auch konkrete Ziele, Maßnahmen und Ressourcen beinhalten.

Ende 2019 startet der Aufruf zur Teilnahme an der 8. Projektphase. Kommunen, die bereits eine Partnerschaft mit einer Kommune im Globalen Süden haben, sowie Kommunen, die noch keine Partner haben, können eine Interessenbekundung bei der SKEW einreichen. □



Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

Verleihung des Bürgerpreises 2019 im Bayerischen Landtag:

Nachwuchs und neue Ideen für ehrenamtliche Rettungskräfte

Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeichnete im Senatssaal des Maximilianeums die Preisträger des Bürgerpreises des Bayerischen Landtags aus. Die Jury unter Aigners Vorsitz hat aus 85 Bewerbern zum diesjährigen Motto „Rette uns, wer kann! – Nachwuchs und neue Ideen für die ehrenamtlichen Rettungskräfte“ die Preisträger ausgewählt.

Der Fokus beim diesjährigen Bürgerpreis richtete sich auf kreative Ansätze, um neue Mitglieder für den ehrenamtlichen Einsatz in den Rettungsdiensten zu gewinnen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeigte sich beeindruckt vom Engagement und der Kreativität der Bewerberinnen und Bewerber: „Mir liegt der Zusammenhalt unserer Gesellschaft sehr am Herzen. Und es stellt sich doch die Frage: Wo wächst der Zusammenhalt? Und mit Blick auf unseren Bürgerpreis lässt sich klar festhalten: Der Zusammenhalt wächst dort, wo Menschen für einander Verantwortung übernehmen. Und unsere Rettungsdienste sind dafür ganz klar Paradebeispiele!“

Bergwachtjugendgruppe Unterammergau

Der erste Preis geht an die Bergwachtjugendgruppe in Unterammergau (15.000 Euro). Seit dem Jahr 2000 gibt es bei der Bergwacht Unterammergau eine Jugendgruppe, in der Jugendliche als Nachwuchs für die Bergwacht gewonnen werden, um mit 16 Jahren dann „echtes“ Mitglied werden zu können.

Ausgangspunkt für die Gründung einer Bergwachtjugendgruppe waren große Nachwuchssorgen in den Jahren zuvor.

Aus versicherungstechnischen Gründen können Jugendliche erst mit 16 Jahren der Bergwacht beitreten. „Dann ist es aber oft zu spät – in diesem Alter sind die Unterammergauer Jugendlichen meist in verschiedensten Organisationen engagiert. Für die Bergwacht bleibt da keine Zeit mehr“, erläutert Alex Thurner, Jugendleiterin der Bergwacht Unterammergau.

Ein großer Lichtblick sei aber die Möglichkeit, die Heranwachsenden über das Jugendrotkreuz zu versichern. In der Hauptversammlung im Jahr 2000 fiel dann die Entscheidung, eine Jugendgruppe zu gründen, mit dem Ziel, Jugendliche für den Dienst in der Bergwacht zu begeistern. Die monatlichen Treffen berücksichtigen die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen: Da sie bereits schulisch und privat viele Termine haben, wurde ein Rhythmus gesucht, der den Jugendlichen entgegenkommt. Mittlerweile sind viele ehemalige Jung-Bergwachtler in leitender Funktion in der „regulären“ Bergwacht.

Johanniter-Unfall-Hilfe

Mit dem zweiten Preis ehrt die Jury das Projekt „Bring Dich ein! Ehrenamt verbindet.“ – Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. – Landesge-

schäftsstelle Bayern (10.000 Euro). Ziel des Projekts ist es, ehrenamtliche Helfer mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Insgesamt 30 geschulte Mentoren aus den Reihen erfahrener ehrenamtlicher Helfer stehen als Vorbilder und verlässliche Ansprechpartner bereit und begleiten die neu gewonnenen Ehrenamtlichen in ihrem Einsatz. „Eine starke Bindung der ehrenamtlichen Helfer gelingt vor allem über Wertschätzung und ein starkes Gemeinschaftsgefühl. Und oft genügen wenige Stunden im Monat, um anderen etwas Gutes zu tun“, erklärt Projektleiterin Sarah Voigt. Gleichzeitig biete das Ehrenamt einen idealen Ansatz für einen niedrigschwelligen Zugang zur sozialen Teilhabe sowie zum Bildungs- bzw. Arbeitsmarkt. Zudem können vorherrschende Vorurteile abgebaut, Begegnungsräume geschaffen und ein interkultureller Dialog auf Augenhöhe ermöglicht werden.

Freiwillige Feuerwehr Philippsreut

Der dritte Preis wurde auf drei Preisträger aufgeteilt. Von der Freiwilligen Feuerwehr Philippsreut wurde das Projekt „Du besitzt die Eintrittskarte“ mit einem dritten Preis (7.000 Euro) ausgezeichnet. Hier haben Mitglieder der Feuerwehr eine Frauengruppe aufgebaut, die vollständig in die bereits bestehende aktive Mannschaft integriert wurde. Unter anderem wegen des demographischen Wandels und der oftmals berufsbedingten werktäglichen Abwesenheit vieler Aktiver sollten neue Personenkreise für die Mitwirkung erschlossen werden.

„Unsere Frauen und Freundinnen sind bereits heute meist Mitglied im Feuerwehrverein, helfen bei Veranstaltungen im organisatorischen Bereich tatkräftig mit und gelten auch als wichtigster Rückhalt nach schwierigen Einsätzen – dieses Potential soll nun auch in der aktiven Truppe ankommen“, erklärt Erster Kommandant Christian Kilger.



Unser Bild zeigt die Bergwachtjugendgruppe Unterammergau.

Bild: Rolf Poss, Bayerischer Landtag

Im Einsatzgebiet wurden alle Frauen zwischen 18 und 50 Jahren zu einer Vortragsreihe mit Vorführungen eingeladen und Interessierte nahmen an Schulungen teil. Mit Gründung der Frauengruppe fand die Vortragsreihe 2018 ihren Abschluss. 2020 sollen die Mitglieder einen Truppmann-Lehrgang absolvieren und damit vollumfänglich in den aktiven Feuerwehrdienst aufgenommen werden.

Wasserwacht Wörthsee

Ein weiterer dritter Preis (7.000 Euro) ging an das Projekt „Kinder lernen von Kindern“ der Wasserwacht Wörthsee. Um dem Nachwuchsmangel in der Jugendgruppe sowie in der aktiven Wachmannschaft entgegenzuwirken und früh eine intensive Bindung zur Wasserwacht zu schaffen, wurden Aktionen ins Leben gerufen, die maßgeblich von Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden. „So wird gewissermaßen auf Augenhöhe die Begeisterung für das Ehrenamt geweckt, was nach unserer Erfahrung langfristiges Engagement und Verantwortungsübernahme in besonderer Weise fördert“, erläutert Projektleiterin Jule Heuchert. Intern tragen die Jugendlichen wesentlich zur erfolgreichen Durchführung der wöchentlichen Gruppenstunden bei. Sie gestalten das Training zu großen Teilen mit und sind verantwortlich für ganze Ausbildungsböcke. Für die externen Aktionen des Projektes gibt es seit 2015 eine enge Zusammen-

arbeit zwischen der Wasserwacht Wörthsee und der ortsansässigen Grundschule, wo die Schülerinnen und Schüler frühzeitig für die Gefahren am und im Gewässer sensibilisiert werden.

Feuerwehr Großostheim

Ebenfalls mit einem dritten Preis (7.000 Euro) wurde das Projekt „Sicher in die Zukunft“ der Feuerwehr Großostheim gewürdigt. Unter diesem Motto führt die Feuerwehr Großostheim seit vielen Jahren kontinuierlich Aktivitäten im Bereich Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit durch – insbesondere zur Nachwuchsgewinnung.

„Uns ist bewusst, dass gerade junge Menschen Wert auf ein modernes und erfolgreiches Image legen“, so Kommandant Thomas Domanig. Dieser Zeitgeist spiegelt sich auch in den Aktivitäten der Feuerwehr wider. Eine sehr aktive Öffentlichkeitsarbeit, jährliche Schulprojekttage mit Klassen der Mittel- und Realschulen vor Ort sowie die Beteiligung beim Girl's Day zeigen bei der Nachwuchsgewinnung großen Erfolg.

Umweltminister Glauber:

Lawinenschutz ist Lebensschutz

Bayerns größtes Lawinenverbauungsprojekt offiziell abgeschlossen
Nach 30 Jahren Bauzeit ist Bayerns größtes Lawinenverbauungsprojekt an der Weißwand fertiggestellt worden. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte beim offiziellen Abschluss der Verbauungsarbeiten in Ramsau: „Lawinenschutz ist Lebensschutz. Im empfindlichen Alpenraum führt der Klimawandel zu einem steigenden Lawinenrisiko. Die größte Lawinenverbauung in Bayern an der Weißwand ist ein Vorzeigeprojekt zum Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren und eine Gemeinschaftsleistung von Wasserwirtschaft, Forstverwaltung und Straßenbau. Die Lawinennetze helfen dem Bergwald und schützen insbesondere die Bundesstraße vor Lawinenabgängen. Die Schutzwaldsanierung an der Weißwand ist zudem das größte zusammenhängende Schutzwaldsanierungsprojekt in Bayern.“

Das Projekt umfasst den Bau der permanenten Lawinenverbauung in 12 Lawinentrassen, den Ausbau von zwei Erschließungswegen und die Errichtung eines Steinschlagschutzzaunes an der Bundesstraße 305. Insgesamt wurden gut 1.100 Lawinennetze, mehr als 7.000 Gleitschneezäune und 1.800 Meter Steinschlagschutzzaune in einer Gesamtfläche von rund 50 Hektar gebaut. Der Freistaat Bayern investierte seit Baubeginn rund 20 Millionen Euro in das Projekt.

Schutzwaldsanierung

Die Schutzwaldsanierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Staatsforst- und Wasserwirtschaftsverwaltung. Nach 30 Jahren Bauzeit wurde die Baumaßnahme durch die Wasserwirtschaftsverwaltung jetzt abgeschlossen. Die Projekte der Schutzwaldsanierung werden durch die Forstbehörden ausgeführt und laufen noch. Die Bundesstraße 305 wurde im Bereich der Weißwand immer wieder von Lawinenabgängen bedroht. Steinschlagabgänge auf die Bundes-

Bergwacht Allgäu

Mit dem Sonderpreis (4.000 Euro) wird die Bergwacht Allgäu ausgezeichnet für das Projekt „Innovative Einsatzunterstützung“. Die Bergwacht Region Allgäu beschreitet mit der Nutzung digitaler Funktechnik und der Verwendung von Drohnen und Wärmebildkameras neue Wege bei der Bergrettung. Die Einbeziehung und Verwendung moderner Technik ist gerade auch für die junge Generation besonders attraktiv. Auf diesem Wege können interessierte Jugendliche gezielt angesprochen werden.

„Auf Grund ihrer Fähigkeiten und ihres Know-Hows wird die Technikgruppe der Bergwacht Allgäu regelmäßig von den verschiedensten BOS-Organisationen zu oftmals schwierigen Einsätzen angefordert. Meist können durch ihre Beteiligung Einsatzkräfte geschont und geschützt werden.“, berichtet Regioalleiter Peter Eisenlauer. Des Weiteren präsentiert die Gruppe ihre Ausstattung auf verschiedenen Veranstaltungen und arbeitet mit Bergwachtjugendgruppen zusammen. □

Archive und Bibliotheken in Amberg und Sulzbach-Rosenberg:

Vereinbarung „Notfallverbund Amberg – Sulzbach-Rosenberg“ unterzeichnet

Die Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, der Oberbürgermeister der Stadt Amberg, Michael Cerny, der Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek, Dr. Klaus Ceynowa, und der 1. Vorsitzende des Literaturarchivs Sulzbach-Rosenberg e.V., PD Dr. habil. Heribert Tommek, unterzeichnen im Staatsarchiv Amberg die Vereinbarung zur gegenseitigen Unterstützung der Archive und Bibliotheken in Amberg und Sulzbach-Rosenberg in Notfällen („Notfallverbund Amberg – Sulzbach-Rosenberg“).

Nach den Notfallverbänden Augsburg (gegründet 2015), München (gegründet 2016), Nürnberg (gegründet 2016), Landshut (gegründet 2019) und Bamberg (gegründet 2019) ist der Verbund Amberg – Sulzbach-Rosenberg der sechste dieser Art in Bayern. Aus archivischer Sicht ist besonders hervorzuheben, dass auch das Depot des Staatsarchivs Amberg in Sulzbach-Rosenberg mit zum Verbund gehört.

In der Vereinbarung sind enthalten: gemeinsame Schulungen und Übungen, die Ausarbeitung und der Austausch von Notfallplänen sowie der regelmäßige Austausch der Verantwortlichen untereinander und mit externen Partnern wie der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk.

Für den hoffentlich nie eintretenden Notfall sichern sich Archive und Bibliotheken gegenseitige Unterstützung zu, um Ressourcen zu bündeln sowie die schnellere und effektivere Bergung und Erstversorgung der betroffenen Archivalien, Bücher und Ausstellungsstücke zu gewährleisten. Eine der wichtigsten Aufgaben der beteiligten Institutionen ist der Schutz der von ihnen verwahrten Kulturgüter vor Feuer, Wasser, äußerer Gewalt oder anderen unvorhersehbaren Ereignissen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Mitarbeiter der einzelnen Einrichtungen bei großen

Schadensereignissen ohne externe Hilfe oftmals überfordert sind. Große Katastrophen wie das Elbhochwasser 2002, der Brand in der Weimarer Herzogin Anna Amalia Bibliothek 2004 oder der Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln 2009 haben das eindringlich veranschaulicht. Starkregen und Hochwasserereignisse in der jüngeren Vergangenheit sorgten in mehreren bayerischen Adelsarchiven für Havarien, die mit vereinten Kräften bewältigt werden konnten. Glücklicherweise mussten die an bayerischen Notfallverbänden beteiligten Institutionen bisher keine großen Notfälle bewältigen.

Nach wie vor in Erinnerung bleibt jedoch der Brand der Burg Trausnitz in Landshut am 21. Oktober 1961, der das zu der Zeit dort untergebrachte Staatsarchiv Landshut schwer in Mitleidenschaft zog. Die bayerische Archivverwaltung musste damals eigene Erfahrungen mit einer großen Brandkatastrophe und Schäden an Archivalien und Bausubstanz machen.

Der Notfallverbund Amberg – Sulzbach-Rosenberg, der durch die Unterzeichnung dieser Vereinbarung gegründet wird, lädt ausdrücklich die Vertreter anderer Kulturinstitutionen, etwa der Museen, in Amberg und Sulzbach-Rosenberg zu einer künftigen Zusammenarbeit ein. □

Zuverlässiger Hochwasserschutz hat oberste Priorität

Glauber zu Besuch bei Hochwasserschutzanlage in Mühlendorf am Inn

Die Verbesserung des Hochwasserschutzes ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber beim Besuch der laufenden Hochwasserschutzmaßnahme in Mühlendorf am Inn. „Erfolgreicher Hochwasserschutz geht nur gemeinsam. Die Stadt Mühlendorf am Inn ist bei dem Projekt ein starker und verlässlicher Partner. Der Bau der Hochwasserschutzanlage reduziert das Hochwasserrisiko für die Stadt wesentlich. Die Hochwasserschutzanlage schützt mehrere Wohngebäude, die Kläranlage der Stadt Mühlendorf und den Standort des wichtigsten Arbeitgebers in der Region“, erklärte Glauber.

Die Hochwasser in den vergangenen Jahren haben gezeigt, wie wichtig ein zuverlässiger Hochwasserschutz für Mühlendorf ist. 2005 konnte durch den engagierten ehrenamtlichen Einsatz von Feuerwehr und Rettungskräften eine großflächige Überflutung der Stadt verhindert werden. „Wir wollen den Hochwasserschutz in Bayern ständig weiterentwickeln. Die Sicherheit der Menschen hat für uns oberste Priorität. Wir haben ein klares Ziel: Der Schutz vor einem hundertjährigen Hochwasser soll schnellstens gewährleistet werden“, hob Glauber hervor.

Die Hochwasserschutzanlage in Mühlendorf besteht aus zwei Projektteilen. Auf einer Gesamtlänge von einem Kilometer entsteht bis Ende des Jahres eine Hochwasserschutzmauer von 1,5 Metern Höhe. Die Kosten für die Spundwandbohlen der Hochwasserschutzmauer betragen rund 1,3 Millionen Euro. Die Binnenentwässerung besteht aus zwei Pumpwerken mit den dazugehörigen Sicker- und Sammelleitungen. Die Arbeiten dazu sollen im Frühjahr 2020 beginnen.

Der Hochwasserschutz in Bayern soll auch in Zukunft kraftvoll ausgebaut werden: Insgesamt zwei Milliarden Euro sollen im Rahmen des Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramms 2030 bis Ende 2030 investiert werden. Weitere 150.000 Menschen sollen damit in Bayern gezielt vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt werden. □

Jederzeit informiert

Mit dem Lawinenlagebericht des Landesamtes für Umwelt kann sich jeder über aktuelle Lawinengefahren im Alpenraum informieren. Mit derzeit 20 vollautomatischen Messstationen liefert die Lawinenwarnzentrale, unterstützt von rund 400 ehrenamtlichen Helfern, im 10-Minuten Rhythmus aktuelle Klima- und Wetterdaten, beispielsweise zur Gefahrenstufe, zum Aufbau der Schneedecke oder Gefahrenstellen im Gelände.

Die Berichte sind per App, über das Internet unter www.lawinenwarndienst-bayern.de, per Telefon und Videotext abrufbar. Neun hochauflösende Webcams ergänzen das Angebot. Die „umweltinfo“-App übermittelt zudem entsprechende Informationen und Warnungen in Echtzeit per Push-Mitteilung. □



Tagung der oberfränkischen Landräte im Landkreis Coburg. Unser Bild zeigt (von links): Landrat Klaus Löffler (Kronach), Landrat Klaus-Peter Söllner (Kulmbach), Emil Schneider (Bayerischer Landkreistag), Landrat Hermann Hübner (Bayreuth), Regierungspräsidentin von Oberfranken Heidrun Piwernetz, Stellvertretende Landrätin Rosi Kraus (Forchheim) sowie die Landräte Sebastian Straubel (Coburg), Johann Kalb (Bamberg) und Christian Meißner (Lichtenfels).

Bild: LRA Wunsiedel

Oberfränkische Landräte:

Tiefe Einblicke, brennende Themen

Zahlreiche aktuelle Themen standen auf der Agenda der oberfränkischen Landräte im Rahmen ihrer für dieses Jahr letzten gemeinsamen Tagung in der Gemeinde Großheirath im Landkreis Coburg. Eine weitere Dienstbesprechung führte die Landkreischefs nach Kronach, wo sie sich mit den oberfränkischen Oberbürgermeistern auf Einladung von Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz am Demographie-Kompetenzzentrum trafen.

In Großheirath informierte Direktor Emil Schneider vom Bayerischen Landkreistag über die Verhandlungen seines Verbandes mit dem Freistaat Bayern zur Verteilung der Steuereinnahmen an die Landkreise und Gemeinden. Die Oberfranken wiesen darauf hin, dass weiterhin hohe Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen des Freistaats an die Kommunen dringend benötigt werden, da diese nicht nur zu ihrer allgemeinen finanziellen Entlastung beitragen, sondern die Garantie bieten, dass sich viele oberfränkische, finanzschwächere Gemeinden überhaupt an Förderprogrammen beteiligen können.

Mehr Personal wegen zunehmender Aufgaben

Laut Schneider will sich der Bayerische Landkreistag auch für folgende Forderung der Landräte einsetzen: Auf Grund der zunehmenden Aufgabenvielfalt insgesamt und des deutlichen Personaldefizits für Aufgaben, die die Landratsämter für den Freistaat Bayern erledigen, braucht es in den nächsten Jahren mehr Personal, das der Freistaat Bayern finanziert.

Ein weiterer Programmpunkt befasste sich mit den Schäden, die unter Artenschutz stehenden Biber durch den Bau von Dämmen in Gewässern anrichten. Die Folge ist eine Überflutung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken neben den Gewässern, was wiederum zu verminderten Ernteerträgen und Beeinträchtigungen bei Erntemaßnahmen führt. Angesichts der vergangenen trockenen Sommer ist dies für viele Landwirte als besonders kritisch zu sehen, betonten die Landräte. Auch machten sie darauf aufmerksam, dass die personal- und zeitintensive Entfernung von Biberdämmen nach entsprechender Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörden an den Landratsämtern oder einzelne, ausnahmsweise genehmigte Fänge bzw. Abschüsse die Situation nicht wesentlich verbessern.

Auch Weiher- und Teichbesitzer müssten aktuell Schäden durch Biberdämme hinnehmen, hieß es weiter. Und sofern sie keine Haupt- oder Nebenerwerbs-Teichwirte sind, könne ihnen auch keine Entschädigung im Rahmen des „Bibermanagements“ durch den Freistaat Bayern gewährt werden. Damit bleibe festzustellen, dass effektive Hilfestellungen für betroffene Land-, Forstwirte und Teichbesitzer aktuell gänzlich fehlen.

Einig waren sich die oberfränkischen Landkreischefs, dass die nach den neuen Finanzie-

rungsrichtlinien Ländliche Entwicklung vorgesehene „Regionalbudgets“ zur Förderung von Kleinprojekten allen Zusammenschlüssen regionaler Akteure zur Verfügung stehen müssen. Dies gelte insbesondere auch für die LEADER-Aktionsgruppen, die in Bayern nahezu flächendeckend vorhanden sind und eine breite Partnerschaft zwischen kommunalen, wirtschaftlichen und sozial engagierten Akteuren der Region bilden. Die Landräte fassten einen entsprechenden Beschluss, der nunmehr an das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten weitergeleitet wird.

Beitritt zum VGN

Auf den Nägeln brennt den Landräten auch der 2023 anvisierte Beitritt zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN). Aktuell sind die oberfränkischen Landkreise Kulmbach, Hof, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Kronach und Coburg noch nicht in den VGN integriert. Da der Freistaat jetzt aber den Anschluss an bestehende Verkehrsverbände finanziell fördert, haben diese Landkreise erklärt, beitreten zu wollen. Gemeinsam mit dem Landkreis Tirschenreuth und den Städten Kulmbach, Hof und Coburg lassen sie untersuchen, was der Beitritt zum VGN kostet. Der Landkreis Kulmbach übernimmt hierzu die federführende Koordination.

Erneut wurde darüber hinaus die Wichtigkeit der Elektrifizierung der Bahnverbindungen „Franken-Sachsen-Magistrale“ von Nürnberg über Marktredwitz nach Hof in Richtung Dresden (mit Abzweig Marktredwitz – Schirnding – Eger) sowie der „Oberfranken-Achse“ von Hochstadt – Marktzeuln – Oberkotzau und Hof nach Neuenmarkt-Wirsberg – Bayreuth in Richtung Nürnberg hervorgehoben. Die Franken-Sachsen-Magistrale ist im Bundesverkehrswegeplan 2030 als vordringlich für die Elektrifizierung eingestuft, die Oberfranken-Achse nicht. Deshalb erarbeitet die Logistik-Agentur Oberfranken aktuell für die Oberfranken-Achse ein Entwicklungskonzept, um damit die Notwendigkeit der Elektrifizierung zu begründen.

Klimafreundlicher Schienenverkehr

Da das gesamte Schienennetz in der östlichen Hälfte Oberfrankens aktuell noch nicht elektrifiziert ist und von Dieselnügen befahren wird, braucht es auch für die Oberfranken-Achse eine klimafreundliche und logistikför-

dernde Lösung für diesen von den Landräten Klaus-Peter Söllner (Kulmbach) und Dr. Oliver Bär (Hof) als „größte Dieselinsele im Deutschen Schienenverkehr“ bezeichneten Raum.

Demografische Entwicklung

In Kronach befassten sich die oberfränkischen Landräte und Oberbürgermeister mit der demografischen Entwicklung Oberfrankens. Aktueller Anlass war die in Kürze erscheinende und jährlich aktualisierte regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung des Bayerischen Landesamts für Statistik für die Landkreise und kreisfreien Städte.

Im Rahmen der Besprechung erläuterten die Referenten des Landesamts Methodik, Ergebnisse sowie Nutzen und Grenzen von Bevölkerungsvorausrechnungen. Gewinnen bei den Binnen- und Außenwanderungen stehen dabei regelmäßig höhere Verluste aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung gegenüber, weil die Sterbefälle die

Zahl der Geburten überschreiten. Dabei zeigt sich, dass vor allem Wanderungsbewegungen immer wieder durch externe Ereignisse beeinflusst werden, seien es Zuzüge von Schutzsuchenden, wirtschaftliche Entwicklungen oder bereits früher die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Mitgliedsstaaten. Auch für die Zukunft werden weitere Wanderungsgewinne prognostiziert. In den vergangenen Jahren hat sich Oberfranken so gut entwickelt, dass die tatsächlichen Einwohnerzahlen über den früher prognostizierten Werten liegen.

Attraktive Region zum Leben und Arbeiten

Wie Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz hierzu ausführte, „ist Oberfranken eine attraktive Region zum Leben und Arbeiten. Das Image Oberfrankens zeichnet sich aus durch eine große Heimatverbundenheit, ein überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement und eine sehr hohe Lebensqualität, insbesondere für Familien.“ Die gebündelten Aktivitäten der bayerischen Staatsregierung und der Akteure vor Ort, der Politik, der Wirtschaft, der oberfränkischen Landkreise und Gemeinden zählten sich aus, „denn wir entwickeln uns positiv“.

Die bisherigen demografischen Trends dürften die Attraktivität einer Region nicht überdecken, lautete der Tenor der anschließenden Diskussion. Deshalb sollten die positiven Entwicklungen in Oberfranken künftig besser dargestellt werden. Laut Dr. Thomas Gößl, Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik, dient die jährlich aktualisierte Bevölkerungsvorausrechnung als Signal für Politik und Verwaltung, die auf diese Weise Trends und Entwicklungen in die richtige Richtung lenken können.

Bezirk Niederbayern steht zum Landestheater

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich hält ein Theater in Landshut für unverzichtbar

„Der Fortbestand des Theaters in Landshut liegt mir sehr am Herzen“, sagt Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Die überregionale Bedeutung des Landestheaters Niederbayern werde dadurch dokumentiert, dass der Bezirk den laufenden Betrieb mitfinanziert.

Der Bezirk Niederbayern ist neben den Städten Landshut, Passau und Straubing Mitglied im Zweckverband Landestheater Niederbayern. Laut Verbandsatzung wird „der gesamte ungedeckte Bedarf auf die umlagepflichtigen Verbandsmitglieder“ – die Städte Landshut und Passau sowie auf den Bezirk Niederbayern je 5/16 und die Stadt Straubing 1/16 umgelegt. Für das Haushaltsjahr 2020 wurde vom Bezirk eine Summe von rund 2,1 Millionen Euro veranschlagt. „Das ist die mit Abstand höchste Förderung im kulturellen Bereich, die der Bezirk jährlich im Haushalt einplant. Das unterstreicht, welche Bedeutung wir dem Landestheater Niederbayern beimessen“, so Heinrich. Darüber hinaus gibt der Bezirk Niederbayern für das Landestheater einen Barzuschuss in Höhe von 52.000 Euro.

Spielfähige Theater zur Verfügung zu stellen, sei ausschließlich Aufgabe der örtlichen Kommunen. Gleichwohl hält der Bezirkstagspräsident in der Regierungshauptstadt Niederbayern ein Theater für unverzichtbar. Der Bezirk habe großes Interesse daran, dass das Landshuter Theater in einen spielfähigen Zustand versetzt werde.

- ch -



Das Team der Metropolregion Nürnberg mit Gratulanten.

Bild: Peter Himself/Difu

25.000 Euro Preisgeld für CO2-Fasten-Challenge

Metropolregion Nürnberg gewinnt beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2019“

Die Metropolregion Nürnberg gehört zu den Gewinnern beim Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2019“. Die Auszeichnung wurde für die Aktion „CO2-Fasten-Challenge“ für mehr Klimaschutz im Alltag vergeben. Ziel der Challenge war, die Fastenzeit zu nutzen, um möglichst viele Menschen zum aktiven Klimaschutz zu motivieren und den eigenen CO2-Fußabdruck zu senken.

Ausgeschrieben wird der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Institut für Urbanistik. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Der politische Sprecher des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Neumarkt Thomas Thumann, nahm den Preis in Berlin entgegen. Das Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro ist in die Umsetzung weiterer Vorhaben zum Klimaschutz oder zur Anpassung an den Klimawandel zu investieren. Thumann, dazu: „Das ist eine tolle Auszeichnung für die gesamte Metropolregion Nürnberg. Die Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager zeigten mit der CO2-Fasten-Challenge, dass mit einfachen Ideen sehr viele Menschen zu erreichen sind. Die Auszeichnung und das Preisgeld sind für uns ein Ansporn für die weitere Vertiefung der gemeinsamen Aktivitäten im Bereich Klimaschutz.“

Die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter gratulierte der Metropolregion Nürnberg und den weiteren Preisträgern. „Der Schlüssel zum Klimaschutz liegt in den

ter www.co2fasten.wordpress.com 40 verschiedene „Klimaschutzherausforderungen“ im Netz, für jeden Tag der Fastenzeit eine. Die jeweiligen Tageschallenges waren sehr vielfältig und zeigten niedrigschwellige Möglichkeiten auf, wie Klimaschutz im Alltag gelingen kann. Von der Einkaufsfahrt mit dem Fahrrad statt dem Auto über Energieverbrauch senken durch Entlüften der Heizkörper, klimafreundliche Kochrezepte, Abfallvermeidung oder Recycling.

Appell an die eigene Kreativität

Viele Vorschläge sprachen die eigene Kreativität an. Ein Blog beschrieb die jeweiligen Tageschallenges und gab Hinweise zu ihrer Umsetzung, ergänzt durch Tipps zum Einsparen von CO2 und Energie. Außerdem konnten sich die Teilnehmenden eine Checkliste herunterladen, um bereits erfüllte Aufgaben abzuhaken und die noch ausstehenden Challenges zu überblicken. Am Ende der Fastenzeit diente die ausgefüllte Checkliste gleichzeitig als Ticket für ein Gewinnspiel, bei dem zehn Klimaüberraschungspakete verlost wurden. Die Gewinnchancen waren unabhängig von der Anzahl der meisterten Challenges.

Eine ganze Region motivieren

Hinter der Aktion steht der Initiativkreis des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Europäischen Metropolregion Nürnberg.

Die Klimaschutzmanagerinnen und -manager der 25 angehörigen Kommunen, eine Arbeitsgemeinschaft und die Klimaschutzbeauftragte einer Kirche gestalten die Aktivitäten des Initiativkreises in Kooperation mit der Geschäftsstelle der Metropolre-

gion Nürnberg sowie der Slow Food Gruppe Oberfranken.

Bereits 2017 hatten sie verschiedene Klimaschutzaktionen in der Fastenzeit durchgeführt und Formen eines klimaverträglichen Lebens im Selbstversuch getestet. Über ihre Erlebnisse, Erfolge und Hürden berichteten sie in einem Blog. Damit war die Ursprungsidee zur CO2-Fasten Challenge geboren. Im Jahr 2018 wurde der Kreis der Aktivitäten erweitert, nun waren auch Vereine und Prominente aufgerufen, CO2 zu fasten. In diesem Jahr entwickelte sich daraus die Idee der Challenge, um alle Einwohnerinnen und Einwohner der Metropolregion für mehr Klimaschutz im Alltag zu begeistern und zum Aktivwerden zu motivieren.

Begleitveranstaltungen

Neben der Website und dem Blog gab es in den teilnehmenden Kommunen der Metropolregion viele Begleitveranstaltungen zum Thema Klimaschutz, wie z. B. Fachvorträge, Infoabende mit Energieberatung, Reparatur-Cafés, Second-Hand-Märkte, Energiespar- und Elektromobilitätstage und Ausstellungen in den teilnehmenden Kommunen, die auf große Resonanz stießen.

Mit der CO2-Fasten-Challenge konnten erfolgreich viele Menschen in der ganzen Region angesprochen werden: Der Blog wurde bis zum Ende der Fastenzeit über 60.000 mal aufgerufen. Für die Veranstalter besonders erfreulich – immer wieder berichten Teilnehmende, dass sie auch im Anschluss an die Aktion bewusster auf Klimaschutz im Alltag achten und ihr Verhalten nachhaltig verändert haben.

Weitere Informationen zum Wettbewerb unter: www.klimaschutz.de/wettbewerb2019. □

Landkreis Bamberg reduziert CO2-Emissionen um rund 74 %

Landratsamt Bamberg wird an das Fernwärmenetz der Stadtwerke Bamberg angeschlossen

Das Landratsamt Bamberg wird ab 2020 an das Fernwärmenetz der Stadtwerke Bamberg angeschlossen und bezieht künftig seine Wärme vom Müllheizkraftwerk. „Wir reduzieren die Kohlendioxid-Emissionen dadurch um 74 Prozent“, unterzeichneten jetzt Landrat Johann Kalb und Oberbürgermeister Andreas Starke als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Bamberg einen entsprechenden Vertrag.

Angestoßen haben diese Weichenstellung die Regionalwerke Bamberg als Energiedienstleister für den Landkreis Bamberg. „Wir stellen regelmäßig alles auf den Prüfstand mit dem Ziel, die Energieversorgung unserer Kunden möglichst klimaneutral zu gestalten“, so Regionalwerke-Geschäftsführer Robert Martin.

Minus 120 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr

Bisher wird das Landratsamt über einen Gaskessel im Posthochhaus versorgt. Durch den Anschluss an das Fernwärmenetz spart der Landkreis rund 120 Tonnen Kohlendioxid pro

Jahr ein, also rund 74 % seiner CO2-Emissionen von derzeit 165,19 Tonnen CO2 auf 43 Tonnen CO2.

Ich freue mich, mit den Stadtwerken Bamberg einen verlässlichen Partner an der Seite zu haben, um unseren Klimaschutzzielen einen bedeutenden Schritt näher zu kommen.“, so Landrat Johann Kalb bei der Vertragsunterzeichnung. Und Oberbürgermeister Starke ergänzte: „Im Zuge der Klimaallianz haben sich Stadt und Landkreis bereits 2008 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: eine autarke, flächendeckende und zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien bestehende Energieversorgung bis ins Jahr 2035.“

Seitdem sei viel passiert. Mit der Klima- und Energieagentur Bamberg wurde eine zentrale Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger ins Leben gerufen. Zwei Potenzialanalysen sowie ein Solarflächenkataster dienen als Arbeitsgrundlagen für die angestrebte Energieautarkie. Mithilfe eines Klimaschutzfahrplanes konnte der Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region schon deutlich vorangetrieben werden. So hat sich seit der Gründung der Klimaallianz der Anteil an erneuerbaren

Energien mehr als verdoppelt und soll bis zum Jahr 2020 auf 60 Prozent gesteigert werden.

Wärme aus dem Müllheizkraftwerk

Bereits 2012 hat sich der Landkreis Bamberg entschieden, die bisher installierte Gasheizung durch eine Heizungsanlage im Posthochhaus zu ersetzen. Für die Nutzung der Fernwärme aus dem Müllheizkraftwerk erweitern die Stadtwerke ab dem kommenden Frühjahr in der Kunigundenruhstraße und der Ludwigstraße ihr Wärmenetz. Damit haben auch weitere Anlieger die Möglichkeit, bei der Beheizung ihrer Gebäude auf die umweltschonende Fernwärme zu setzen. □



V. l.: Landrat Johann Kalb, Dr. Michael Fiedeldey, Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg und Oberbürgermeister Andreas Starke, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Bamberg, bei der Vertragsunterzeichnung.

Bild: Matthias Hoch

Inklusion in den Arbeitsmarkt

Arbeitsministerin Schreyer: „Weitere rund 86.000 Euro fließen in die Region München, damit Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können“

Seit zwei Jahren unterstützt das Projekt „Begleiteter Übergang von Menschen mit Mehrfachbehinderung in den Beruf“ im Raum München Menschen mit Behinderung sehr erfolgreich bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Bayerns Arbeitsministerin Kerstin Schreyer hat sich heute vor Ort informiert und mitgeteilt: „Menschen mit Behinderung brauchen besondere Unterstützung um am Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Dies leistet das Projekt ‚Begleiteter Übergang von Menschen mit Mehrfachbehinderung in den Beruf‘ im Raum München. Die oftmals gut ausgebildeten Menschen werden hier intensiv begleitet und passgenau auf einen Arbeitsplatz vermittelt – und das sehr erfolgreich! Ich freue mich, dass wir das Projekt ein weiteres Jahr mit rund 86.000 Euro aus dem Arbeitsmarktfonds unterstützen können.“

Das Projekt der Stiftung ICP München und des Integrationsdienstes München-Freising gGmbH wurde bereits von Oktober 2017 bis September 2019 mit rund 197.000 Euro aus dem Arbeitsmarktfonds gefördert.

Zielsetzung übertroffen

In diesem Zeitraum wurde die ursprüngliche Zielsetzung von mindestens 50 Prozent Eingliederungen auf dem ersten Arbeitsmarkt mit 58 Prozent Vermittlungen weit übertroffen. Aufgrund der beachtlichen Erfolgsquote stimmte die Arbeitsgruppe Arbeitsmarktfonds einstimmig einer Verlängerung um ein weiteres Jahr zu.

Bei ihrem Besuch machte sich die Ministerin ein Bild

vom erfolgreichen Projektverlauf. Michael Mirwald als Projektleiter und dessen Arbeitgeber, das Bayerische Landeskriminalamt, berichteten aus-

fürlich über ihre Projekterfahrungen von der Bewerbung bis zum Arbeitsverhältnis. „Sie zeigen eindrucksvoll, wie Inklusion gelingt. Denn Menschen mit Behinderung sind erst einmal Menschen mit Talenten, mit Fähigkeiten und mit Können. Deshalb ist es wichtig, dass sie auch die Chance bekommen, ihre Fähigkeiten im Beruf einzusetzen“, so die Ministerin.

Weitere Informationen zur Förderung aus dem Bayerischen Arbeitsmarktfonds: www.stmas.bayern.de/arbeit/fonds/index.php. □



V.l.: Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer, Martina Wagner-Stragies und Nicole Wittmann, beide Geschäftsführung ICP München-Freising gGmbH, sowie Thomas Pape, Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung ICP München

Bild: Fotografi/Agentur



Umweltpakt Bayern:

Landrat übergibt Teilnehmerurkunden

Bezirkskaminkehrermeister Stephan Tischer aus Göbelsbach und die Real Estate T&M GmbH aus Geisenfeld nehmen am Umweltpakt Bayern teil. Pfaffenhofens Landrat Martin Wolf (Mitte) überreichte kürzlich die entsprechenden Urkunden an Stephan Tischer (links) und Matthias Dandl von der Real Estate T&M GmbH. Im Rahmen des von der Bayerischen Staatsregierung sowie der bayerischen Wirtschaft abgeschlossenen Umweltpakts Bayern haben sich die Unternehmen zu einer qualifizierten, freiwilligen Umweltleistung verpflichtet. Der Umweltpakt Bayern ist das Erfolgsmodell für kooperativen Umweltschutz. Er würdigt freiwilliges Engagement von bayerischen Unternehmen für betrieblichen Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften. Landrat Martin Wolf dankte beiden für ihren Beitrag zum Erhalt der natürlichen Ressourcen.

Bild: Wohlsperger

Museum und Schule:

Bezirk vereinbart Kooperation mit Abensberg

Niederbayerns Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Gemeindegastpräsident Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg, unterzeichneten ein Kooperationsvereinbarung, um in Abensberg eine Schnittstelle zwischen niederbayerischen Schulen und Museen zu schaffen.

Museen können einen erheblichen Beitrag dazu leisten, dass schulische Unterrichtsinhalte im wahrsten Sinne des Wortes (be-)greifbar werden. Für Museen wiederum ist es sehr wichtig, eine breitere Öffentlichkeit und ein junges Publikum zu erreichen. Das erklärte Ziel ist es, künftig am Lehrplan orientierte Museumsprogramme für Schulen bereitzustellen. □

Heimatminister Albert Füracker:

Hochqualifizierte Arbeitsplätze für Bad Neustadt a.d.Saale

Nächster Schritt der Behördenverlagerung

Bad Neustadt a.d.Saale erhält im Rahmen des Konzepts „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerung“ in nächster Zeit 15 hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Außenstelle des Landesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI). „Die Unterzeichnung des Mietvertrags für die Außenstelle des LSI ist ein wichtiger Meilenstein zur Umsetzung der beschlossenen Stärkung des Behördenstandorts Bad Neustadt a.d. Saale“, freut sich Finanz- und Heimatminister Füracker.

Hier stehen künftig den Beschäftigten bestens ausgestattete und barrierefrei erreichbare Büroräume zur Verfügung. „Zusammen mit dem BayernLab an der Außenstelle des Amtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ADB) entsteht in Bad Neustadt a.d.Saale ein echter Digitalisierungsschwerpunkt“, betonte Füracker. „Das ist ein Musterbeispiel für passgenaue, aktive Strukturpolitik ausgerichtet an den Bedürfnis-

sen der Menschen“, so der Minister. In der Außenstelle des LSI in Bad Neustadt a.d.Saale werden äußerst wichtige Aufgaben des LSI zum Schutz der öffentlichen IT des Freistaats wahrgenommen. „Der aktive Schutz der staatlichen IT-Systeme wird schon heute spürbar auch aus Bad Neustadt a.d.Saale gewährleistet. Die hochqualifizierten IT-Arbeitsplätze sind ein Gewinn für das nördliche Unterfranken“, hob Füracker hervor. □

Digitalturbo für Gründer und Startups

Staatsminister Dr. Florian Herrmann eröffnete das Digitale Gründerzentrum Einstein 1 am Campus der Hochschule Hof.

Dr. Herrmann: „Mit dem Digitalen Gründerzentrum Einstein1 in Hof starten wir den Digitalturbo für Gründer und Startups in der Innovationsregion Oberfranken. Die Hightech Agenda der Staatsregierung setzt international Maßstäbe und schafft beste Voraussetzungen für Forschung und Innovation. Damit daraus zukunftsweisende Unternehmensgründungen werden, unterstützt der Freistaat Einstein1 mit über 5,1 Mio. Euro.“

Kreativer Hotspot

Die Hochschule Hof sei als kreativer Hotspot und digitale Talentschmiede eine wissenschaftliche Erfolgsgeschichte, von der die regionale Startup-Community stark profitiere, so der Minister. „Einstein1 bietet mit Coworking Space, Büros und Event-Space optimale Bedingungen für Startups. Hier können sich Tech-Spirit und innovative Ideen optimal entfalten.“

Mit der Hightech Agenda investiert die Staatsregierung in

Wald und Klimaschutz am Landratsamt Miltenberg:

Hölzerner Klimawürfel klärt auf

Der Landkreis Miltenberg will seine Bürger für die Zusammenhänge von Wald und Klima sowie den Klimawandel sensibilisieren. Hierzu wurde ein großer Klimawürfel aus Holz im Foyer des Landratsamts platziert, dessen Seiten wertvolle Informationen zur Bedeutung von Wald und Holz liefern.

Noch bis 5. Februar 2020 ist am Würfel ablesbar, dass Holz in diesem Format – Kantenlänge: ein Meter, Volumen: ein Kubikmeter – in der Lage ist, eine Tonne CO2 zu binden. Zudem setzt ein Kubikmeter Holz 300 Kubikmeter Sauerstoff frei und liefert so die Grundlage für das Leben auf diesem Planeten. Anschaulich wird so deutlich, dass der Wald wichtig für das Ökosystem ist und es notwendig ist, ihn auf den Klimawandel vorzubereiten.

Dass dieser Würfel im Landratsamt zu sehen ist, ist den 21 forstlichen Verbänden und Vereinen in Bayern zu verdanken, die zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung die „Weihenstephaner Erklärung“ unterzeichnet haben. Darin verpflichten sie sich, ihre Kräfte zu bündeln, um Wald und Forstwirtschaft auf den Klimawandel vorzubereiten.

Der Bund wird darin u.a. aufgefordert, aus den ihm für CO2-Senkenoption und Emissionshandel zufließenden Mitteln einen „Wald-Klimafonds“ für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Forstbereich zu bilden. Für die Forstpraxis sollen zudem rasch insbesondere standortbezogene Anbauempfehlungen für alle unter künftigen Klimabedingungen geeigneten Baumarten geliefert werden. Für die Waldbesitzer seien günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Holznutzung im Rahmen der Nachhaltigkeit zu steigern; in Gebieten mit geringem Waldanteil sollen Aufforstungen wirksam unterstützt werden. Ferner sei in allen Bereichen der Gesellschaft auf eine verstärkte Verwendung von Holz als Roh-, Bau- und Werkstoff und als regenerative Energiequelle hinzuwirken.

Bereits am ersten Tag nach der Aufstellung des Würfels überzeugte sich Miltenbergs Landrat Jens Marco Scherf von den elementaren Botschaften, die von diesem Würfel ausgehen. Nach der Ausstellung im Landratsamt soll der Würfel auch noch in Landkreisschulen präsentiert werden. DK

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer, Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Das Thema Nachhaltigkeit stand komplett im Mittelpunkt. Zur Urkunde gab es für die Nachhaltigen Gastgeber ein Buffet mit Gewinnerprodukten des Spezialitätenwettbewerbs „Original regional“.

Bild: Regina Wolfhohr

Urlaub mit gutem Gewissen

Nachhaltige Gastgeber im Amberg-Sulzbacher Land

Nachhaltigkeit boomt wie nie zuvor, vieles wird mit werbewirksamen Begriffen wie „umweltfreundlich“, „fair“, „biologisch“ oder „regional“ versehen. Tatsächlich richtet ein Teil unserer Gesellschaft sein Leben in Richtung Nachhaltigkeit aus. Auch die Touristiker im Amberg-Sulzbacher Land wollen sich zukünftig noch besser einer umweltbewussten Zielgruppe als Reiseziel präsentieren und haben deshalb das Siegel „Nachhaltige Gastgeber“ ins Leben gerufen. Jetzt wurden die ersten nachhaltigen Gastgeber prämiert.

Initiator der Maßnahme war Tourismusreferent Hubert Zarembo. Er hatte für Gastgeber einen Kriterienkatalog mit 14 Punkten ausgearbeitet, von denen diese mindestens sieben erfüllen müssen. Dazu gehören nicht nur Maßnahmen zum Wasser- und Energiesparen, sondern auch scheinbar banale Dinge wie eine kostenlose Bahnabholung und die Verwendung ökologischer Reinigungsmittel. Doch auch die Verwendung regionaler Baustoffe und die Gestaltung der Außenflächen mit standortangepassten und bienenfreundlichen Pflanzen spielen eine Rolle.

Umwelt- und sozialverträglich

„Nachhaltigkeit ist ein Megatrend, an dem auch im Tourismus kaum noch jemand vorbeikommt. Gäste, Investoren und die Öffentlichkeit erwarten zunehmend einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen“, sagte Landrat Richard Reisinger bei der Preisverleihung im kleinen Sitzungssaal des Landratsamtes. Diese Einschätzung belegen auch zahlreiche Studien und Befragungen. Laut der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V. (FUR) würde knapp die Hälfte der deutschen Bevölkerung ihren Urlaub gern umwelt- bzw. sozialverträglich gestalten. Sogar mehrere große Reiseveranstalter achten mittlerweile beim Hotelaufbau nicht nur auf den Preis, sondern auch auf Umweltstandards, um ein möglichst nachhaltiges Produkt anbieten zu können. Doch auch kleine touristische Einheiten wie Landkreise, Kommunen und einzelne Betriebe müssen sich auf das Thema einstellen.

Sensibilisierung für unsere Umwelt

Gesagt getan. „Bei der Kriterienauswahl war uns wichtig, dass wir Gastgeber zur Teilnahme animieren und nicht durch komplizierte Maßnahmen und aufwändige Berechnungen verschrecken. Wir wollen die Gastgeber langsam an dieses wichtige Thema heranführen“, erläutert Zarembo die Vorgehensweise. Teilnehmer dürfen dann mit einem eigens für die Aktion entwickelten Logo werben und werden bei ausgewählten Werbemaßnahmen besonders berücksichtigt. Doch Zarembo als Touristiker hat auch die ökonomischen Faktoren im Blick. „Die Verwendung regionaler und saisonaler Lebensmittel spart nicht nur CO₂ ein, sondern stärkt auch regionale Wertschöpfungsketten“, so Zarembo.

„Die Beteiligung von Betrieben an der Aktion kann sich lohnen, da fast 90 % der Deutschen bereit sind, für eine nachhaltige Unterkunft mehr Geld auszugeben als für eine herkömmliche“, weist Zarembo auch auf die wirtschaftliche Bedeutung des Themas hin. Und die Nachfrage steigt gemeinsam mit dem Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewusstsein vieler Menschen.

Ökonomisch darstellbar

Daher sollten sich Betriebe jetzt mit dem Thema auseinandersetzen und einzelne nachhaltige Maßnahmen im Unternehmen umsetzen. „Wer das geschickt kommuniziert, gewinnt eine höhere Akzeptanz bei den Gästen, schafft Vertrauen und generiert eine stärkere Kunden-

bindung, die wiederum zu einem erhöhten Umsatz führt“, rechnet der Tourismusreferent vor.

Viele Besucher kommen vor allem wegen der intakten Natur ins Amberg-Sulzbacher Land. Ein waldriches Gebiet, schöne Aussichtspunkte, romantische Juratäler und mystische Felslandschaften – eine solch abwechslungsreiche und wertvolle Landschaft für den Tourismus zu erhalten, zu bewahren und zu entwickeln, braucht die Anstrengungen von Gastgebern und Gästen gleichermaßen. „Wir wollen weiterhin eine attraktive Urlaubsregion für Wanderer, Radler, Kletterer und alle anderen Gäste bleiben. Deswegen können wir Naturschutz und Nachhaltigkeit nicht vernachlässigen“, erklärt der Tourismusreferent Hubert Zarembo die Motivation des Landkreises, die Aktion „Nachhaltige Gastgeber Amberg-Sulzbacher Land“ durchzuführen.

Alle Nachhaltigen Gastgeber im Amberg-Sulzbacher Land und mehr über die Aktion gibt es im Internet. □

Gemeinsam grenzenlos gestalten

Jahrestagung des EU-Förderprogramms INTERREG 2014-2020

Bei der 4. Jahrestagung des EU-Förderprogramms INTERREG Österreich-Deutschland/Bayern 2014-2020 in Braunau am Inn ging es neben Informationen zum aktuellen Stand der Programmumsetzung vor allem um einen generellen Einblick in die Überlegungen der zukünftigen europäischen Regionalpolitik. Darüber hinaus wurden Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler Ebene gemeinsam mit den Teilnehmern erörtert.

Das INTERREG V-A Programm Österreich-Deutschland/Bayern 2014-2020 ist eines von 60 grenzüberschreitenden Struktur- und Regionalentwicklungsförderprogrammen der Europäischen Union, dem insgesamt 54,5 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung für Projekt- und Entwicklungsmaßnahmen zur Verfügung standen. Nach den letzten Projektgenehmigungen im Juni dieses Jahres stehen noch ca. 2,2 Mio. Euro an EFRE-Mitteln für Projekte zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskapazitäten, für die Inwertsetzung des Natur- und Kulturerbes für eine nachhaltige touristische Entwicklung in der Grenzregion sowie für die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen, bereit. Weitere 17 Projekte wurden für die Sitzung des Begeleitenausschusses im Dezember 2019 eingereicht.

Laut Geschäftsführerin Elke Pflug (PMBA) wurde die „Stadt-, Tourismus- und Standortmarketing Braunau-Simbach GmbH“ Ende 2015 als Europas erstes grenzübergreifendes Gemeinsames Sekretariat (GS) Interreg Österreich – Bayern / Stadtmarketingorganisation ins Leben gerufen. Das INTERREG Programm stellte der STS Braunau-Simbach GmbH für dreieinhalb Jahre bis Mitte 2019 knapp 500.000 Euro an Fördermitteln zur Umsetzung zur Verfügung.

Wohnen und arbeiten - über Grenzen hinweg

Zu den Aufgabenschwerpunkten der STS Braunau-Simbach GmbH zählen die grenzüberschreitende Positionierung von Braunau-Simbach als lebenswertem Wohnstandort, die grenzüberschreitende Belegung beider Innenstädte sowie die grenzüberschreitende Ansiedelung von neuen Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industriebetrieben. Mit der Dachmarke „BRAUNAU-SIMBACH.INN“ bekamen Braunau und Simbach 2018 ein

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Na, freut ihr euch auch so auf den Black Friday? Jede Menge Schnäppchen, Gelegenheiten und Sonderangebote – da kann man doch unseren traditionellen Ausverkauf in der Pfeife rauchen.“

Mein Chef, der Bürgermeister, setzte sich bei seinem Morgenkaffee bewusst übertrieben und überdreht mit dem Shopping-Phänomen aus USA auseinander, das auch bei uns eine feste Größe zu werden scheint. Nach dem Muttertag und Halloween jetzt also der Black Friday samt dem Black Weekend und dem Cyber-Monday, die zu uns über den großen Teich kommen und davon künden, dass bei aller kritischen Sicht auf das Amerika von heute, von Präsident Trump gar nicht zu reden, der soziokulturelle Einfluss dieses



richtig bis aufs Hemd ausgezogen und nur das für eine Ware bezahlt zu haben, das nötig ist, um den Produzenten/Händler nicht ins Elend zu stürzen.

Und das ist nichts Neues. Menschen meiner Generation kennen noch den streng regulierten Sommer- bzw. Winterschlussverkauf der alten Bundesrepublik. Genau festgelegt auf wenige Tage waren die Daten Wochen vorher schon in aller Munde. An einem Montag beginnt das Spektakel immer. Um 8 Uhr morgens bildet sich schon eine Menschenmenge vor dem Haupteingang des Kaufhauses. Endlich 9 Uhr – Öffnung. Die meist weiblichen Kaufstürmer stürmen die strategisch günstig platzierten Wühltische und balgen sich um reduzierte Bettwäsche oder heruntergesetzte Socken. So zu besichtigen jedes Jahr zweimal in der Tagesschau, mal in schwarz-weiß, mal in Farbe.

Auch ich kann mich noch gut erinnern, dass ich von meiner Mutter auf den Wunsch des Kaufes der angesagten Jeans immer auf den Schlussverkauf verwiesen wurde. Dann war das gute Stück meist nicht mehr da. Oder es war noch da, aber so erkennbar Saisonware, dass es in dem Moment aus der Mode war, als ich es bekam. Nur gut, dass es all meinen Freundinnen nicht besser erging und wir halt der neusten Mode immer ein halbes Jahr hinterherhinkten.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht ein, dass sich die Menschen nicht geändert haben, nur die Begriffe. Und die Zeiten natürlich, denn der Schlussverkauf spielte sich in der Innenstadt ab, der Black Friday und erst Recht der Cyber Monday aber vorwiegend im Internet. Heute sind also nicht mehr die Straßen schwarz vor Einkaufslustigen, sondern man ärgert sich schwarz über die langsame Internetverbindung beim Klick auf das begehrte Kleid oder die schrägen Sneakers. Dem Chef gebe ich für seine Konsumbetrachtungen einen Satz des britischen Philosophen John Ruskin mit auf den Weg, der die industrielle Revolution begleitete: „Es gibt kaum etwas auf dieser Welt, das nicht irgendjemand ein wenig schlechter machen und etwas billiger verkaufen könnte.“

Ihre Sabriua

Hirnloser Kaufrusch einst und heute

großen Landes auf uns ungebrochen ist. Nicht weniger als 1,3 Milliarden Euro Umsatz machte der Einzelhandel am Black-Friday-Wochenende 2017 und bei der derzeitigen Konsumfreude der Deutschen ist nicht ausgeschlossen, dass dieses Jahr alle bisherigen Rekorde geknackt werden.

Dabei gibt es den Black Friday bei uns erst seit 2013. In den USA markiert der Freitag nach Thanksgiving, das wiederum traditionell am vierten Donnerstag im November gefeiert wird, den Beginn des Weihnachtseinkaufes. Und weil an diesem Tag die Straßen und Bürgersteige, die Malls und Flaniermeilen schwarz von Menschen sind, hat die Polizei von Philadelphia, so die Erzählung, den Tag 1966 kurzerhand als Black Friday karikiert. Der Name war anscheinend so einprägsam, dass er von einem Spottwort zu einer Marke umgerubelt wurde und heute ist er das Synonym für hirnlosen Kaufrusch schlechthin.

Denn schließlich bedient er aufs Genaueste ein Urbedürfnis des Konsumenten: Er will das Gefühl, etwas Besonderes erstanden zu haben. Das Paradoxe: Bei Luxusgegenständen ist es der hohe Preis der ihn anzieht. Stichwort: Ich kann mir das leisten. Bei Konsumartikeln muss es gnadenlos billig sein. Man will das Gefühl haben, den Produzenten oder Händler so

einheitliches Erscheinungsbild, das auch nach außen hin für alle sichtbar und greifbar wurde. Für Elke Pflug ist dies ein großer Schritt, der das grenzüberschreitende Miteinander symbolisiert und zugleich ein starkes Zeichen für die Gemeinschaft einer ganzen Region darstellt.

Zusammen für gemeinsame Ziele

Über künftige grenzüberschreitende Herausforderungen für den oberösterreichisch-bayerischen Grenzraum informierten schließlich Brigitte Dieplinger, Regionalmanagement Oberösterreich, und Kaspar Sammer, Eurégio Bayerischer Wald-Böhmerwald-Unterer Inn. Als Schwerpunktthemen nannten sie die Fachkräftesicherung und Wirtschaft, den Tourismus, die Mobilität und den Katastrophenschutz. Weitere Themen sind: Forschung und Hochschulkooperationen, Raumplanung und Innenstadtentwicklung, (Bio)Landwirtschaft und Landschaftspflege, Soziales (Kinderbetreuung, Jugendprogramme, Pflegekräftemangel, Integration, Betreuung von beeinträchtigten Personen) sowie Kultur und Kunst, Digitalisierung und Bildung. „Grenzen bestehen aufgrund von Verwaltungsstrukturen, daher existieren sie nach wie vor auch in den Köpfen der Menschen“, betonten Dieplinger und Sammer. Begegnungsprojekte von Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger bis zu thematischen Fachtagungen leisten aus ihrer Sicht einen Beitrag dazu, die Menschen zusammenzubringen. DK

Huml würdigt Stiftungsarbeit:

15 Jahre Stiftung Ambulantes Kinderhospiz München

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hat die Arbeit der Stiftung Ambulantes Kinderhospiz München (AKM) gewürdigt. Huml betonte anlässlich eines Festakts zum 15-jährigen Bestehen der Stiftung in München: „Die umfassenden medizinische, pflegerische und psychosoziale Unterstützung schwerstkranker Kinder und Jugendlicher mit einer lebensverlängernden Erkrankung sowie ihrer Familien ist sehr wichtig. Familien dürfen in einer solchen Ausnahmesituation nicht mit ihren Sorgen alleine gelassen werden. Deshalb gilt mein besonderer Dank den haupt- und ehrenamtlichen Tätigen der Stiftung AKM, die sich seit 15 Jahren für betroffene Familien einsetzen.“

Die Stiftung AKM unterstützt Familien schwerst- und unheilbar kranker Kinder und Jugendlicher mit Beratungen und Begleitungen. Durch eine 24-Stunden-Erreichbarkeit wird sichergestellt, dass betroffene Familien rund um die Uhr von speziellen Krisenteams betreut werden können. Die multiprofessionellen Teams der Stiftung AKM ermöglichen es betroffenen Kindern und Jugendlichen, möglichst lange bei ihren Eltern und Geschwistern in der gewohnten häuslichen Umgebung zu bleiben.

Multiprofessionell rund um die Uhr

Die Ministerin ergänzte: „Als ich vor sechs Jahren die Schirmherrschaft der Stiftung AKM übernommen habe, war die Kinderpalliativversorgung und die Kinderhospizarbeit in Bayern noch überschaubar. Mittlerweile ist es jedoch gelungen,

umfangreiche Betreuungsstrukturen aufzubauen.

In Bayern gibt es sechs ambulante Kinderpalliativteams. Die stationäre Palliativversorgung für Kinder und Jugendliche wurde auf- und ausgebaut. Außerdem gibt es ein stationäres Kinderhospiz und rund 20 Kinderhospizdienste.“

Solange wie möglich in häuslicher Umgebung

Huml betonte: „Die ambulante Kinderhospizarbeit hilft Familien, die extremen Belastungen zu bewältigen, die durch die schwere Erkrankung eines Kindes entstehen. Nur durch die Zusammenarbeit von Ärzten, Kliniken, der Jugendhilfe und der haupt- und ehrenamtlichen Palliativversorgung und Hospizarbeit kann eine umfassende Unterstützung der Familien erreicht werden. Für ihr großes Engagement danke ich allen Beteiligten.“ □

Zwei Schulen als Vorbilder für Inklusion

Landkreis Amberg-Weizsach: Sonderpädagogisches Förderzentrum und Berufsschule erhalten Schulprofil

Leon besucht die 8. Klasse des Sonderpädagogischen Förderzentrums (SFZ) Sulzbach-Rosenberg. Sein Berufswunsch: Schreiner. Um das noch genauer zu hinterfragen, wird er im Laufe des Schuljahres noch ein bis zwei Wochen in einem Schreinerbetrieb praktizieren. Der praktische Unterricht im Bereich Holz an der Berufsschule Sulzbach-Rosenberg macht ihn bereits mit den schulischen Anforderungen in diesem Berufsfeld vertraut. Beide Schulen, das SFZ und die Berufsschule, arbeiten hier eng zusammen und übernehmen eine Vorbildfunktion in punkto individueller Förderung von Schülern.

Dafür erhielten beide Schulen vor wenigen Wochen vom Bayerischen Kultusministerium das Schulprofil „Inklusion“. Bei einem Pressetermin mit Landrat Richard Reisinger wurden Hintergründe dieses Projekts erläutert. Landrat Richard Reisinger betonte dabei, dass es viele richtige Wege der Inklusion gebe. Jedes Kind ist anders und jedes Kind ist besonders. „Inklusion ist erst dann erzielt, wenn man nicht mehr darüber spricht“, so Landrat Richard Reisinger.

Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Inklusion im Amberg-Weizsach-Land liegt in der Kooperation. Schüler der Oberstufe am SFZ benötigen praktische Erfahrung, um ihren Platz im Berufsleben zu finden, weiß Gisela Lehnerer, Schulleiterin am SFZ. Die Schüler erfahren so aus Schulisch werde dies unterstützt durch den Unterricht in den Fä-

chern Technik und Soziales, während berufsorientierender Projekte, z.B. mit dem Kolping-Bildungswerk, und während Betriebspraktika.

Praktische Erfahrungen

Durch die inklusive Zusammenarbeit mit dem Berufsschulzentrum Sulzbach-Rosenberg erhalten die Schüler des SFZ an der Berufsschule die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln. In ausgewählten Berufsbereichen erhalten sie einen praxisorientierten Einblick in die Anforderungen verschiedener Berufsfelder. In diesem Jahr sind dies die Bereiche Holz und Fleischerei, erklärt Lehnerer. Die Schüler erfahren so aus erster Hand, was beispielsweise während einer Ausbildung zum Schreiner auf sie zukommt.



V.l.: Sabine Fersch (Leiterin Berufliches Schulzentrum), Claudia Hanft (Projektleiterin „Schulprofil Inklusion“ am BSZ), Landrat Richard Reisinger, Gisela Lehnerer (Schulleiterin Sonderpädagogisches Förderzentrum).
Bild: Christine Holleder

Bereits seit mehreren Jahren zählt die individuelle Förderung aller Schüler zur vorrangigen schulischen Zielsetzung und ist fester Bestandteil der Schulkultur am Beruflichen Schulzentrum (BSZ), erläuterte dessen Leiterin Sabine Fersch. Konkret sieht die Umsetzung so aus: Für eine Schülergruppe des SFZ findet der Unterricht donnerstags in der Berufsschule statt. Die Gruppe wird durch eigene Lehrkräfte, aber auch durch Lehrkräfte der Berufsschule unterrichtet, weiß Claudia Hanft, die am BSZ das Projekt „Schulprofil Inklusion“ verantwortlich zeichnet.

Örtliche Nähe als klarer Standortvorteil

An der Berufsschule selbst würde sich der „Förderbedarf im Wesentlichen aufgrund emotional-sozialer Störungen und beim Lernen ergeben“. Rund 100 bis 150 förderbedürftige Schüler gibt es laut Hanft am BSZ. Beim Sonderpädagogischen Förderzentrum sind dies mehr; Gisela Lehnerer beziffert die Zahl an inklusi-

onsbedürftigen Kindern auf 190. Durch die Kooperation der Schulen wurde hier bereits in der Vergangenheit ein erfolgreicher Weg eingeschlagen. Ein Weg, der nie zu Ende sein wird, wie es Landrat Richard Reisinger formulierte. Und so sind auch für die Zukunft weitere „gemeinsame, gewinnbringende Projekte“ geplant. Die örtliche Nähe beider Sulzbach-Rosenberger Schulen ist hier natürlich ein klarer Standortvorteil, um die gegenseitige Partnerschaft zu stärken.

Für Leon aus der 8. Klasse des SFZ bedeutet dies: In seinem letzten Schuljahr 2020/21 kann er aufgrund des praktischen Unterrichts eine bewusste Entscheidung für den Beruf des Schreiners treffen und einen Lehrvertrag unterschreiben. Sein letztes Betriebspraktikum im kommenden Schuljahr kann er dann bereits in seinem gewählten Ausbildungsbetrieb absolvieren. Schüler und Betrieb lernen sich somit bereits vor der Ausbildung kennen. Die endet im Idealfall mit einer erfolgreichen Gesellenprüfung zum Schreiner. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Jahreskalender 2020 der LGA – Landesgewerbeanstalt – bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Bezirk Unterfranken setzt auf regionale Kost

Rund 2.000 Personen werden Tag für Tag in den verschiedenen Einrichtungen des Bezirk Unterfranken mit abwechslungsreichem Essen versorgt. Zumeist handelt es sich dabei um die Patientinnen und Patienten der fünf Kliniken in der Trägerschaft des Bezirks in Lohr am Main, Würzburg, Werneck und Münnerstadt. Hinzu kommt die so genannte Versorgungszentrale auf dem Heuchelhof, die die Dr. Karl-Kroiß-Schule, die Schulvorbereitende Einrichtung, das Jugendbildungszentrum und das Körperbehindertenzentrum beliefert. Insgesamt bringen sechs moderne Großküchen täglich 6.000 Mahlzeiten auf die Teller.

Mit seiner Entscheidung, Lebensmittel so weit möglich nur noch bei regionalen Anbietern einzukaufen, reagiert der Bezirk Unterfranken auf die aktuelle Klima-Debatte. „Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und achten darauf, dass die Produkte für unsere Einrichtungen nicht kreuz und quer durch Europa kutschert werden müssen“, erklärt Thomas Förter vom Zentraleinkauf Bezirk Unterfranken, der als Leiter des Zentraleinkaufs auch für die Versorgung der Bezirks-Kliniken zuständig ist.

Mit gutem Beispiel vorangehen

Wie Förter im Einzelnen aufstellt, stammt das in den Bezirkseinrichtungen verzehrte Obst und Gemüse – bis auf die Südfrüchte – von 86 regionalen Erzeugern. Fleisch- und Wurstwaren bezieht der Bezirk von zwei Lieferanten, die ihre Rohware von 27 regionalen Mastbetrieben erhalten. Die vier Bäckereien, die den Bezirk versorgen, werden ausschließlich von regionalen Mühlen beliefert,

die ihrerseits das Getreide von 60 Bauern aus der Region verarbeiten. Die Fruchtsäfte stammen von zwei Lieferanten, die ihre Rohware von weit mehr als 5.000 Kleinerzeugern erhalten.

Auch beim Kaffee will der Bezirk mit gutem Beispiel vorangehen. „In sämtlichen Bezirkseinrichtungen wird seit 2015 ausschließlich fair gehandelter Kaffee unter dem Siegel Rainforest ausgeschenkt“, erklärt Förter. „Eine solche Zertifizierung erhalten nur Produkte, bei deren Herstellung genau definierte soziale oder eventuell auch ökologische Kriterien eingehalten wurden“, so Förter.

Zu diesen Kriterien gehöre unter anderem der direkte Handel mit den Produzenten. Wichtig seien zudem langfristige Lieferbeziehungen und vor allem Erlöse, mit denen die Erzeuger ihre Lebenshaltung und die Produktionskosten finanzieren können.

„Gerade für Krankenhaus-Patienten ist eine gesunde Kost enorm wichtig“, so Förter. Zudem schonten kurze Transportwege die Umwelt und förderten die heimische Landwirtschaft. □

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 5. Dezember 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser · Abwasser
- Umwelttechnologien · Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommalfahrzeuge · Fuhrpark · GaLaBau · Forst

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643
Hugo Knödler GmbH
www.apsederrpfosten.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau



ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig **aktuelle Informationen** über kommunalpolitische Themen:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung



erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641
Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

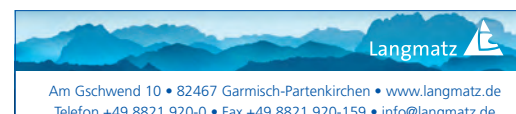
Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Infrastrukturanbieter



Am Gschwend 10 · 82467 Garmisch-Partenkirchen · www.langmatz.de
Telefon +49 8821 920-0 · Fax +49 8821 920-159 · info@langmatz.de

Ihr Partner für technische Systemlösungen – Innovationskraft trifft Leistung

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer **+49 1579 2451592** einen Kontakt an und senden Sie die **Nachricht** „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

Kommunaler Datenschutz



Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



GZ auf folgenden

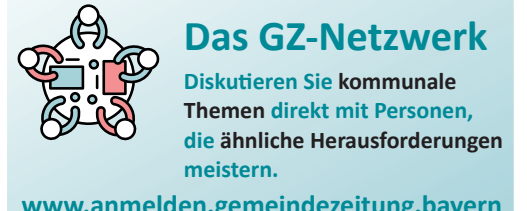
Social Media Kanälen:



Recyclingbaustoffe



Weihnachtsbeleuchtung



www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

20

www.lga.de

WIR SUCHEN BAUINGENIEURE (M/W/D)

- [PRÜFSTATIK]
- [BAUWERKSDIAGNOSE]
- [BRANDSCHUTZ]
- [GEOTECHNIK]
- [VERKEHRSWEGEBAU]
- [MATERIALPRÜFUNG]

Gemeinsam Zukunft gestalten



Sicherheit und
Qualität seit 1869

Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 So	1 Mi Neujahr	1 Sa	1 So	1 Mi	1 Fr Tag der Arbeit	1 Mo Pfingstmontag	1 Mi	1 Sa	1 Di	1 Do	1 So Allerheiligen	1 Di	1 Fr Neujahr
2 Mo KW 49	2 Do	2 So	2 Mo KW 10	2 Do	2 Sa	2 Di KW 23	2 Do	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo KW 45	2 Mi	2 Sa
3 Di	3 Fr	3 Mo KW 6	3 Di	3 Fr	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Mo KW 32	3 Do	3 Sa Tag d. Dt. Einheit	3 Di	3 Do	3 So
4 Mi	4 Sa	4 Di	4 Mi	4 Sa	4 Mo KW 19	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo KW 1
5 Do	5 So	5 Mi	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Sa	5 Mo KW 41	5 Do	5 Sa	5 Di
6 Fr	6 Mo Hl. Drei Könige	6 Do	6 Fr	6 Mo KW 15	6 Mi	6 Sa	6 Mo KW 28	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi Hl. Drei Könige
7 Sa	7 Di KW 2	7 Fr	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 Mo KW 37	7 Mi	7 Sa	7 Mo KW 50	7 Do
8 So	8 Mi	8 Sa	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo KW 24	8 Mi	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Di	8 Fr
9 Mo KW 50	9 Do	9 So	9 Mo KW 11	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Do	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo KW 46	9 Mi	9 Sa
10 Di	10 Fr	10 Mo KW 7	10 Di	10 Fr Karfreitag	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo KW 33	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So
11 Mi	11 Sa	11 Di	11 Mi	11 Sa	11 Mo KW 20	11 Do Fronleichnam	11 Sa	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo KW 2
12 Do	12 So	12 Mi	12 Do	12 So Ostersonntag	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Sa	12 Mo KW 42	12 Do	12 Sa	12 Di
13 Fr	13 Mo KW 3	13 Do	13 Fr	13 Mo Ostermontag	13 Mi	13 Sa	13 Mo KW 29	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi
14 Sa	14 Di	14 Fr	14 Sa	14 Di KW 16	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 Mo KW 38	14 Mi	14 Sa	14 Mo KW 51	14 Do
15 So	15 Mi	15 Sa	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo KW 25	15 Mi	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr
16 Mo KW 51	16 Do	16 So	16 Mo KW 12	16 Do	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo KW 47	16 Mi	16 Sa
17 Di	17 Fr	17 Mo KW 8	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo KW 34	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So
18 Mi	18 Sa	18 Di	18 Mi	18 Sa	18 Mo KW 21	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo KW 3
19 Do	19 So	19 Mi	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 So	19 Mi	19 Sa	19 Mo KW 43	19 Do	19 Sa	19 Di
20 Fr	20 Mo KW 4	20 Do	20 Fr	20 Mo KW 17	20 Mi	20 Sa	20 Mo KW 30	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi
21 Sa	21 Di	21 Fr	21 Sa	21 Di	21 Do Himmelfahrt	21 So	21 Di	21 Fr	21 Mo KW 39	21 Mi	21 Sa	21 Mo KW 52	21 Do
22 So	22 Mi	22 Sa	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo KW 26	22 Mi	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr
23 Mo KW 52	23 Do	23 So	23 Mo KW 13	23 Do	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo KW 48	23 Mi	23 Sa
24 Di Heilig Abend	24 Fr	24 Mo KW 9	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo KW 35	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do Heilig Abend	24 So
25 Mi Weihnachten	25 Sa	25 Di Fastnacht	25 Mi	25 Sa	25 Mo KW 22	25 Do	25 Sa	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr Weihnachten	25 Mo KW 4
26 Do Weihnachten	26 So	26 Mi	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Sa	26 Mo KW 44	26 Do	26 Sa Weihnachten	26 Di
27 Fr	27 Mo KW 5	27 Do	27 Fr	27 Mo KW 18	27 Mi	27 Sa	27 Mo KW 31	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi
28 Sa	28 Di	28 Fr	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr	28 Mo KW 40	28 Mi	28 Sa	28 Mo KW 53	28 Do
29 So	29 Mi	29 Sa	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo KW 27	29 Mi	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr
30 Mo KW 1	30 Do	30 Mo KW 14	30 Do	30 Do	30 Sa	30 Di	30 Do	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo KW 49	30 Mi	30 Sa
31 Di Silvester	31 Fr	31 Di	31 Di	31 So Pfingstsonntag	31 Fr	31 Mo KW 36	31 Fr	31 Mo KW 36	31 Sa	31 Do Silvester	31 So	31 So	

$$M = \frac{q l^2}{8}$$

Die LGA ab Januar 2020

[Gemeinsam Zukunft gestalten]

[PRÜFSTATIK]

- Prüfung von Standsicherheitsnachweisen und Konstruktionsplänen im Metallbau, Holzbau und Massivbau
- Überwachung der Bauausführung
- Erstellung von Gutachten
- Typenprüfungen
- Brückenbau
- Glaskonstruktionen
- Kunststoffkonstruktionen
- Historische Bauten
- Fliegende Bauten
- Windenergieanlagen
- Nachweis der Stand- und Gebrauchsfähigkeit von Kunststoffbauteilen
- Prüfung von Rohren und Vortriebsrohren

[BAUWERKSDIAGNOSE]

- Überwachung und Bewertung des Zustandes von Strukturen, Bauwerken und Gebäudeschäden
- Sensorgestütztes Bauwerksmonitoring
- Zerstörungsfreie Prüfung
- Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 und VDI 6200
- Erschütterungsüberwachung nach DIN 4150
- Begutachtung historischer Bauwerke
- Beweissicherung
- Realtime-Überwachung von Schwerlastüberfahrten
- Instandsetzungskonzepte
- Sachverständige für Schadensfälle und Gerichtsgutachten

[BRANDSCHUTZ]

- Feuerwiderstand aktueller und historischer Bauarten
- Feuerwiderstand unregelmäßiger Bauprodukte
- Integrale Brandschutznachweise für Bestand und Neubau
- Wirksame und angemessene Lösungen für Kompensationen
- Naturbrandsimulation
- Anwendungsforschung
- Normungsarbeit

[GEOTECHNIK]

- Gründungen, Baugruben, Spezialtiefbau
- Tunnel- und U-Bahnbau
- Dämme und Stützbauwerke
- Hydrologie
- Prüfung On- und Offshore WEA
- Erdbebennachweise für erdverlegte Rohre und Schächte
- FEM – Anwendung in der Geotechnik
- Betreuung bautechnischer Projekte
- Bewertung dynamischer Stabilität und Erschütterung im Bahnbereich
- EBA-Anerkennung für Grund- und Erdbau, Felsbau im Eisenbahnbau

[VERKEHRSWEGEBAU]

- Geotechnik für Verkehrswege
- Erdbau
- Gesteinskörnungen, Baustoffgemische und Recyclingbaustoffe
- Prüfung von Beschichtungssystemen
- Boden- und Felsmechaniklabor
- Bitumenhaltige Baustoffe – Fahrbahnmarkierungsstoffe
- Mineralische Straßenbaustoffe und Betonzuschlag
- Zustandserfassung und Tragfähigkeitsuntersuchung an Verkehrsflächen
- Erhaltungsmanagement
- Prüfstelle nach RAP Stra

[MATERIALPRÜFUNG]

- Baustoffe und Bauprodukte
- Betontechnologie
- Beton- und Baustofflabor
- Anlagen nach WHG/AwSV
- Denkmalpflege
- Bauprodukte, Fassaden- und Massivbau
- Überwachen und Zertifizieren von Bauprodukten
- Naturstein- und Fassadentechnik
- Zerstörungsfreie Untersuchungsmethoden